



12. Sitzung

Mittwoch, 17. September 2008

Vorsitzende: Präsident Berndt Röder, Erste Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsident Wolfhard Ploog, Vizepräsidentin Nebahat Güclü und Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk

Inhalt:

Aktuelle Stunde	551	Roland Heintze CDU	563
Fraktion DIE LINKE:		Günter Frank SPD	564
Eine Schule für Alle		Andreas Waldowsky GAL	565
Dora Heyenn DIE LINKE	551, 562	Christiane Schneider DIE LINKE	566
Marino Freistedt CDU	552		
Ties Rabe SPD	553		
Michael Gwosdz GAL	554		
Christa Goetsch, Zweite Bürger- meisterin	555	Fraktion der SPD:	
Kersten Artus DIE LINKE	557	Elbphilharmonie: Vom Glanz- projekt zum Millionengrab?	
Dittmar Lemke CDU	558	(Nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)	
Andrea Rugbarth SPD	558		
Linda Heitmann GAL	559	Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/552:	
Elisabeth Baum DIE LINKE	560	Gesetz zur Änderung des Ham- burgischen Hochschulgesetzes hier: Neugestaltung der Studi- enfinanzierung (Senatsantrag)	
Christiane Schneider DIE LINKE	560	– Drs 19/939 –	567
Mehmet Yildiz DIE LINKE	561		
Fraktion der CDU:		Dr. A. W. Heinrich Langhein CDU	567
China Time in Hamburg – er- folgreiche Zusammenarbeit und kritischer Dialog		Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD	568
mit		Dr. Eva Gümbel GAL	570, 578
		Dora Heyenn DIE LINKE	571
		Alexandra Dinges-Dierig CDU	574
		Philipp-Sebastian Kühn SPD	574, 578
Fraktion der GAL:		Jens Kerstan GAL	576
Handel mit China – Menschen- rechte einfordern		Dr. Peter Tschentscher SPD	577
		Wolfgang Beuß CDU	579

Beschlüsse	579	Dora Heyenn DIE LINKE	600
		Egbert von Frankenberg CDU	601
		Britta Ernst SPD	602
Bericht des Gesundheitsausschusses über das Thema:		Michael Gwosdz GAL	602
		Christa Goetsch, Zweite Bürgermeisterin	603
Schließung der Drogeneinrichtung Subway e.V. (Selbstbefassungsangelegenheit)			
– Drs 19/981 –	579	Beschluss	604
Anja Domres SPD	579, 591	Antrag der Fraktion der SPD:	
Olaf Böttger CDU	581, 584, 584	Alle Hamburger Kinder sollen schwimmen lernen	
Linda Heitmann GAL	582	– Schwimm-Offensive für Hamburgs Schulen	
Kersten Artus DIE LINKE	583	– Drs 19/1000 –	605
Dirk Kienscherf SPD	584, 585	dazu	
Harald Krüger CDU	586		
Antje Möller GAL	588	Antrag der Fraktion DIE LINKE:	
Wolfgang Joithe-von Krosigk DIE LINKE	589	Schwimm-Offensive für Hamburgs Schulen	
Dietrich Wersich, Senator	590	– Drs 19/1105 –	605
Dr. Martin Schäfer SPD	591	Ties Rabe SPD	605, 609
Kenntnisnahme	592	Thomas Kreuzmann CDU	606
Antrag der Fraktion der SPD:		Michael Gwosdz GAL	607
Kinder- und Jugendlärm gegenüber anderen Lärmquellen privilegieren		Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE	608
– Drs 19/1023 –	592	Beschlüsse	609
dazu		Gemeinsame Beratung	
Antrag der Fraktionen der GAL und der CDU:		Bericht des Eingabenausschusses:	
Regelung zum Lärmschutz schaffen: Kinderlärm privilegieren		Eingaben	
– Drs 19/1098 –	592	– Drs 19/1001 –	610
Jenny Weggen GAL	592	Bericht des Eingabenausschusses:	
Stephan Müller CDU	593	Eingaben	
Carola Veit SPD	595	– Drs 19/1002 –	610
Dietrich Wersich, Senator	597	Bericht des Eingabenausschusses:	
Mehmet Yildiz DIE LINKE	597	Eingaben	
Christiane Blömeke GAL	598	– Drs 19/1003 –	610
Beschluss	599	Beschlüsse	610
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE:		Sammelübersicht	610
Genehmigungsvoraussetzungen und Förderung von Ersatzschulen		Kenntnisnahmen	610
– Drs 19/888 –	599		

Große Anfrage der Fraktion der
SPD:

Gewalttätige Auseinandersetzungen am 1. Mai 2008

– Drs 19/813 – 610

Beschluss, Kenntnisnahme ohne Besprechung 610

Antrag der Fraktionen der CDU und
GAL:

**Fertigstellung der S-Bahn zum
Flughafen Hamburg (Hamburg
Airport)**

– Drs 19/1026 – 610

Andy Grote SPD 610

Klaus-Peter Hesse CDU 612

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE 612

Martina Gregersen GAL 613

Beschlüsse 613

Beginn: 15.01 Uhr

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

Zu Beginn der Sitzung darf ich Ihnen eine freudige Mitteilung machen, und zwar ist unsere Kollegin Carola Thimm gerade Mutter einer Tochter namens Hanna geworden.

(Beifall im ganzen Hause)

Im Namen des ganzen Hauses spreche ich unsere herzlichsten Glückwünsche aus.

Wir kommen sodann zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind vier Themen angemeldet worden, und zwar von der Fraktion DIE LINKE

Eine Schule für Alle

von der CDU-Fraktion

China-Time in Hamburg – erfolgreiche Zusammenarbeit und kritischer Dialog

von der SPD-Fraktion

Elbphilharmonie: Vom Glanzprojekt zum Millionengrab?

und von der GAL-Fraktion

Handel mit China – Menschenrechte einfordern

Die Fraktionen sind übereingekommen, das zweite und das vierte Thema gemeinsam zu debattieren.

Ich rufe zunächst das erste Thema auf. Wird das Wort gewünscht? Die Abgeordnete Heyenn bekommt es.

Dora Heyenn DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In Hamburg endet für viel zu viele Schüler die Schule in einer Sackgasse. Wir haben über 10 Prozent Schüler, die ohne Schulabschluss von der Schule gehen müssen – heute ist es noch einmal in der "tageszeitung" differenziert worden –, und wir haben einen großen Berg von Altbewerbern, von Schülerinnen und Schülern, die nach der Schule keine Ausbildung bekommen haben. Wir wissen jedes Jahr aufs Neue, dass gerade Schüler ohne Abschluss, mit Hauptschulabschluss oder mit niedrigem Realschulabschluss kaum eine Chance haben und in Warteschleifen kommen. Diesen Trend hat die OECD in ihrer letzten Untersuchung "Education at a Glance" noch einmal bestätigt und festgestellt, dass zum Beispiel in Deutschland in den letzten Jahren bei Menschen zwischen 25 und 29 Jahren die Erwerbslosenquote von 18 auf 20 Prozent gestiegen ist. Der OECD-Durchschnitt hat sich – dort ist daran gear-

beitet worden – von 20 auf 17,5 Prozent nach unten bewegt.

Deutschland und Österreich sind in dieser OECD-Studie dadurch aufgefallen, dass sie die stärkste soziale Auslese im Schulsystem durchführen. Dafür gibt es zwei harte Zahlen. Man hat festgestellt, dass Schüler und Schülerinnen von Eltern, die keine Akademiker sind, nur eine halb so große Chance haben, das Abitur zu machen, als sie in der Schülerschaft prozentual vertreten sind. Umgekehrt haben Schüler und Schülerinnen von Akademikern, und sei es auch nur eines Elternteils, eine doppelt so hohe Chance, als sie in der Schülerschaft anteilmäßig vertreten sind. Da muss man sich fragen, was in Deutschland und Österreich los ist. Die GEW hat einmal gesagt, es gibt nur 17 Länder, die ein gegliedertes Schulsystem haben, und das sind die 16 Bundesländer und Österreich. Das heißt, dieses gegliederte Schulsystem scheint ein Schlüssel zu sein und deshalb kommen wir auch um die Systemfrage nicht herum. Diese Systemfrage ist von der Initiative "Eine Schule für Alle" gestellt worden, die im letzten Winter erfolgreich eine Volksinitiative durchgeführt hat und jetzt ein Volksbegehren auf den Weg bringen wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Es geht darum, eine Schule zu konzipieren, in der die Schülerinnen und Schüler von der ersten bis zur zehnten Klasse gemeinsam lernen. Es soll auf jeden Fall unmöglich gemacht werden, dass nach der vierten oder nach der sechsten Klasse aussortiert wird.

Worüber wird eigentlich abgestimmt? Abgestimmt wird über einen Gesetzesentwurf zur Einführung der Gemeinschaftsschule in Hamburg. Darüber stimmen die Leute ab, die ihre Unterschrift leisten. Es soll regelhaft ermöglicht werden, wofür in Deutschland alljährlich Schulen Schulpreise bekommen, wie auch in diesem Jahr wieder. Die Schulen sollen es einrichten können, klassenübergreifend, kursübergreifend, jahrgangsübergreifend oder stufenübergreifend zu unterrichten und gemeinsam zu lernen. Das gemeinsame Lernen kann durch unterschiedliche Formen der Differenzierung ermöglicht werden. Ziel der Gemeinschaftsschule in Hamburg ist es, eine inklusive Schule zu haben.

Im Gegensatz zur Integration geht das pädagogische Konzept der Inklusion davon aus, dass es keine homogenen, sondern heterogene Klassen gibt. Jeder von uns kann bestätigen, dass diese Unterschiedlichkeit eigentlich eine ideale Grundlage für gemeinsames Lernen ist, die zurzeit viel zu wenig genutzt wird. Gemeinsames Lernen in heterogenen Gruppen bedeutet, dass alle miteinander und voneinander lernen können und insgesamt mehr und besser lernen.

Es geht darum, dass die Schülerinnen und Schüler, wenn sie aus der Schule entlassen werden,

(Dora Heyenn)

drei Fähigkeiten haben, um im Leben bestehen zu können. Das eine ist die Fachkompetenz. Die ist bisher viel zu hoch gehängt worden, insbesondere von den Gymnasien. Es geht um die soziale Kompetenz und es geht auch um die Methodenkompetenz, die man braucht, um Probleme zu lösen.

Nun hören wir immer das Argument, eine Schule für alle sei eine Schule für Gleichmacherei. Jede Gemeinschaftsschule hat nach dem Vorschlag einer Schule für alle einen großen Spielraum. Sie kann in ihrem Schulprogramm die interne Schulorganisation festlegen, zum Beispiel die Unterrichtsorganisation. Sie kann die Einführung einer Sekundarstufe II festlegen, sie kann die Dauer der Schulzeit bis zum Abitur selbst festlegen und sie kann die Bildungsschwerpunkte festlegen. Das heißt, bei gleicher Schulstruktur wird es eine große Bandbreite von unterschiedlichen Möglichkeiten geben.

Der zweite Vorwurf gegen eine Schule für alle heißt immer, der Elternwille solle abgeschafft werden. Das ist bei Weitem nicht der Fall.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Frau Abgeordnete, Sie müssen zu einem Schlusssatz kommen.

Dora Heyenn (fortfahrend): Gerade Eltern haben bei einer Schule für alle große Mitwirkungsmöglichkeiten, die weit über das hinausgehen, was heute ist. Eine Schule für alle heißt, es muss eine höhere Quote von Schülern geben, die das Abitur machen. Eine Schule für alle heißt auch Gymnasium für alle.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Freistedt.

Marino Freistedt CDU:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ihre Rede, Frau Kollegin Heyenn, hat dreierlei gezeigt.

Erstens: Der Ruf nach der einen Schule für alle wird nicht pädagogisch, sondern ideologisch begründet.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens: Die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt werden mit Scheinargumenten für ein Schulsystem umworben, das keine Aussagen bezüglich der Leistungsfähigkeit von Schule trifft.

Drittens: Die Anmeldung zur heutigen Aktuellen Stunde dient mehr der Werbung als der Aufklärung.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich, meine sehr verehrten Damen und Herren, auf einige typische Argumente eingehen. Schule für alle heißt, jedes Kind ist willkommen – was für eine Binsenweisheit. Alle Schulen heißen ihre Schülerinnen und Schüler willkommen. Wer zweifelt daran, dass die Schulen dies schon aus Eigeninteresse tun? In der offiziellen Schrift heißt es weiter: Neben dem Unterrichtsstoff werden wichtige Fähigkeiten gelernt, Verständnis, Verständigung, Toleranz und Solidarität. Welche Schule hat dieses nicht in ihrem Schulprogramm; das ist wirklich nichts Neues.

(Beifall bei der CDU)

Ich werde allerdings schon etwas skeptischer, wenn gesagt wird, wie ich das eben gehört habe, die Fachkompetenz zum Beispiel am Gymnasium sei eindeutig zu hoch gehängt. Das kann nun wirklich nicht wahr sein.

Die Schule für alle, so die Initiatoren, sei in allen erfolgreichen Ländern längst verwirklicht. Nennen Sie mir doch bitte ein Land, in dem es wirklich eine Schule für alle Kinder gibt. Es gibt kein europäisches Land, in dem es nicht Abstufungen, Ergänzungen, Zusatzschulen, Privatschulen oder Nachmittagschulen gibt, in denen nicht zielgruppenspezifischer Unterricht durchgeführt wird. Sie belügen sich selber, wenn Sie sagen, es gäbe nur noch ein Schulsystem.

(Beifall bei der CDU und bei Michael Gwosdz GAL)

Und was heißt erfolgreich? Ist es wirklich ein Erfolg, wenn zum Beispiel in einigen englischen Städten das gemeinsame Lernen über viele Jahre dazu führt, dass die Zahl jugendlicher Arbeitsloser ansteigt im Gegensatz zu der Statistik, die Sie eben genannt haben, und sie insgesamt deutlich über dem deutschen Fortschritt liegt? Ist es wirklich ein Fortschritt, wenn die Absolventen von Schulen mit gemeinsamem Lernen nach den Statistiken im Alter von 25 Jahren häufiger einen Arbeitsplatzwechsel durchgeführt haben als andere?

Es gibt natürlich auch den Hinweis auf die fehlende Fachpraxis und Fortbildung unserer Lehrkräfte; das ist ein wichtiges Argument. Wir können nicht den Eltern Sand in die Augen streuen und sagen, wir fordern jetzt etwas und dann wird alles besser. Hier brauchen wir wirklich Mut, wir brauchen ein schlüssiges Konzept, das wir mit unserer Mehrheit von CDU und GAL hier vorlegen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Wir haben einen Kompromiss geschlossen, der die Einführung der sechsjährigen Primarschule als Kerngedanken vorsieht. Wir haben ihn in diesen Tagen und Wochen vorbereitet und ich bin mir sicher, dass dieser Vorschlag auch ein großer Erfolg werden wird.

(Marino Freistedt)

Unsere Schulsenatorin Frau Goetsch wird es bestätigen. Behörde, GAL und CDU arbeiten konstruktiv zusammen an einem Konzept für eine Schule, in der in den ersten sechs Jahren gemeinsam unterrichtet wird, ohne dass die Schüler erst zum Abschluss ihrer Schulzeit entlassen werden und dann auch schlechte Chancen haben.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Die Schülerinnen und Schüler lernen sechs Jahre lang gemeinsam. Gymnasien und Stadtteilschulen werden ihre spezifischen Profile mit in die Primarschulen einbringen und schon in den ersten Schuljahren kindgerecht gemeinsam durchführen. Wir grenzen mit diesem System niemanden aus, es stellt für uns in Hamburg einen Perspektivwechsel dar. Es fordert uns alle heraus, aber die Gestaltungsmehrheit von GAL und CDU will sowohl die schwachen als auch die starken Schüler fördern und fördern.

Wir stehen dazu, wir unterstützen die Politik von Ole von Beust und Senatorin Goetsch und dieses wird ein Erfolgsmodell sein. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Rabe.

Ties Rabe SPD:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zahlreiche Studien haben sich mit unserem Schulsystem beschäftigt und die Stärken, aber auch die Schwächen herausgefunden. Die Schwächen sind zweierlei.

Kinder aus bildungsfernen Familien scheitern viel zu oft in unserem Schulsystem. Gut ein Viertel aller Hamburger Schülerinnen und Schüler verlassen die Schule ohne oder mit schlechten Schulabschlüssen. 11,09 Prozent hatten im letzten Jahr überhaupt keinen Schulabschluss; das ist Problem Nummer eins.

Problem Nummer zwei ist, dass das Bildungsniveau insgesamt mittelmäßig ist, wenn auch mit ansteigender Tendenz. Das gilt für Schulabbrecher genauso wie für Abiturienten und es reicht nicht aus, wenn wir unseren Kindern in unserer Gesellschaft eine Zukunft geben wollen. Daraus leitet die SPD zwei Forderungen ab.

Erstens: Wir müssen alles tun, um die Chancengleichheit an den Schulen zu verbessern und das heißt vor allem fördern, fördern und noch mal fördern.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens: Wir müssen alles tun, um die Begabungen und Interessen aller Schüler zu entfalten, aber wie macht man das. Wenn wir das machen wollen, dann müssen wir zunächst einmal anerkennen, wie verschieden Kinder eigentlich sind. Henrike kann

zwei Stunden Harry Potter lesen, Harun rechnet am schnellsten, Hannes diskutiert und denkt mehr als andere, Hatice ist begeistert von Klängen und Farben und Hamsa ist am liebsten draußen im Matsch und Graben. Aber statt diese Vielfalt und dieses Können zu fördern, haben wir jahrelang all diese Kinder in drei Schubladen sortiert und dort gleichmäßig mit der gleichen Schule berieselt. Das ist blödsinnig, denn wir haben es in Deutschland nicht mit drei Kindertypen zu tun, sondern mit Millionen echter Menschen. Diese Erkenntnis setzt sich immer mehr durch und die Schlussfolgerung ist klar. Wir brauchen einen Unterricht, der jedes Kind individuell erreicht. Solchen Unterricht haben viele Schulen bereits auf eigene Faust entwickelt und er klappt hervorragend. Das ist der eine Baustein für die Schule der Zukunft.

(Beifall bei der SPD)

Und wenn das klappt, dann können wir rein theoretisch für jedes Kind eine Schule erfinden, werden sie doch alle unterschiedlich bespielt mit Unterricht; aber das ist völliger Unsinn. Damit wird deutlich, dass der Baustein zwei sein muss. Wir brauchen eine Schule für alle, denn diese Schulform bietet in Wahrheit der Vielfalt unserer Kinder den nötigen Raum zur Entfaltung und das ist der andere Baustein für die Schule der Zukunft. Insofern haben wir ein klares Ziel und in diesem Ziel stimmen wir auch mit der Initiative überein.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Die Frage ist allerdings, wie wir dahin kommen, denn drei Fraktionen in diesem Hause stimmen mit dem Ziel überein, aber sie beschreiten unterschiedliche Wege. Der Weg, den die Sozialdemokraten gehen wollen, hat vier Leitlinien.

Erstens: Wir müssen anerkennen, dass Schulpolitik nicht im luftleeren Raum der Politik gemacht wird, sondern sich mit den Sorgen, Ängsten, Wertvorstellungen und Hoffnungen der Gesellschaft auseinandersetzen muss und das heißt, Reformen des Schulsystems brauchen Akzeptanz und sie brauchen Dialog.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens: Schulpolitik muss auch klappen. Auf dem Papier und im "Hamburger Abendblatt" kann man die tollsten Sachen erzählen, aber sie müssen auch funktionieren. Wir Sozialdemokraten glauben nicht, dass der von der Initiative vorgestellte Zeitplan eine realistische und vor allem eine funktionierende Schule für alle in dieser kurzen Zeit möglich macht. Ich erinnere daran, dass in den skandinavischen Ländern die gleiche Umstellung des Schulsystems über ein Jahrzehnt gedauert hat. Deswegen sagen wir, Schule braucht sorgfältige Politik und auch Zeit.

(Beifall bei der SPD)

(Ties Rabe)

Drittens: Auf diesem Weg müssen wir Hamburgs Schulsystem zusammenführen. Wir haben in Hamburg sieben verschiedene weiterführende Schulen und hier geht es darum, diese Schulen Stück für Stück heranzuführen. Wir haben die Stadtteilschule vorgeschlagen.

(Robert Heinemann CDU: Ihr habt das vorgeschlagen, das ist doch ein Witz!)

– Ja, das haben wir gemeinsam gemacht. Herr Heinemann, wenn Sie dabei sein wollen, dürfen Sie das gerne.

Wir wollen diese Stadtteilschule zu der neuen Schule für Hamburg entwickeln, aber anders als die CDU und als Herr Heinemann wollen wir sie nicht als die zweite und schlechtere Säule in einem zweigliedrigen Schulsystem, sondern wir wollen sie zu der neuen Schule für Hamburg entwickeln und die Gymnasien in diesen Prozess mit einbinden.

(Beifall bei der SPD)

Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang ein Wort an die GAL, die immer so tut, als sei die Primarschule ein Schritt hin zur Schule für alle. Das ist nun wirklich Unsinn. Die Primarschule mag sinnvoll sein oder nicht ...

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, es muss aber ein kurzes Wort werden. Sie haben die Redezeit überschritten, deshalb leuchtet das rote Lämpchen.

Ties Rabe (fortfahrend): – Ach, ich dachte, das leuchtet die ganze Zeit.

Als Weg in die Schule für alle taugt dieser Weg nicht.

Letzter Punkt: Wir brauchen einen besseren, einen individualisierten Unterricht und damit können wir jetzt anfangen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Gwosdz.

Michael Gwosdz GAL: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Rabe hat gesagt, Schulpolitik finde nicht im luftleeren Raum statt. Das sehen wir gerade mit der Eröffnung des Volksbegehrens "Eine Schule für Alle" in einigen Tagen. Es ist ein wunderbares Beispiel dafür, welche Vielfalt an Positionen es durchaus in der Hamburger Bildungslandschaft gibt zwischen den Eltern, den Politikern, den Lehrern, den Schülern und auch allen anderen weiteren Beteiligten und Interessierten an Schulpolitik.

Schulpolitik brauche Akzeptanz und Dialog, hat Herr Rabe gesagt. Genau das ist eine der Leitlinien, unter der wir die Schulreform, die neue Schuloffensive in Hamburg durchführen im Dialog mit den Eltern, Schülern, Lehrern, Schulleitern und anderen Betroffenen, um eine Akzeptanz für die künftige Schulpolitik, für die neue Primarschule, für die Stadtteilschule und die Gymnasien, wie sie ab 2010 organisiert werden, zu entwickeln.

Warum machen wir das Ganze? Wir reden darüber in jeder Sitzung und ich wiederhole es gerne noch einmal: Wir bringen Hamburgs Schulen mit dieser neuen Politik auf europäischen Standard, und zwar in der Form und den Inhalten, und damit langfristig natürlich auch – das ist die Hoffnung – in den Ergebnissen der Schulpolitik. Frau Heyenn hat dieses schöne Zitat erwähnt, dass nur 17 Länder in Europa, darunter die 16 deutschen Bundesländer, nach der vierten Klasse sortierten.

Mit der Einführung der Primarschule verlängern wir das gemeinsame Lernen und ganz entscheidend ist, dass wir nach der sechsten Klasse nicht mehr ein Sortieren in Restschulen, in Schulen für die etwas halbgaren Schüler und in Gymnasien vornehmen, sondern nach der sechsten Klasse stellt sich künftig nur noch die Frage, auf welchem Weg die Schülerinnen und Schüler das Abitur machen werden, entweder auf einem Gymnasium oder einer Stadtteilschule. Aber auch dort haben die Schülerinnen und Schüler zunächst einmal einen direkten gradlinigen Weg und die Möglichkeit, das Abitur zu machen. Das momentane Problem des heutigen Sortierens ist, dass demjenigen, der auf die Hauptschule kommt, zunächst einmal der Weg zum Abitur verbaut ist. Es gibt natürlich Umwege, das wissen wir alle, aber das ist keine Durchlässigkeit, die das Lernen und das Erhöhen des Bildungsniveaus in Deutschland einfacher macht.

Wichtig ist bei der Schulreform, dass nicht die Organisationsform, sondern das inhaltliche Angebot in den Mittelpunkt tritt. Ganz wichtig ist, dass die Unterschiedlichkeit der Kinder – das haben meine Vorredner betont – in den Fokus rückt. Es ist das Ende der Illusion vom Lernen im Gleichschritt, das momentan in unserem Schulsystem immer noch im Vordergrund steht.

Wesentliche Ziele der Schulreform, die wir mit den Initiatoren von "Eine Schule für Alle" teilen, sind auf dem Weg, den wir einschlagen, zu erreichen. Es wird mehr Chancengleichheit geben statt sozialer Auslese, es wird eine individuelle Förderung der Kinder geben statt Sitzenbleiben und Abschulen, es wird einen möglichst hohen Bildungserfolg für alle Schülerinnen und Schüler geben. Wie ich schon erwähnt habe, verliert die Frage der Empfehlung für Gymnasium oder Stadtteilschule an Brisanz. Es geht nicht um die Frage, ob Abitur, sondern es geht um die Frage des Weges zum Abitur.

(Michael Gwosdz)

Wenn sich die LINKEN in Hamburg als Vorreiter einer Schule für alle, des neunjährigen gemeinsamen Lernens, produziert, finde ich das sehr erfreulich.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Zehn!)

– Des zehnjährigen gemeinsamen Lernens, richtig.

Wenn man allerdings nach Berlin guckt, was Sie gemeinsam mit Ihrem Koalitionspartner SPD in Berlin schaffen, dann sind die jetzt angekündigten Initiativen ein gewisses Nachvollziehen dessen, was wir bereits auf den Weg gebracht haben. Herr Zöllner hat gerade letzte Woche angekündigt, in der sechsjährigen Grundschule in Berlin künftig in den Klassen fünf und sechs auch Gymnasiallehrer einzusetzen, also das nachzuvollziehen, was wir mit der Primarschule ohnehin schon vorhaben. Aber auch in Berlin bleiben die Gymnasien bestehen, die Haupt- und Realschulen werden integriert und sind dann Regionalschulen, ein anderes Wort für Stadtteilschulen.

Von daher ist die Kritik an unserem Schulsystem, die Sie gerade vorgetragen haben, auch eine Kritik am Berliner Schulsystem, wobei Sie in der Vergangenheit in einem ersten Schritt dafür gesorgt haben, dass die Vielgliedrigkeit in Berlin mit der Gemeinschaftsschule noch um eine achte Säule erweitert wird, und jetzt ist es wieder ein Zusammen-dampfen auf mehrere Wege.

Traurig ist in Berlin auch, dass zwar einerseits im Abgeordnetenhaus dieser schulpolitische Weg beschlossen wird mit Ihren Stimmen, den Stimmen der SPD und auch mit den Stimmen der Kollegen der Grünen, im Senat aber dann schon wieder ein Streit darüber ausbricht, ob das der richtige Weg für Berlin ist und Herr Zöllner in der Senatspressekonferenz die Konzepte gar nicht vorstellen darf.

In Hamburg ziehen wir an einem Strang.

(Michael Neumann SPD: Auch in dieselbe Richtung?)

Wir sind uns einig, dass wir Schulen brauchen, an denen man mit Begeisterung lernen kann. Wir sind auf einem guten Weg zu Schulen, in denen jeder optimal gefördert wird. Dafür investieren wir in unsere Schulen und treten in einen intensiven Dialog mit den Vertretern vor Ort ein. Dieser Dialog ist ein fruchtbarer und gewinnbringender und er wird fruchtbarer und gewinnbringender sein als die Konfrontation in verschiedenen Volksbegehren.

Wir sind überzeugt, dass sich dieser Dialog unter Einsatz aller Beteiligten für unsere Stadt lohnen wird, denn wir brauchen alle Talente.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Berndt Röder: Dann bekommt das Wort Senatorin Goetsch.

Zweite Bürgermeisterin Christa Goetsch: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich einen Blick auf den Bildungs- und Erziehungsauftrag unseres Hamburger Schulgesetzes werfen, um aufzuzeigen, wer bei all den Reformen im Mittelpunkt stehen sollte.

In Paragraf 2 des Hamburgischen Schulgesetzes ist der Bildungs- und Erziehungsauftrag für die Schülerinnen und Schüler unserer Stadt festgelegt. Ich will nur den Absatz 2 vortragen. Zitat:

"Unterricht und Erziehung sind auf die Entfaltung der geistigen, körperlichen und sozialen Fähigkeiten sowie auf die Stärkung der Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft der Schülerinnen und Schüler auszurichten. Sie sind so zu gestalten, dass sie die Selbstständigkeit, Urteilsfähigkeit, Kooperations-, Kommunikations- und Konfliktfähigkeit sowie die Fähigkeit, verantwortlich Entscheidungen zu treffen, stärken."

– Zitatende. –

Wie schon in Paragraf 1 geht es um das Recht auf schulische Bildung. Im Schulgesetz werden ganz selbstverständlich die Rechte der Schülerinnen und Schüler in den Mittelpunkt gerückt und deshalb hat der Gesetzgeber die Schülerinnen und Schüler an den Anfang des Gesetzes gestellt. Damit hat die Bürgerschaft deutlich gemacht, dass nicht die Institutionen, sondern die Rechte und die Bildungschancen der Kinder ganz vorne stehen. Alles, was sich dann anschließt – Strukturen, innere Verfasstheit der Schule, Schulformen – folgt erst nachrangig den Rechten und Bildungschancen der einzelnen Schülerinnen und Schüler.

Seit 1997, als dieses Hamburgische Schulgesetz von der Bürgerschaft beschlossen wurde, hat die Bürgerschaft bei diesem Paragrafen in ihren Schulgesetzesnovellierungen bei der Reihenfolge und dem Inhalt keine Veränderungen vorgenommen. Also muss sich der Senat daran halten, was dort geschrieben steht. Deshalb kann es eben nicht darum gehen, zuerst zu überlegen, wie wir Räumlichkeiten und Schulformen erhalten, sondern wie wir den Rechten und den Bildungschancen der Kinder dieser Stadt gerecht werden.

Ich habe die Gründe schon mehrfach vorgetragen, aber sie sind so gravierend, dass ich sie noch einmal wiederhole. Immer noch hängt der Schulerfolg von der sozialen und kulturellen Herkunft der Eltern ab, immer noch sind 30 Prozent unserer Schüler laut PISA sogenannte Risikoschüler mit wenig Chancen auf Ausbildung und Arbeit. Ich sage es immer wieder: Unsere Hamburger Schülerinnen und Schüler sind genauso talentiert wie ihre Kolleginnen und Kollegen in Finnland, Kanada, der Schweiz und so weiter, wo die Lernerfolge größer sind. Bei dieser Problemlage kann es nicht darum

(Zweite Bürgermeisterin Christa Goetsch)

gehen, den Status quo zu erhalten, lieber Herr Rabe,

(Ingo Egloff SPD: Hat er doch gar nicht gesagt, Frau Goetsch!)

und sich nicht zu bewegen und zu warten, bis vielleicht irgendetwas in Bewegung kommt, sondern wir müssen handeln. Es geht nicht darum, wie wir Schulformen erhalten, sondern wie wir den Bildungschancen der Kinder dieser Stadt gerecht werden. Lassen Sie es mich so ausdrücken: Schulformen und Schulräume haben sich den pädagogischen Zielen und Notwendigkeiten anzupassen und nicht umgekehrt.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Dazu hat die Enquete-Kommission der Hamburgischen Bürgerschaft im Jahr 2006 eindrucksvoll und einhellig diese Schieflage analysiert und Einigkeit darüber erzielt, dagegen vorzugehen. Es besteht Einigkeit, die Vielgliedrigkeit des Schulsystems zu reduzieren und gleichzeitig dringend und schnell den Unterricht durch neue Lernkultur, durch individualisierten Unterricht zu verändern und zu verbessern.

Es gibt interessanterweise neuerdings auch Einigkeit in diesem Hause, länger gemeinsam zu lernen. Es gibt Einigkeit bei den Regierungsfractionen und dem schwarz-grünen Senat, es gibt Einigkeit bei der Oppositionspartei DIE LINKE und nur Sie von der SPD, Herr Rabe, wollen bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag warten und schlagen eine Versäulung vor, obwohl man woanders davon ausgeht, die Entsäulung anzugehen – ich nenne nur das Stichwort Jugendhilfe.

(Ties Rabe SPD: Sie schlagen die Versäulung vor! Sie stabilisieren die Säulung!)

Lassen Sie mich an dieser Stelle einmal ausführen, warum sich längeres gemeinsames Lernen und die gleichzeitige Reduzierung der Vielgliedrigkeit des Hamburger Schulsystems in mehrfacher Hinsicht auf Befunde der empirischen Bildungsforschung stützen können.

Die OECD hat 2006 geschrieben – Zitat –

"Die Abhängigkeit zwischen Schulleistungen und sozialer Herkunft wird durch längeres gemeinsames Lernen verringert. Es lässt sich nachweisen, dass die soziale Abhängigkeit geringer ist, wenn später und weniger institutionell differenziert wird."

– Zitatende. –

Der Bildungsökonom Wößmann hat es 2007 so formuliert:

"Je früher Schüler also in unterschiedliche Schulformen selektiert werden, umso größer ist der familiäre Einfluss auf die erzielten Schülerleistungen."

Im Klartext: Kinder, die von zu Hause wenig Unterstützung bekommen, haben einfach Pech gehabt, wenn sie zu früh in unserem System aussortiert werden. Das wollen wir nicht hinnehmen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Ein Mythos, dem wir entgegentreten müssen, ist auch, dass die leistungsstärkeren Kinder besser lernen würden, würde man sie nur möglichst früh von den leistungsschwächeren trennen. Dazu auch noch einmal der Forscher Wößmann, der zum Zusammenhang zwischen Schülerleistungen und sozioökonomischem Status sagt – Zitat –:

"Frühe Selektion geht nicht mit einem stärkeren Anstieg des durchschnittlichen Leistungsniveaus einher. Offenbar schneiden nicht einmal die besten 25 Prozent oder gar nur die besten 5 Prozent der Schüler besser ab, wenn die Aufgliederung früh erfolgt."

Die PISA-Forscher von 2000 sagen:

"Im internationalen Vergleich steigt tendenziell die Lesekompetenz mit einer sich lockernden Koppelung von sozialer Herkunft und Kompetenzerwerb. [Es] hängt maßgeblich vom Erreichen eines befriedigenden Niveaus der Lesekompetenz in den unteren Sozialschichten ab."

(Ties Rabe SPD: Aber keiner empfiehlt die Primarschule!)

Das alles sollten Sie sich einmal auf Ihre Fahnen schreiben. Um das Bildungsniveau in deutschen Schulen insgesamt anzuheben, müssen Ungleichheiten reduziert werden. Dazu gibt es Modellrechnungen von Wilms im Jahr 2006 für die UNESCO, insbesondere Kinder aus schwachen sozioökonomischen Verhältnissen und mit Migrationshintergrund stärker zu fördern und weniger auszugrenzen und nicht zu früh auszugrenzen. Jedes zweite Kind in unserer Grundschule hat einen Migrationshintergrund. Es schreit geradezu nach der Notwendigkeit anzufangen und zu handeln. Es geht darum, die Verminderung der sozialen Ungleichheit zu erreichen und sich verstärkt den vernachlässigten schulstrukturellen Fragen zu widmen, wie die Simulationsstudien von Müller-Benedikt 2007.

Die verbreitete Auffassung, wonach nur über die Herstellung vermeintlich leistungshomogener Lernmilieus, was einige immer so gerne wollen, durch frühe äußere Differenzierung ein hohes Leistungsniveau erreichbar sei, lässt sich nicht aufrechterhalten – laut Arbeitsgruppe Internationale Vergleichsstudie 2003. Ebenso sagen andere vergleichende Studien von 2003, dass es auf ganzheitliche Reformen ankommt. Sodann sind wir bei unserer Hamburger Schuloffensive und Bildungsreform, wo es darauf ankommt, die Strukturveränderungen mit der Etablierung einer neuen Lernkultur mit neu ausbalancierten Verantwortungsstrukturen

(Zweite Bürgermeisterin Christa Goetsch)

und der Professionalisierung des schulischen Personals zu verbinden. Auf gut Deutsch heißt das: Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer, um in der Lage zu sein, mit Heterogenität in den Klassen entsprechend der Fortbildungsinitiative umzugehen, die zum 1. Februar 2009 vom Landesinstitut in großem Umfang vorbereitet wird.

Gerade weil wir in Hamburg – und das ist so wichtig – die Veränderung der Schulstrukturen untrennbar mit der Verbesserung des Unterrichts verknüpfen, hat unser Senat auf der Basis des Koalitionsvertrags eine umfassende Schuloffensive angestoßen, die zum einen der Notwendigkeit Rechnung trägt, dass das Schulangebot so gestaltet wird, wie es im Schulgesetz vorgeschrieben wird, nämlich dass die Rechte und Chancen der Schülerinnen und Schüler gewahrt bleiben, und zum anderen mit Augenmaß die größtmögliche Veränderung mit möglichst breiter Beteiligung der Menschen in und um die Schule umzusetzen.

Meine Damen und Herren! Wir sprachen gerade davon, dass eine Schulreform zwei Legislaturen oder bis zu zehn Jahren dauert. Wir fangen 2010 an, aber wir fangen an, wir steigen ein mit einer sorgfältigen Vorbereitung. Deshalb freue ich mich, vielleicht 2015 gemeinsam im Sinne von Enja Riegel, der bekannten Schulleiterin der Helene-Lange-Schule in Wiesbaden, auf den Beginn dieser Reform blicken zu können und sagen zu können: Es hat sich alles gelohnt, Schule kann gelingen. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Berndt Röder: Ich halte zunächst einmal fest, dass die Abgeordnetenredezeit in der aktuellen Stunde fünf Minuten beträgt. Das soeben waren 195 Prozent der Abgeordnetenzeit.

Das Wort bekommt die Abgeordnete Artus.

Kersten Artus DIE LINKE:* Herr Präsident, sehr geehrte Herren und Damen! Wäre ich auf eine Schule für alle gegangen, wäre ich vermutlich nicht sitzen geblieben und hätte voller Scham und Demütigung das Gymnasium verlassen müssen und hätte nicht erst wieder auf der Berufsschule Spaß am Lernen bekommen und ein gutes Zeugnis hingelegt. Das schaffen viele nicht. Es schaffen diejenigen nicht, die eine Reihe weiterer Demütigungen ertragen müssen, sei es bei der Arbeitsagentur, bei Vorstellungsgesprächen oder weil ihnen aufgrund ihres sozialen Status keine Chance gegeben wird. Sie wissen wie ich, dass in keinem Land der Bildungserfolg so abhängig vom sozialen Status ist wie in Deutschland.

(Wilfried Buss SPD: Genau!)

Ich arbeite in einem guten Job, der angemessen bezahlt wird und mir ein weitgehend sorgenfreies Leben ermöglicht. Ich arbeite mit einigen Frauen

und Männern zusammen, die eine ähnlich abgebrochene Schulkarriere wie ich hinter sich haben und denen es später wie mir nur durch einen immensen Kraftaufwand gelungen ist, nach diesem Schuldesaster zwei qualifizierte Berufe zu erlernen, um sich eigenständig zu ernähren und durchs Leben zu gehen.

Bei uns im Betrieb wird fast niemand mehr ohne Abitur eingestellt. Die Zeiten sind vorbei. Nur halb perfekte Lebensläufe bei Bewerbungen werden aussortiert. Wer sitzen geblieben ist, keinen Auslandsaufenthalt oder keine Praktika vorweisen kann, der kann es gleich vergessen. Aber wie soll jemand eine Chance bekommen, der in der Pubertät eine Talfahrt in der Schule hatte und die zehnte Klasse ein- oder zweimal, wie ich, nicht schafft und nicht das nötige Kleingeld der Eltern zur Verfügung hatte, um den Lebenslauf aufzuhübschen. Das Prinzip Nase und Beziehung regiert wieder zunehmend bei der Stellenbesetzung in den Betrieben.

Eine Schule für alle ist gerechter als alle anderen Schulmodelle.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Druck, der auf Kindern lastet, das Gymnasium schaffen zu müssen, damit aus ihnen etwas wird, wäre nicht mehr da. Sage mir doch keiner, dass auf den Gymnasien alles in Ordnung wäre. Als wir im Januar und Februar mit dem Wahl-O-Mat in verschiedenen Gymnasien waren, habe ich genug Probleme mitbekommen. Schüler und Schülerinnen würden und müssten sich zwangsweise nicht mehr als Elite fühlen und diffusen Erwartungen entsprechen, genauso wenig wie sich die anderen Kinder als Menschen zweiter Klasse fühlen müssten, was unweigerlich von den Eltern und der Gesellschaft vermittelt wird, wenn sie nicht auf das Gymnasium gehen.

Wenn Sie in der Bürgerschaft der Auffassung sind, dass sich Leistung lohnen muss, dann handeln Sie auch danach. Wenn sich Leistung lohnen soll, dann muss sie sich unabhängig vom sozialen Status der Eltern lohnen. Alles andere ist Heuchelei.

Eine Schule für alle ist leistungsfähiger als alle anderen Schulmodelle. Die Schulleistungen in Deutschland sind insgesamt nur mittelmäßig, bis auf die Grundschulen. Sie aber sind Schulen für alle. Das ist der bestechende Beweis für die Richtigkeit dieser Schulform. Bewiesen ist auch, dass heterogene Lerngruppen – Christa Goetsch hat es erwähnt – effektiver sind als homogene, weil das Klima leistungsfördernder ist. Eine Schule für alle kann gelingen, wenn die jetzigen Schulsysteme schrittweise umgebaut werden unter Beteiligung aller. Hamburg sollte keine halben Wege in der Schulpolitik gehen, auch wenn es jetzt eine Koalition gibt, in der schwarz-grüne Kompromisse geschlossen werden. Aber bitte keine Kompromisse, die sich auf Jahre auswirken und zulasten der Ge-

(Kersten Artus)

neration geht, die jetzt schulpflichtig wird. Bis zum Jahr 2020 kann ein Umgestaltungsprozess erfolgen, der es ermöglicht, dass niemand umgeschult werden muss. Wir von der Fraktion DIE LINKE unterstützen daher die Volksinitiative "Eine Schule für Alle", weil es aus unserer Sicht um das Privileg geht, besser lernen zu können, nicht mehr gedemütigt zu werden, egal, ob auf dem Gymnasium oder in der neunten oder zehnten Klasse oder schon vor der Einschulung ausgelesen zu werden, wie das mit dem Schulmodell der Fall sein dürfte, das jetzt in Hamburg eingeführt werden soll.

Die Schule für alle wird auch den sogenannten Eliten gut tun, wie die Überschrift eines Artikels in der "Hamburger Lehrerzeitung" in der Dezember-Ausgabe des letzten Jahres lautete: Die Schule für alle ist ein Mercedes für alle.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Lemke.

Dittmar Lemke CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Heyenn, Frau Artus, Sie haben uns einen ganzen Strauß von Problemen an Schulen und nicht nur an Schulen dargelegt. Da ging es um die Arbeitslosigkeit junger Menschen, Bildungschancen von Kindern aus bildungsfernen Haushalten, Bildungschancen unterer Schichten. Freude am Unterricht hat Frau Artus genannt, dann Druck, der auf den Kindern auf dem Gymnasium lastet. Sie kommen mir ein wenig so vor wie ein Kräuterdoktor, der uns die Wundersalbe Gemeinschaftsschule gegen alle vorhandenen Probleme an Schulen verschreiben will. Das ist aber nicht glaubhaft.

(Beifall bei der CDU)

Mit dieser Diskussion lenken Sie nur von den wirklichen Problemen ab. Das ist hier auch mehrfach gesagt worden, dass wir in Zukunft lieber darüber diskutieren sollten, wie die individuelle Förderung verbessert werden kann, gerade im Hinblick auf die vielen Jugendlichen, die die Schulen ohne Abschluss verlassen. Frau Goetsch hat das eben unter dem Begriff neue Lernkultur angesprochen. Diese Debatte, die Sie heute angestoßen haben, hat uns doch keinen Schritt vorangebracht.

(Wilfried Buss SPD: Eure Politik auch nicht!
– Dr. Andreas Dressel SPD: Dann können wir die Debatte ja abbrechen!)

Ich verrate Ihnen ja kein Geheimnis, wenn ich Ihnen sage, dass die CDU die Initiative "Eine Schule für Alle" nicht unterstützt. Herr Freistedt hat das schon ausführlich dargestellt. Die CDU tritt für eine sinnvolle Differenzierung des Schulsystems ein und diese sehen wir in dem jetzt gefundenen Kompromiss von Zwei-Säulen-Modell, von Stadtteilschule, Gymnasium und der vorgelagerten Primar-

schule. Dieses Modell ist kein fauler Kompromiss, sondern ein echtes Modell für die Zukunft von Hamburgs Schulen.

(Wilfried Buss SPD: Oh, Gott!)

Tatsächlich gibt es keine wissenschaftlichen Hinweise, dass die Gemeinschaftsschule ein erfolgreiches Modell sein könnte. Ich erinnere nur an die Comprehensive School in England, die natürlich auch als gescheitert gilt. In Frankreich gibt es ähnliche Modelle, die gescheitert sind. In allen diesen Ländern gibt es doch einen gewaltigen Run auf Privatschulen. Das ist doch das, was Sie ganz bestimmt für Hamburg nicht als Modell möchten.

Dann wird immer wieder erwähnt, dass zum Beispiel ein erfolgreiches Modell der Gemeinschaftsschule das in Finnland wäre. Wenn man sich Finnland anguckt, dann haben dort 40 Prozent der Schulen weniger als 50 Schüler. 60 Prozent der Schulen haben weniger als sieben Lehrkräfte. Meine Damen und Herren, in Finnland haben wir es mit einem ländlich geprägten Zwergschulsystem zu tun, das mit der Hamburger Situation überhaupt nichts zu tun hat.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Ja, solche Schulfrequenzen haben Sie hier nicht geschafft! – Ingo Egloff SPD: Aber eines, das 70 Prozent Abiturienten aufweist!)

Insofern bietet dieses Beispiel keine Argumente für die Gemeinschaftsschule.

Der Erfolg aller Schulreformen wird doch in Zukunft davon abhängen, ob wir zukünftig die Schüler nach den für ihre Lernbedürfnisse geeigneten Unterrichtsmethoden unterrichten. Herr Gwosdz hat darauf hingewiesen, dass der Koalitionsvertrag individualisierten Unterricht und stärkeres Eingehen auf Schüler vorsieht. Ich meine, das ist der richtige Weg, den wir eingeschlagen haben.

Frau Artus, ich weiß, dass Sie für Argumente nicht zugänglich sind

(Dr. Andreas Dressel SPD: Ganz im Gegensatz zu Ihnen!)

und das werfe ich Ihnen heute vor. Sie betreiben eine politisch motivierte Ideologisierung der Schulpolitik und das finde ich sehr schlimm. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Rugbarth.

Andrea Rugbarth SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es liegt auf der Hand, dass den derzeitigen Koalitionsfraktionen aus GAL und CDU das Volksbegehren "Eine Schule für Alle" nicht gefällt und auch gar nicht gefallen kann. Zum einen, weil der Kompromiss, den beide Koalitionspartner

(Andrea Rugbarth)

ausgehandelt haben, aus diametral entgegengesetzten Positionen zur Schulpolitik entwickelt wurde. Man traf sich irgendwie in der Mitte.

(Farid Müller GAL und Jens Kerstan GAL: Das wäre bei Ihnen auch nicht anders gewesen!)

Würde dieser Kompromiss innerhalb von CDU und GAL ehrlich und offen diskutiert und nicht zugunsten des Friedens in der Koalition um jeden Preis eben nicht diskutiert, würde diese Koalition an den inhaltlichen Gegensätzen auseinanderbrechen.

(Beifall bei der SPD)

Nur dieses Nichtdiskutieren der verschiedenen schulpolitischen Ansätze hält diese Koalition in dieser Frage zusammen.

Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU, ist das Volksbegehren "Eine Schule für Alle" doch ein Dorn im Auge, denn dieses Instrument der Bürgerbeteiligung ist Ihnen anscheinend nach wie vor unheimlich, während die GAL das zu früheren Zeiten immer ganz besonders begrüßt hat.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Nun sehen Sie sich aber gemeinsam in der Falle, denn natürlich wird Ihnen die Initiative "Eine Schule für Alle" mit ihrem Volksbegehren das politische Überleben nicht gerade erleichtern. Immerhin sind nur etwas über 60 000 Unterschriften erforderlich, um den Weg für einen Volksentscheid zu ebnen. Das Volksbegehren wird unabhängig von seinem Ausgang die Diskussionen in Hamburg entfachen und immer mehr Menschen werden sich dadurch mit dem Thema Schulreform befassen. Genau das ist es, was Ihnen Angst macht.

(Beifall bei der SPD – Farid Müller GAL: Ihnen doch auch!)

– Uns nicht, nein.

Durch die anhaltende öffentliche Diskussion zum Volksbegehren werden auch Ihre derzeitigen Pläne zur Schulreform kritisch betrachtet. Es werden naturgemäß Fragen nach dem Sinn und der Wirtschaftlichkeit dieser halben Schulstrukturenreform gestellt werden. Halb deshalb, weil es nichts Halbes und nichts Ganzes ist. Frau Goetsch, aus gutem Grund hat die Enquete-Kommission seinerzeit eben nicht eine sechsjährige Grundschule beschlossen. Das war nicht das Ergebnis der Beratungen in der Enquete-Kommission.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Herr Gwosdz, europäischer Standard ist das noch lange nicht.

Es wird natürlich von den Eltern die Frage gestellt werden, warum nicht gleich eine Schule für alle, wenn doch das eigentliche Ziel der Senatorin – und so habe ich Sie verstanden – offensichtlich

in dieser einen Schule für alle liegt. Sie stehen damit vor dem Problem einer erneuten großen Debatte in Hamburg. Nun wird – so schätze ich einmal – aller Wahrscheinlichkeit nach für Sie die nächste und sehr bedrohliche Stufe erreicht werden, wenn nämlich ein erfolgreiches Volksbegehren den Volksentscheid erzwingt. Dann, meine Damen und Herren, sitzen Sie so richtig in der Tinte.

Für mich ist die entscheidende Frage an dieser Stelle, was in dieser ganz besonderen Art von Koalition geschieht, wenn nun auch der Volksentscheid erfolgreich sein sollte.

(Farid Müller GAL: Das entscheiden wir dann, wen es soweit ist!)

Wollen Sie sich dann wieder, wie beim Verkauf des Landesbetriebs Krankenhäuser, über das Ergebnis eines Volksentscheids hinwegsetzen?

(Farid Müller GAL: Mit Ihrer Hilfe!)

Tatsache ist doch, dass die Schulpolitik neben dem Kraftwerk Moorburg, dem Möbelhaus Höffner und Ihrer nicht verantwortbaren Haushaltspolitik des Verkaufs der letzten Besitztümer Hamburgs eine der vorgezeichneten Sollbruchstellen Ihrer Koalition darstellt. Vielleicht meinte Ihr Bürgermeister ja solch eine Sollbruchstelle, wie zum Beispiel die Schulpolitik, als er sich am Anfang des Jahres in einem sehr interessanten Interview auf "Spiegel Online" äußerte und auf die Frage, ob Roland Koch mit seiner Strategie nicht einen Pakt mit den Grünen torpediert habe, wörtlich sagte: Nicht, dass wir uns hier missverstehen, Schwarz-Grün will auch ich torpedieren. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD, bei Dora Heyenn und Christiane Schneider, beide DIE LINKE)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Heitmann.

Linda Heitmann GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage mich ehrlich gesagt ein bisschen, worum wir uns eigentlich streiten. Wenn ich mir die Diskussion anhöre, dann ist der einzige schulpolitische Streit, den es momentan in dieser Stadt gibt, glaube ich, nicht innerhalb der Koalition, sondern eher innerhalb der SPD.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Als ich mir die Reden von Frau Heyenn und Herrn Rabe angehört habe,

(Ties Rabe SPD: Frau Heyenn ist nicht in der SPD!)

dann haben Sie vor allem eines in den Vordergrund gestellt, nämlich dass es sich besser in heterogenen Gruppen lernen lässt als in homogenen, dass die Individualität in unseren Schulen im Vordergrund stehen muss. Da stimme ich Ihnen zu

(Linda Heitmann)

und deshalb begrüße ich auch, dass Frau Goetsch eine Initiative zu einer umfassenden Fortbildung der Lehrer angestoßen hat, damit diese lernen, mit der Individualität ihrer Schüler umzugehen und ihre Schüler in den Schulen individuell zu fördern.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Herr Rabe, ein zweiter Punkt, auf den Sie hingewiesen haben, ist, dass bei einer Schulreform jeder mitgenommen werden muss.

(Dirk Kienscherf SPD: Jede auch!)

Auch da stimme ich Ihnen vollkommen zu. Ich glaube, das haben wir bereits in Angriff genommen. Es wird in der nächsten Zeit viele Schulentwicklungskonferenzen in dieser Stadt geben, an denen alle Schulen beteiligt sind, um Konzepte zu entwickeln, wie die Schullandschaft in dieser Stadt in Zukunft gut funktionieren kann.

(Ties Rabe SPD: Umpflügen!)

Dass Sie in Ihren Reden genau die Aspekte in den Vordergrund gestellt haben, die wir bereits angestoßen haben, bestätigt mir, dass wir mit unserer Reform, mit unserer Bildungssenatorin auf dem richtigen Weg sind und dass wir dafür erfreulicherweise sogar in diesem Hause eine breite Unterstützung haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Baum.

Elisabeth Baum DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir unterstützen diese Initiative, weil wir der Auffassung sind, dass die Selektion der Schülerinnen und Schüler bei uns in Hamburg viel zu früh stattfindet. Das wird durch die Einführung der Primarschule durch die schwarz-grüne Regierung auch weiterhin unterstützt. Wir befürchten, dass die Auswahlkriterien der Schülerinnen und Schüler viel zu früh einsetzen, womöglich noch vor der Vorschule. Viele Gegner der Initiative behaupten, die Gymnasien sollten abgeschafft werden. Das trifft in unseren Augen überhaupt nicht zu. Wir wollen das Potenzial der Gymnasien nutzen für eine Schule für alle. Wir wollen sie nicht abschaffen, sondern weiterentwickeln, so wie alle anderen Schulen auch. Alle Schulen können die vielfältigen Potenziale der Schüler nur erschließen, wenn sie die Chancen zu individueller Förderung haben. Die Möglichkeit des Abschlusses auf angeblich geringwertigere Schulformen verhindert die Entwicklung an allen Schulen. So wird verhindert, dass die pädagogischen Potenziale heterogener Schülergruppen zum Tragen kommen.

Die Gymnasien werden im Zuge ihrer Weiterentwicklung zu Schulen für alle, die in der Lage sind, ihre anspruchsvolle Bildung den benachteiligten und weniger privilegierten Kindern zukommen zu

lassen, was zurzeit nicht stattfindet. Das Einzige, was die Gymnasien verlieren werden, wäre ihr elitärer Status als die obere oder auch die bessere Schule, die andere Schulen unter sich haben und sie verlieren die Möglichkeit, Schüler auf andere Schularten abzuschulen, wenn sie nicht mitkommen. Stattdessen übernehmen sie die Verantwortung für jeden einzelnen Schüler während der gesamten Schulzeit.

Führende Politiker unseres Landes haben aufgrund der PISA-Studien dazu Stellung genommen, wie zum Beispiel Horst Köhler im Jahre 2006. Ich zitiere:

"Für mich war das wichtigste und das bestürzendste Ergebnis dieser Schuluntersuchungen wie PISA und anderer, dass in keinem anderen Land in Europa der Schulerfolg so stark von der sozialen Herkunft abhängt wie bei uns in Deutschland. Ein Kind aus einer Facharbeiterfamilie hat im Vergleich zu dem Kind eines Akademikerpaares nur ein Viertel der Chancen, aufs Gymnasium zu kommen. Die Ursachen dafür mögen vielschichtig sein; der Befund ist beschämend. Das müssen wir dringend ändern, um der Lebenschancen jedes Einzelnen willen und wegen unserer wirtschaftlichen Stärke und des Wohlstands für alle, den wir auch in Zukunft haben wollen."

Ziel der Initiative ist eine Gemeinschaftsschule, in der Kinder ohne Abschlüssen und Sitzenbleiben individualisiert bis zum Ende der 10. Klasse lernen können und daran schließt sich dann die gymnasiale Oberstufe oder die Berufsausbildung an. Wir sollten den Mut haben, Neues zu beginnen und in diesem Fall auch von unseren Nachbarn zu lernen.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Schneider.

(Robert Heinemann CDU: Das Einheitssystem!)

Christiane Schneider DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auf der Homepage der Initiative "Wir wollen lernen!" – Für den Erhalt gymnasialer Bildung ab Klasse 5" wird als Argument gegen die Primarschule aufgeführt, dass es schon bis zum Ende der vierten Klasse gravierende Lernrückstände von ein bis eineinhalb Jahren gebe, die nicht aufzuholen seien. Nun will niemand die zum Teil sicher auch großen Lernunterschiede von Kindern bestreiten. Aber welche Konsequenzen will man daraus ziehen? Will man wirklich die Konsequenz ziehen, dass ein Teil der Kinder als Ballast für das schulische Fortkommen der anderen betrachtet und behandelt wird?

(Christiane Schneider)

Das Problem ist doch, dass die Lernunterschiede – das ist jetzt mehrfach gesagt worden – in erheblichem Ausmaß eben nicht mit unterschiedlichen natürlichen Veranlagungen, sondern mit der sozialen Ungleichheit, mit den oft krassen Unterschieden der Lebensverhältnisse und damit übrigens auch der Erfahrungswelten zu tun haben. Es gibt – das kann wohl niemand bestreiten – keine soziale Chancengleichheit junger Menschen, sondern eine tiefgreifende soziale Chancenungleichheit.

Diese soziale Chancenungleichheit wird durch das mehrgliedrige Schulsystem verfestigt und auch das gemeinsame Lernen – und das ist unsere wesentliche Differenz zur GAL – bis zur sechsten Klasse ist nur ein Schritt in die richtige Richtung, löst aber das Problem nicht.

Zu den wesentlichen Vorteilen, die über Erfolg oder Nichterfolg der Schullaufbahn entscheiden, gehört ganz wesentlich das Bildungsniveau der Eltern. Das soziale und kulturelle Herkunftsmilieu vermittelt kulturelle Praktiken, insbesondere Sprachkompetenzen, die gerade in den Jahren, wo auf der einen Seite das Verständnis und die Beherrschung der Sprache den Hauptansatzpunkt für das Urteil der Lehrer bilden, nämlich da, wo sie vorhanden sind, als großer Vorteil und auf der anderen Seite da, wo diese Kompetenzen nicht entwickelt sind, als gravierendes und tückisches Hindernis wirken.

Nun hören Sie gut zu, insbesondere in der CDU. Ich zitiere, die wirklich nicht reformerische oder gar revolutionäre "Frankfurter Allgemeine Zeitung", die im August im Wirtschaftsteil Untersuchungen von Bildungsökonominnen vorstellte und unter anderem die folgende Erkenntnis wissenschaftlicher Forschungen wiedergab – ich zitiere –:

"Um die Leistungen aller Schüler zu verbessern, sei es außerdem nötig, Schüler verschiedener Leistungsstärken so lange wie möglich in einer Klasse zu unterrichten."

Diese Forderung sei heikel – so die "FAZ" –, weil viele sich an die sozialistische Einheitsschule der DDR erinnert fühlten. Aber die Zeitung fährt mutig fort – Zitat –:

"Ihre Untersuchungen [– der Bildungsökonominnen –] zeigten, dass ein möglichst langer gemeinsamer Unterricht den schwächeren Schülern sehr nutze, ohne den stärkeren zu schaden. Ein längeres gemeinsames Lernen verringere die Abhängigkeit der Leistungen vom Elternhaus."

Soweit das Zitat der "FAZ". Das liegt tatsächlich nahe, weil das lange gemeinsame Lernen die gravierenden Lernunterschiede, die durch die unterschiedlichen sozialen und kulturellen Voraussetzungen bedingt sind, einebnet. Selbst im elitären Wirtschaftsteil der elitären "FAZ" kann man lesen, dass die Schule für alle für viele Menschen

zum Vorteil und zumindest für niemanden zum Nachteil ist. Ich meine, sie ist für alle zum Vorteil.

(Beifall bei der LINKEN)

Einer der von der "FAZ" zitierten Wissenschaftler warnte – ich zitiere –:

"... in der Diskussion über die Einheitschule vor schlichten Betrachtungen."

Dem kann ich mich insbesondere mit Blick auf Herrn Lemke anschließen.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Yildiz.

(Ties Rabe SPD: Müssen die alle reden?)

Mehmet Yildiz DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Angesichts der künftigen Schulstruktur in Hamburg, die ein Nebeneinander von Gymnasien, Stadtteilschulen und Förderschulen vorsieht, hat sich eine parteiübergreifende Initiative "Eine Schule für Alle" gegründet. Das Ziel dieser Initiative ist es, sich gegen die Aufteilung in höhere und geringwertigere Bildungsgänge zu wenden und für eine integrative Schule für alle Kinder und Jugendlichen zu sein. Wir halten dieses Volksbegehren für sehr wichtig, weil es sich gegen die selektive Einordnung des Bildungssystems richtet. Die Leidtragenden sind insbesondere Kinder aus Arbeiterfamilien oder auch aus Migrantenfamilien. Diese Tatsache, dass sich die Selektion der Schülerinnen und Schüler nach sozialer Herkunft richtet, wurde auch von Frau Goetsch und die bekannte PISA-Studie bestätigt. Schauen wir uns einmal die Situation der Schüler mit Migrationshintergrund an. Zurzeit gehen 70 Prozent der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund auf die Hauptschule, 20 Prozent auf die Realschule und 10 Prozent auf das Gymnasium. Aus den Statistiken zur Förderschulkonzentration geht hervor, dass es eindeutig die Migrantenkinder sind, die überdurchschnittlich in den Förderschulen vertreten sind.

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Untersuchungen zeigen, dass die Grundschullempfehlung nicht nur von der individuellen Leistungsfähigkeit des Kindes abhängt, sondern zu einem großen Teil auch von der sozialen Herkunft der Kinder geprägt ist. Dass Fehleinschätzungen passieren und Empfehlungen für weiterführende Schulen nicht selten negativ ausfallen, ist das eine. Das andere ist, dass auch bei positiven Einschätzungen und Empfehlungen das Problem selbst nicht aufgehoben wird, weil das selektive Schulsystem eben nicht alle mitnimmt, sondern die vorgefundenen Leistungen entsprechend zuordnet. So haben Kinder aus sogenannten bildungsnahen

(Mehmet Yildiz)

Elternhäusern eine doppelt hohe Chance, für die Gymnasien empfohlen zu werden.

Doch der Preis, den die Gesellschaft dafür zahlt, ist sehr hoch. Zum Beispiel verlassen 20 Prozent der Migrantenkinder und durchschnittlich 10 Prozent der übrigen Schülerinnen und Schüler jedes Jahr die Schule ohne Abschluss. Das selektive Bildungssystem macht die Zukunft von Millionen Kindern zunichte. Dabei belegt die PISA-Studie seit 2001 deutlich, dass längeres gemeinsames Lernen in einheitlichen Schulen eine Leistungssteigerung aller Schülerinnen und Schüler bewirkt. Abgesehen davon möchte ich auch auf die UNO-Kinderrechtskonvention von 1989 hinweisen, die in diesem Zusammenhang insbesondere auf Gleichheit, Menschenwürde und Schutz vor Diskriminierung hinweist. Leider sind die Fakten und Daten unserer Bildungsrealität derart, dass die dringende Notwendigkeit besteht, auf die Kinderrechtskonvention aufmerksam zu machen. Angesichts dessen klingen die schönen Worte – ich sage das in Richtung der CDU-Kollegen – der Bundeskanzlerin, Bildungsrepublik Deutschland, wie die Ankündigung des Himmels auf Erden. Doch wir sind bescheiden. Wir fordern nur eine Schule für alle, denn wir sind fest davon überzeugt, dass soziale Kompetenz, Teamfähigkeit, Akzeptanz, Toleranz und interkulturelle Kompetenzen gemeinsam besser entwickelt werden. Gleiche Chancen in Bildung gebietet eine Schule für alle. – Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE: Ich habe die Aktuelle Stunde bisher immer so verstanden, dass wir über aktuelle Themen in dieser Stadt sprechen. Es geht kein Weg daran vorbei, wir werden in den nächsten drei Wochen über Schulstruktur diskutieren müssen, und Schulfragen waren in Hamburg immer außerordentlich wichtig. Deswegen haben wir das Thema auf die Tagesordnung gesetzt und nicht, um Werbung für irgendetwas zu machen. Das möchte ich klarstellen.

(Beifall bei der LINKEN)

Zweitens, Herr Gwosdz, ist die Aktuelle Stunde ja eine Debatte. Deshalb würde ich gern auf einiges eingehen. Wenn Sie ein Volksbegehren als Konfrontation mit irgendwelchen Themen verstehen, dann haben Sie das plebiszitäre Verhalten nicht verstanden. Es geht darum, dass wir Bürgerinnen und Bürger an Entscheidungen beteiligen. Das wollen wir hoffentlich alle.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Ich muss mit einem grundsätzlichen Irrtum aufräumen, Herr Gwosdz. Die Initiative "Eine Schule für

Alle" haben viele Einzelpersonen ins Leben gerufen. Die Partei DIE LINKE hat, was das Konzept einer Gemeinschaftsschule betrifft, durchaus unterschiedliche Auffassungen, aber sie unterstützt diese Initiative. Es ist aber keine Initiative der Linksfraktion. Das möchte ich deutlich sagen.

(Beifall bei der LINKEN – *Martina Gregersen* GAL: Wer sagt denn das?)

– Das ist aus Ihrer Richtung gesagt worden und das ist falsch.

Herr Freistedt, mit dem Gesetzentwurf zur Einführung einer Schule für alle soll in Hamburg keineswegs erreicht werden, dass es keine Ersatzschulen mehr gibt. Das können Sie nirgendwo herauslesen und das trifft nicht zu, es wird sie weiterhin geben. Über die Bedingungen für den Erhalt von Ersatzschulen werden wir uns heute noch bei einem anderen Tagesordnungspunkt unterhalten können.

Frau Goetsch, Ihr Zitat aus dem Schulgesetz ist großartig. Nur, ich glaube, das ist eine Zielvorstellung und vielleicht ein Wunschdenken. Es hat mich ein bisschen an das Grundgesetz erinnert, in dem steht:

"Männer und Frauen sind gleichberechtigt."

In der Realität sind wir noch Lichtjahre davon entfernt und von dem Zitat, das Sie genannt haben, sind wir ebenfalls Lichtjahre entfernt. Es geht darum, dass man darauf hinarbeitet. Darüber sind wir uns sicherlich einig, nur über den Weg noch nicht.

Es trifft nicht zu, dass dieser Gesetzentwurf zur Einführung einer Gemeinschaftsschule eine reine Strukturreform ist. Wer ihn aufmerksam liest, stellt fest – ich habe darauf hingewiesen –, wenn das Prinzip der Inklusion angestrebt wird und es jahrgangsübergreifende und kursübergreifende integrative Möglichkeiten geben sollte, ist es auch eine inhaltliche Strukturreform, die wir dringend benötigen.

Es wurde das Argument genannt, so schnell könnten wir eine Schulreform nicht durchführen oder eine Schulstruktur nicht ändern. Ich möchte an Folgendes erinnern: Im Mai ist die Regierung gewählt worden und die Senatorin hat das ehrgeizige Ziel, im Jahre 2010 eine neue Schulstruktur, nämlich das Zwei-Säulen-System einzuführen. Wenn das Volksbegehren und der Volksentscheid im Jahre 2009 erfolgreich sind, ist vorgesehen, dass im Schuljahr 2011/2012 mit einer Schule für alle gestartet wird. Der Zeitrahmen ist genau der Gleiche wie jetzt, das heißt, es wird überhaupt nichts Unmögliches verlangt. Wir müssen nur endlich anfangen, die Dinge zu ändern. Hier höre ich immer, dass doch alle wissen, dass Schüler nicht die gleichen Chancen haben. Das können wir doch aber nicht einfach zur Kenntnis nehmen und abheften,

(Dora Heyenn)

wir müssen etwas ändern. Das ist ein realistischer Weg, den wir unterstützen.

(Beifall bei der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr, sodass wir zum zweiten und dritten Thema der Aktuellen Stunde kommen.

China Time in Hamburg – erfolgreiche Zusammenarbeit und kritischer Dialog mit
Handel mit China – Menschenrechte einfordern

Wer wünscht das Wort? – Herr Heintze, bitte.

Roland Heintze CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf dem Rathausmarkt erleben wir in diesen Tagen nach 2006 erneut die China Time; 170 Veranstaltungen mit Begegnungen und Dialog zusammen mit dem China Summit in der Handelskammer, eine rundum gelungene Veranstaltung, die sich intensiv Zeit nimmt, unseren Dialog mit China zu pflegen und auf unterschiedlichen Ebenen zu fördern.

Wir haben dieses Thema heute zur Aktuellen Stunde angemeldet, weil der CDU-Fraktion dieser Dialog sehr wichtig ist. Wir haben eben gehört, wichtige Themen in dieser Stadt gehören in der Aktuellen Stunde nach vorne. Hier wollen wir unseren Akzent setzen. Die CDU will hiermit ein Signal setzen, der Dialog mit China ist uns wichtig, der Dialog mit China muss fortgeführt werden und den Dialog mit China sollten wir in dieser Stadt regelmäßig auf die Tagesordnung setzen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Es ist nicht nur ein gegriffenes Thema, sondern es ist ein Thema mit Tradition. In unserer Stadt leben 10 000 Menschen mit chinesischer Herkunft. Wir hatten 1921 sogar eine kleine Einwanderungswelle und in der Schmuckstraße auf St. Pauli entstand ein China Town. Seit 1972 gibt es das chinesische Generalkonsulat, seit 1973 die Deutsch-Chinesische Gesellschaft und seit 1986 das Schanghai-Memorandum, das final in die Städtepartnerschaft geführt hat.

Wir haben also eine gute Tradition im Umgang mit China. Wir haben aber nicht nur eine gute Tradition im Handel, wir haben auch eine gute Tradition im sich gegenseitig die Meinung sagen. Von dieser Stelle haben wir auch das Thema der Laogai-Lager diskutiert, das zu einem offenen Dialog dazu gehört.

Nichtsdestotrotz haben wir heute einen anderen Schwerpunkt, nämlich auf dem Handel. Bei allen

kritischen Diskussionen gehört zu einer Partnerschaft, gemeinsame Leistungen zu betonen und herauszustellen. Wir haben mit China in dieser Stadt sehr viel geleistet, Hamburg hat in China viel geleistet. Auch dafür muss an dieser Stelle Zeit für Dank sein.

(Beifall bei der CDU)

Nur wenn man sich die Zeit nimmt, gemeinsame Leistungen herauszustellen, können Vertrauen und Respekt geschaffen werden. Dieser ist nötig, um diese Partnerschaft erfolgreich fortzusetzen. Eine notwendige Grundvoraussetzung, um solche Veranstaltungen, wie wir sie in diesen Tagen in der Stadt erleben, erfolgreich durchzuführen.

Es gibt viel Gemeinsames: Wir haben den Hafen, wir haben die Logistik, wir haben den Tourismus, wir haben das Thema Umwelt, wir haben mit dem Teehaus, das in diesen Tagen eröffnet wurde, das Thema Kultur. Allein der Hafen hat einen Umschlag von 3,2 Millionen Containern aus China. Die Partnerschaft mit Hamburg ist nicht nur eine Chance für Hamburger Unternehmen, sondern sie sichert in dieser Stadt tagtäglich Arbeitsplätze. Auch das gilt es in einer solchen Debatte zu betonen.

(Beifall bei der CDU)

Diese Arbeitsplätze werden aber nicht nur hier geschaffen, sondern es gibt Engagement auch in China – Nordex, REpower, Airbus mit der Endmontage und Beiersdorf. Die CDU ist dezidiert der Meinung, diesen Austausch gilt es zu stützen, zu fördern und zu begleiten. Wir haben verschiedene Handlungsfelder, die in diesen Tagen von uns vorgebracht werden. Ein Beispiel ist das Chinesisch-Deutsche Schiedsgericht zu Wirtschaftsfragen, das seine Arbeit aufnimmt und sehr wichtig für 400 chinesische Unternehmen ist, die hier ansässig sind, sowie für 900 Unternehmen, die allein in Hamburg im Chinageschäft tätig sind. Es geht aber auch um den fairen Handel, um zu vermeiden, dass Produkte, die von Zwangsarbeitern in Laogai-Lagern hergestellt werden, auf den Markt kommen. Auch hier ist der Senat auf Initiative dieses Parlaments tätig geworden. Das Thema Grüne Wirtschaft ist ein weiteres Handlungsfeld. Auch an der EXPO 2010, die in Shanghai stattfindet, werden wir Anteil haben, ebenso an der Logistik durch die Güterverbindung ab 2010 nach Peking. Im Bereich Bildung gibt es die Europe-China School of Law, eine juristische Fakultät, die eine sinnhafte Form des Wissenstransfers begleitet.

Wir bauen also unsere Partnerschaft auf Augenhöhe zu China aus. Das Ziel ist eine verantwortungsbewusste Partnerschaft, von der alle profitieren, das Ziel ist aber auch eine Partnerschaft auf Augenhöhe, in der man kritische Themen mit Respekt voreinander beleuchten soll. Das Ziel der CDU-Fraktion ist aber nicht – das wurde in diesen Tagen mehrfach betont –, eine eigene Außenpolitik Ham-

(Roland Heintze)

burgs gegenüber China zu betreiben. Wir sehen die Stadt in einer Mittlerrolle, die in diesen Tagen in all diesen Veranstaltungen deutlich wird. Wir sollten uns auch als Parlament noch stärker einbringen. Wir sehen Hamburg als Mittlerin zwischen allen Erdteilen und den Völkern im Geiste des Friedens, wie es auch schon die Präambel unserer Verfassung sagt. Das ist uns mit der China Time erneut hervorragend gelungen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Frank.

Günter Frank SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Heintze, das haben wir alles schon mehrfach gehört.

(Barbara Ahrons CDU: Deswegen ist es ja nicht verkehrt!)

CDU und GAL haben das Thema China innerhalb kürzester Zeit zum dritten Mal angemeldet. Aber es gibt nichts Neues, meine Damen und Herren, was wir jetzt hätten neu diskutieren können. Nur die politische Luft, Herr Heintze, ist für diesen Senat offenbar dünner geworden. Sie kneifen vor Themen, die die Menschen in dieser Stadt wirklich interessieren: Moorburg, Elbphilharmonie, Schulden, Altenpflege, Studiengebühren.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Wenn Sie sich nicht mehr trauen, solche Themen von allein anzumelden, dann muss es um Sie sehr, sehr schlecht bestellt sein.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Reden wir also noch einmal über das schon Gesagte zum Thema China.

(Wolfgang Beuß CDU: Ja, da sind wir ganz gespannt!)

Hamburg hat schon 1986 unter dem SPD-geführten Senat in unserer Partnerstadt Schanghai ein Vertretungsbüro eröffnet und die China-Politik forciert. Das frühe Engagement der Stadt hat sich bezahlt gemacht, denn sehr, sehr viele Firmen kommen zum Beispiel aus Schanghai. Die folgenden Senate haben diese Politik erfolgreich weitergeführt. Hamburg hat sich zur Hochburg des Chinahandels mit rund 400 Firmen aus China und 900 Unternehmen, die mit China Handel betreiben, entwickelt. Mehr als 50 Prozent des deutschen Außenhandels mit China wird über den Hamburger Hafen abgewickelt und Sie wissen, dass ein Drittel der Container aus China kommt oder dorthin verschifft wird. Erstaunlich ist auch, dass inzwischen mehr als die Hälfte aller Airbus-Flugzeuge chinesische Technologie und Bauteile an Bord hat.

Hamburg hat sich eine führende Position in Sachen China erarbeitet und ich denke, dass die von allen Fraktionen getragen wird.

Dass das Programm China Time offener geworden ist und dass die Themen Klima und Umweltschutz im Fokus von Hamburg Summit standen, wird von uns ausdrücklich begrüßt. China muss sich für diese Themen und Menschenrechtsfragen weiter öffnen. Die Partnerschaft Hamburgs mit China muss einhergehen mit einem ständigen Dialog über die Menschenrechtslage in China, aber auch über die katastrophalen Folgen des Turbokapitalismus, der keine Rücksicht auf die Lebenssituation der Menschen nimmt. Dieser Dialog muss aus unserer Sicht mit einem noch größeren Engagement als bisher sichtbar geführt werden.

(Beifall bei der SPD)

Ein schlechtes Beispiel kommt von der Handelskammer. Dort können Sie auf der Website Folgendes lesen. Ich zitiere:

"Die Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, also das Parlament des Bundeslandes Hamburg, hat unsere Handelskammer gebeten, eine Bürgerschafts-Drucksache auf unserer Website zu veröffentlichen, in dem sie ihre Besorgnis über das von ihr in der Volksrepublik China vermutete System von Zwangsarbeiterlagern zum Ausdruck bringt.

Dieser ausdrücklichen Bitte kommen wir [...] nach.

Unserer Handelskammer ist in diesem thematischen Zusammenhang wichtig zu betonen, dass wir uns der Auffassung der Bürgerschaft zur Existenz solcher Einrichtungen in China hiermit weder anschließen noch ihr widersprechen. Unsere Handelskammer hat hierüber vielmehr keine Erkenntnisse, die über Medienberichterstattungen hinausgingen."

Meine Damen und Herren, das ist ein schlechtes Beispiel. Ein gutes Beispiel ist die Einrichtung eines Chinesisch-Europäischen Schiedsgerichts mit Sitz in Hamburg. Auch wenn es in erster Linie um wirtschaftliche Fragen geht, aber eine solche Einrichtung wird den Rechtsstaatsdialog mit China verstärken und insofern von uns unterstützt.

Wie es um die Menschenrechte in China bestellt ist, ist auch in dem Ausschussgespräch – so ist es im Protokoll nachzulesen – mit dem chinesischen Generalkonsul Herrn Ma Jinsheng deutlich geworden. Für ihn sind das Umerziehungslager für Einbrecher, Betrüger oder – man höre – sonstige Störer der Sozialordnung und Personen, die gegen die Verfassung verstoßen, ohne Gerichtsverfahren, sondern von der zuständigen Behörde entschieden. Nicht jeder, der eine von der Regierung ab-

(Günter Frank)

weichende Meinung äußere, werde eingesperrt, sagte er. Er hat dann zweimal vorgeschlagen, eine Delegation zu entsenden, um sich vor Ort über die Laogai-Lager ein eigenes Bild zu machen. Die Bereitschaft Chinas sei vorhanden. Bisher ist niemandem gestattet worden, diese Lager zu betreten, weder Amnesty International noch UN-Vertretern und bisher auch keinem deutschen Länderparlament. Es stünde aus meiner Sicht gerade Hamburg und der Hamburgischen Bürgerschaft gut an, als erstes bundesdeutsches Länderparlament eine Delegation in Laogai-Lager zu entsenden

(Glocke)

– ich komme zum Schluss – und vor Ort entsprechende Gespräche zu führen. Ich bitte den Präsidenten und die Fraktionen, diesen Vorschlag des Generalkonsuls aufzunehmen. – Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Waldowsky.

Andreas Waldowsky GAL:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn Sie über den Rathausmarkt zu uns kommen, sehen Sie den China-Markt und damit das Thema der heutigen Aktuellen Stunde.

Wer sich mit dem umfangreichen Programmheft für China Time befasst hat, wird feststellen, China ist nicht nur für eine oder zwei Wochen in Hamburg zu Hause. Zahlreiche wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen auf vielfältigen Ebenen der Gesellschaft zwischen der Hansestadt und China belegen, wir bezeichnen uns in Hamburg zu Recht als Chinas Handelshauptstadt in Europa. Dazu haben die Kollegen Heintze und Frank schon einiges ausgeführt.

Man braucht kein wirtschaftlicher Fachmann zu sein, sondern man muss nur einen kleinen Spaziergang am Elbstrand machen, um ganz schnell einen Eindruck davon zu bekommen, welche immense Anzahl an chinesischen Containern im Hamburger Hafen umgeschlagen werden. Kurzum, die Wirtschaft der Hamburger Metropolregion profitiert wie keine andere europäische Region von dem gewaltigen wirtschaftlichen Potenzial im Reich der Mitte.

Bereichert werden diese Beziehungen durch die knapp 3500 Einwohner mit chinesischer Staatsangehörigkeit in Hamburg, die einen nachhaltigen kulturellen Austausch mit sich bringen. Dieses alles ist für Hamburg eine erfreuliche Entwicklung. Doch wir dürfen es dabei nicht belassen, denn Freiheit und Menschenrechte spielen in Geschichte und Selbstverständnis dieser Hansestadt eine zentrale Rolle. Dies ist nicht nur eine hehre Forderung, sondern sie bestimmt auch den Alltag von Senat und Bürgerschaft.

So haben wir uns in diesem Hause im Mai letzten Jahres dazu bekannt, die Zwangsarbeitslager, die sogenannten Laogai-Lager, in China zu verurteilen. Damit haben wir die Forderung verbunden, dass auch und gerade bei offiziellen Anlässen der Dialog mit chinesischen Partnern in Menschenrechtsfragen fortgeführt und weiterentwickelt wird. Diese Linie gilt es konsequent weiterzuentwickeln.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Der Kollege Frank sagte eben, es gäbe nichts Neues in der China-Frage. Der Kollege irrt, denn wir haben in Hamburg eine ganz besondere Verantwortung im Menschenrechtsdialog auch im Verhältnis zu unserer Partnerstadt Schanghai. In der letzten Woche ist durch die Gesellschaft für bedrohte Völker ein Report vorgestellt worden mit dem Titel "Menschenrechtsverletzungen in Hamburgs Partnerstadt Schanghai". Dieser Report zeigt Erschreckendes auf. Ich wünsche mir, dass wir uns alle intensiv mit diesem Menschenrechtsreport beschäftigen.

Die Gesellschaft für bedrohte Völker stellt nüchtern fest, in Hamburgs Partnerstadt Schanghai würden die Menschenrechte massiv verletzt. Das heißt Einschüchterung von Menschenrechtsaktivisten und Rechtsanwälten, Presse- und Internetzensur, Zwangsarbeit in vielfältiger Form, willkürliche Verhaftungen und menschenrechtswidrige Folter, Verfolgung von Christen und Falun-Gong-Praktizierenden und noch viel mehr Abscheulichkeiten, die alltäglich in Schanghai vorkommen. Dieser Menschenrechtsreport zeigt wieder einmal mehr, dass Schanghai keine ganz normale Partnerstadt wie Marseille, Osaka, Chicago oder Prag ist. Unser Verhältnis zu China kann nur besonderer Natur sein.

Die Gesellschaft für bedrohte Völker erkennt an, dass Hamburg stets einen Menschenrechtsdialog mit China geführt hat. Sie sagt aber auch deutlich, dass es weiterhin systematische Verstöße gibt und deshalb Handel allein nicht automatisch demokratischen Wandel mit sich bringt.

Vor dem Hintergrund dieser Erkenntnisse werden wir den Menschenrechtsdialog mit unseren chinesischen Partnern fortführen und weiterentwickeln.

Hamburg kann mehr und hat das in diesem Jahr bereits bewiesen. Das diesjährige Programm zur China Time hat erfreulich viele kritische und differenzierende Veranstaltungen und Diskussionspunkte im Programm. In diesem Jahr werden Menschenrechtsfragen, zivilgesellschaftliches Engagement, Umweltpolitik und Rechtsstaatlichkeit ebenso thematisiert wie die politisch hochbrisante Tibet-Frage. Veranstaltungen der Diakonie, der Tibet-Initiative Deutschland, des Instituts für Arbeit, aber auch der Konrad-Adenauer-Stiftung und viele andere zeigen, dass es eine erfreulich breite und kritische zivilgesellschaftliche Bewegung in Hamburg

(Andreas Waldowsky)

gibt, die mit China mehr in Verbindung bringt als Stäbchen, Bambus, Panda, Feng Shui und ungeahnte wirtschaftliche Perspektiven.

Als Höhepunkt der China Time gilt die Eröffnung des chinesischen Teehauses in Hamburg am Donnerstag nächster Woche. Das architektonische Vorbild ist das bekannte Hu Xin Ting Teehaus im Schanghaier Yu-Garten, ein wundervolles Bauwerk.

Mit der Eröffnung wird in Hamburg ein Ort eingeweiht, der auch als Diskussionsforum für kritische Fragestellungen dienen können wird.

(Glocke)

Die Einhaltung der Menschenrechte ist die Grundvoraussetzung für eine friedliche und nachhaltige Entwicklung in China und überall in der Welt. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Schneider für vier Minuten.

Christiane Schneider DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte mit einem Zitat von Mohandas Ghandi aus dem Jahre 1928 – also vor 80 Jahren – beginnen:

"Gott behüte uns davor, dass Indien sich je nach westlichem Vorbild industrialisiert. Der ökonomische Imperialismus eines einzigen kleinen Insel-Königreichs [England] hält heute die ganze Welt in Ketten. Falls eine ganze Nation von dreihundert Millionen [Indiens damalige Bevölkerung] den gleichen Weg einschlagen sollte, würde sie die Welt wie Heuschrecken kahl fressen."

Tatsächlich sollten wir nicht vergessen, dass die wirtschaftliche Entwicklung nicht nur Englands, sondern Europas über Jahrhunderte, dass der heute so selbstverständlich erscheinende Wohlstand Europas erkaufte wurde auch durch die Ausplünderung anderer Teile der Welt, durch Unterentwicklung, Versklavung, größte Armut, millionenfachen Hungertod und schlimmste Verletzung der Menschenrechte in Afrika, Lateinamerika oder Asien, deren Folgen bis heute zu spüren sind.

(Beifall bei der LINKEN)

Das allein schon verbietet jede Selbstgefälligkeit und Selbstgerechtigkeit beim Thema Menschenrechte. Das zu erinnern, gehört übrigens auch zum kritischen Dialog, wie er zwischen gleichberechtigten Partnern zu führen ist.

Ersetzen wir Indien in diesem Ghandi-Zitat durch China, das nicht 300 Millionen Einwohner zählt, sondern heute 1,3 Milliarden – jeder fünfte Mensch auf der Erde lebt in China –, dann lassen sich die ungeheuren Probleme erahnen, die die wirtschaftli-

che Entwicklung dieses Riesengebietes für China selbst und für die Weltwirtschaft, die Weltgesellschaft aufwirft. Eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit China, wie die CDU sie heute zum Thema machte, zu fairen Bedingungen und zu gegenseitigem Nutzen, wie ich unbedingt ergänzen möchte, ist für den Verlauf dieses Jahrhunderts von nicht zu überschätzender Bedeutung. Frieden und Stabilität, Entwicklung, Konfliktprävention und Krisenbewältigung sind ohne China nicht möglich und schon gar nicht gegen China.

Um ein ganz zentrales Gebiet notwendiger Zusammenarbeit zu nennen: Natürlich hat die Welt großes Interesse daran, dass Chinas rasantes Wirtschaftswachstum nicht wie bisher auf den Energieverbrauch und den westlichen Entwicklungspfad vertraut, einen Weg, der in China mit ökologischen und sozialen Katastrophen gepflastert ist, sondern für sich und die Welt einen ökologisch nachhaltigen Pfad erschließt. Aber das wird nur funktionieren, wenn der Westen selbst, wenn die größten Energieverbraucher auf ihrem Weg umkehren und endlich eine sozial-ökologisch und friedlich gestaltete Energiewende einleiten. Hier droht Hamburg – Stichwort Moorburg – gerade, eine große Chance zu verpassen.

(Beifall bei der LINKEN)

Der kritische Dialog – um nun den zweiten Teil des CDU-Themas aufzunehmen – mit den politischen Instanzen der Volksrepublik China bringt, wie in den letzten Jahren zu sehen, den Prozess des Wandels voran. Fortschritte bei der Etablierung rechtsstaatlicher Strukturen in der Volksrepublik China, auch zum Beispiel bei der Ausweitung des Arbeitsrechts in diesem Jahr, sind nicht zu bestreiten. Doch trotz dieser Fortschritte bleiben die Defizite bedrückend. Auf dem Gebiet der Bürgerrechte gegenüber staatlichem Handeln, der Rechte von Minderheiten, der Rechte gewerkschaftlicher Interessenvertretungen, der Rechte der Wanderarbeiter, auf dem Gebiet des Strafsystems – mit der Todesstrafe finden wir uns nirgendwo in der Welt ab – sind noch große Schritte notwendig. Aber bei den weiteren Fortschritten, bei der Entfaltung der politischen und sozialen Rechte stehen auch und nicht zuletzt hiesige Institutionen und die internationalen Konzerne in China in der Pflicht. Im vergangenen Jahr – das entnahm ich "WELT Online" vom 18. August – intervenierten die europäischen und US-amerikanischen Handelskammern bei der chinesischen Regierung, um die Ausweitung des Arbeitsrechts, insbesondere die Erhöhung der Mindestlöhne und die strenge Regelung des Kündigungsschutzes, zu verhindern. Die internationalen Konzerne – als besonders schlechtes Beispiel will ich hier Adidas nennen – profitieren in voller Kenntnis der Sachlage von menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen, Niedrigstlöhnen und Entrechtung der Beschäftigten in ihren Zulieferfirmen. Adidas hat inzwischen angekündigt

(Christiane Schneider)

(Glocke)

– mein vorletzter Satz –, die Produktion in China herunterzufahren, weil – so der Adidas-Chef Hainer – die Löhne

(Glocke)

zu hoch sind. Das ist inakzeptabel.

(Beifall bei der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Damit ist die Redezeit der Aktuellen Stunde erschöpft.

Wir kommen zum Punkt 10 unserer heutigen Tagesordnung. Bericht des Haushaltsausschusses: Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Hochschulgesetzes, hier: Neugestaltung der Studienfinanzierung.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/552:

Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Hochschulgesetzes

hier: Neugestaltung der Studienfinanzierung (Senatsantrag)

– Drs 19/939 –]

Wer wünscht das Wort? – Herr Langhein, bitte.

Dr. A. W. Heinrich Langhein CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Entgegen den parlamentarischen Gepflogenheiten hat die Opposition ohne vorherige Ankündigung in der letzten Bürgerschaftssitzung die Beschlussfassung über die zweite Lesung des Gesetzes zur Neufassung der Studienfinanzierung verweigert. Eine nachvollziehbare Begründung für dieses Verhalten fehlt bis heute.

(Elke Badde SPD: Zwei Lesungen sind normal!)

Eine neue Debatte über dieses Thema hat die Opposition auch nicht angemeldet und Herr Frank hat vorhin zum Besten gegeben, die Opposition würde Themen auf die Tagesordnung bringen, was die Regierungsfaktionen nicht tun würden. Das stimmt nicht. Wir haben dieses Thema angemeldet.

Für die CDU-Fraktion war und ist das Thema Bildung einer der Schwerpunktbereiche für die Zukunft. Deswegen haben wir das Thema Studienfinanzierung nochmals zur Debatte angemeldet. Die Bundesrepublik und damit auch die Hansestadt Hamburg sind aufgrund der Globalisierung nahezu aller Wirtschaftsbereiche auf eine hervorragende akademische Bildung der Studierenden angewiesen. Die Zukunft Deutschlands und damit auch der Metropolregion Hamburg hängt maßgeblich davon ab, ob wir es schaffen, in allen Bereichen der Bildung und damit auch im Bereich der akademi-

schen Bildung Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen. Hierin liegt eine der maßgeblichen sozialen Zukunftsaufgaben, die es zu meistern gilt.

Zur Verwirklichung dieses Ziels benötigen wir eine nachhaltige Finanzierung unserer Hochschulen. Ein Weg, um dieses Ziel zu erreichen, besteht darin, die erfolgreichen Absolventen einer akademischen Ausbildung nachträglich an den eigenen Ausbildungskosten geringfügig zu beteiligen. Der weitere Beitrag zur Erreichung dieses Ziels erfolgt über die Steuerfinanzierung, die ebenfalls von den wirtschaftlich erfolgreichen Akademikern nachträglich – neben den erfolgreichen anderen Berufsgruppen – getragen wird.

Es kann aber nicht sein, dass die akademische Ausbildung nur über die Steuerfinanzierung erfolgt. Dies wäre nicht nur fantasielos, es wäre auch für viele Bevölkerungsgruppen ungerecht. Wir müssen Wege finden, zukünftig auch erfolgreiche Akademiker im Beruf und vor allen Dingen auch die Wirtschaft dazu zu bringen, sich an der Studienfinanzierung zu beteiligen.

Der einzige Einwand der Opposition gegen nachgelagerte Studiengebühren soll nun darin bestehen, dass diese unsozial seien. Es soll unsozial sein, den im Beruf wirtschaftlich erfolgreichen Akademikern nachträglich einen kleinen Beitrag für das ihnen gewährte Privileg einer guten akademischen Ausbildung abzuverlangen.

Es soll folglich nach Ansicht der Opposition sozial sein, allen Nichtakademikern, die fleißig und erfolgreich in ihrem Beruf sind und hierfür Aufwendungen erbracht haben, über ihre Steuern die häufig wirtschaftlich erfolgreicher Akademiker zu finanzieren. Es soll – so die Opposition – sozial sein, die schon immer privilegierten akademischen Berufsgruppen von den kleinen Leuten auf Dauer mitfinanzieren zu lassen. Es soll schließlich nach Ansicht der Opposition sozial sein, die später zum oberen Drittel der Gesellschaft zählenden Berufsgruppen ihre Privilegien auf Kosten einer breiten Mehrheit zu pflegen.

(Philipp-Sebastian Kühn SPD: Haben Sie schon einmal etwas von Steuerprogression gehört?)

– Ich habe etwas von Steuerprogression gehört. Ich habe eben gerade etwas dazu gesagt, Herr Kühn.

Es ist klar, dass unsere Gesellschaft nur arbeitsteilig funktioniert. Unsere Gesellschaft darf nicht in den Abgrund einer Utopie abgleiten, die meint, man könne in dieser Welt eine allseits anerkannte Gerechtigkeit schaffen. Dies hat der Sozialismus nie geschafft und er wird es auch nicht schaffen, was die Geschichte bewiesen hat. Genau das Gegenteil ist nämlich der Fall.

(Dr. A. W. Heinrich Langhein)

Die Menschen haben verschiedene Talente, die sie für einzelne Bereiche im arbeitsteiligen Leben zum Wohle der Gemeinschaft einzusetzen bereit sein sollten. Jeder Mensch ist in seinem Bereich wertvoll und wird gebraucht. Akademische Berufe sind nicht besser, aber auch nicht schlechter als andere Berufe. Jeder Beruf dient der Allgemeinheit.

Es ist schon mehr als absurd, dass sich gerade die linke Opposition beim Thema Studiengebühren aufseiten der eher wirtschaftlich starken Gruppen in unserer Gesellschaft stellt.

(Beifall bei der CDU und der GAL – *Dora Heyenn DIE LINKE*: Was ist das denn für ein Quatsch!)

Ich denke aber, dass es einigermaßen sozial gerecht zugeht, wenn man die wirtschaftlich erfolgreichen Akademiker nachträglich mit einem kleinen Beitrag belastet. Der CDU-Fraktion geht es darum klarzustellen, dass gerade nachgelagerte Studiengebühren, wie sie im vorliegenden Gesetz aufgeführt sind, nicht unsozial sind, sondern vielmehr einen Beitrag zum gerechten sozialen Ausgleich darstellen.

Die CDU-Fraktion hat auch aus diesem Grund das heute zu beschließende Gesetz zur Neugestaltung der Studienfinanzierung nochmals zur Debatte angemeldet. Die einseitige und falsche Annahme, nachträgliche Studiengebühren seien unsozial, ist etwas, was wiederum den Nährboden für extremistische Stammtischparolen abgibt. Die Opposition hat nicht begründet, was für sie bei nachgelagerten Studiengebühren unsozial sein soll. Die Opposition hat sich in der gesamten hierüber geführten Debatte jedem Argument im politischen Diskurs verweigert.

(*Christiane Schneider DIE LINKE*: Das haben Sie nur nicht gehört, weil Sie immer draußen waren!)

Dieses habe ich schon in der ersten Auseinandersetzung in der Aktuellen Stunde vor einigen Wochen bemängelt. Sie haben also bis heute noch Gelegenheit, etwas dazu zu sagen. Die aktuelle Verhaltensweise der Opposition ist gefährlich, da ein Diskurs nicht durch unreflektierte Parolen ersetzt werden kann. Parolen verbieten sich im demokratischen Ringen um den richtigen Weg zur Erreichung eines Ziels. Sie gefährden den Kampf um einen einigermaßen gerechten Ausgleich.

Die Opposition hat in der letzten Bürgerschaftssitzung die Abstimmung über die zweite Lesung des Gesetzes zur Neufinanzierung der Studienfinanzierung mit der Begründung abgelehnt, die Regierungsfractionen sollen über dieses Gesetz noch einmal eine Nacht schlafen. Schlafend, wie die Opposition dies meint, ist das Problem der Studienfinanzierung aber nicht zu lösen. Weil die Opposition es verschlafen hat, sich Gedanken über eine

nachhaltige Studienfinanzierung für die bessere Ausbildung unserer Studierenden zu machen, fordere ich Sie nun auf, unserem Gesetzesentwurf in der zweiten Lesung zuzustimmen,

(Beifall bei der CDU und der GAL)

denn auf mittlere Sicht ist unser Gesetzesentwurf der einzig gangbare Weg, die Studienbedingungen zu verbessern.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Dr. Stapelfeldt.

Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Dr. Langhein, bei Ihnen hat leider diese Nacht des Schlafens gar nichts gebracht. Das muss ich an dieser Stelle einmal festhalten.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Sie haben Ihre Argumente, die Sie uns schon das letzte Mal aufgetischt haben, noch einmal wiederholt. Das, was Sie uns vorwerfen, machen Sie gar nicht. Wir haben in zahlreichen Ausschusssitzungen und hier im Plenum – das ist die dritte Debatte, die wir jetzt in wenigen Monaten führen – versucht, Ihnen mit Argumenten deutlich zu machen, warum diese Form der Studienfinanzierung durch die Studenten nicht richtig ist. Sie setzen sich mit unseren Argumenten überhaupt nicht auseinander. Ich kann nur sagen, dass ich das absolut schade finde. Damit haben Sie leider eine Chance vertan, noch einmal von allen Seiten die vorgebrachten Argumente zu wägen.

Meine Damen und Herren, worum geht es im Kern bei dieser Debatte um Studiengebühren? Um die Studienbedingungen an den Hochschulen leicht bis maßvoll zu verbessern, haben einige Länder Studiengebühren eingeführt, anstatt andere Prioritätensetzungen in den Haushalten vorzunehmen. In Hamburg geht es um knapp 40 Millionen Euro. Das entspricht ungefähr einem Sechstel des Betriebshaushaltes der Universität Hamburg. Das ist nicht wenig, ist aber auch nicht soviel. Wir haben am vergangenen Freitag im Haushaltsausschuss Nachforderungsdrucksachen beraten, die ungefähr in diese Größenordnung gekommen sind. Man sieht, dass man solche Summe auch von mehreren Seiten betrachten kann. Tatsächlich geht es um das eine Thema, Herr Langhein, das Sie ganz richtig angesprochen haben.

(*Wolfgang Beuß CDU*: Na, sehen Sie!)

Es geht nämlich um eine Prioritätensetzung in den öffentlichen Haushalten, die wir für Bildung vornehmen oder eben nicht vornehmen.

(Beifall bei der SPD)

(Dr. Dorothee Stapelfeldt)

Vor zwei Tagen wurde im Wirtschaftsteil der "Süddeutschen Zeitung" kommentiert: Bildung in Not. Ich zitiere:

"Deutschland ist keine Bildungsrepublik, eher schon eine Bankenrepublik. Die Schulen und Hochschulen sind Hütten, die Banken Paläste. Geraten Kreditinstitute in Not, eilen Staat und Steuerzahler mit Milliardenbeträgen zu Hilfe. An Bildungsnöte hingegen hat man sich gewöhnt."

Das kann man nur dreifach unterstreichen. So ist es. Wenn Banken in Schwierigkeiten geraten – das haben wir jetzt gesehen –, werden Milliarden aus öffentlichen Haushalten dafür ausgegeben, um sie auch noch feinzumachen und sie dann an Hedgefonds zu veräußern. Im Verhältnis dazu – zum Beispiel zu den 10 Milliarden Euro für die IKB – bräuchten wir laut Wissenschaftsrat 1 Milliarde Euro für neue Studienplätze bis 2015 und den gleichen Betrag, um die Betreuung der Studierenden zu verbessern und für die Fortsetzung der Exzellenzinitiativen, die wir auch alle wollen, und für die außeruniversitären Wissenschaftsinstitute noch einmal weitere Milliarden. Ob sie allerdings bereitgestellt werden, kann auf dem Bildungsgipfel, der im kommenden Monat unter Leitung der Bundeskanzlerin Merkel stattfindet, vorbereitet werden. Aber dies steht noch in den Sternen. Dabei wissen wir, dass unsere Zukunft davon abhängt, ob es uns gelingt, mehr Menschen mit Hochschulabschluss zu qualifizieren.

Der neue OECD-Bericht, über den Sie vermutlich in der Presse gelesen haben, hat Deutschland gerügt, weil es eine zu geringe Zahl von Akademikern gibt. Nur 21 Prozent machen einen Hochschulabschluss. Noch schlechter sind Griechenland, Slowenien und die Türkei. Im OECD-Durchschnitt sind es 37 Prozent eines Jahrgangs. Solche Zahlen sind alarmierend. Noch alarmierender ist die Tendenz. Im Durchschnitt erhöhte sich die internationale Quote der Absolventen zwischen 2000 und 2006 um 9 Prozent, in Deutschland im gleichen Zeitraum nur um 3 Prozent. Deswegen brauchen wir eine Trendumkehr. Wir müssen die Tendenz umdrehen. Deswegen müssen Bund und Länder schnell und entschlossen handeln und deswegen müssen wir auch die Studiengebühren in Hamburg abschaffen, weil sie behindern, dass die Menschen studieren.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Sie behindern, dass vor allen Dingen Studierende aus bildungsfernen Schichten die Hochschulen besuchen.

Sie meinen und haben das eben noch einmal gesagt, dass Sie damit einen guten Kompromiss gefunden hätten, der alle zufrieden stellte, die Hochschulen und die Studierenden. Aber da täuschen Sie sich. Hamburg hat eine Hochschulfinanzierung

geschaffen, von der im Wesentlichen andere profitieren – Banken– und die die zukünftige Generation belastet. Da wird ein Schattenhaushalt geschaffen – man kann es nicht oft genug betonen – und die Studierenden müssen sich an dieser unsinnigen Finanzierung beteiligen.

Noch einmal. Wenn wir die Studiengebühren nach dem Ende dieser Legislaturperiode wieder abschaffen wollen, müssen wir erst einmal einen Schuldenberg von 144 Millionen Euro gegenüber der Wohnungsbaukreditanstalt abtragen. Das halte ich für völlig falsch und für eine insgesamt teure, ungerechte und staatlich unsinnige Zwischenfinanzierung.

Noch eine Besonderheit gibt es mit diesem Gesetz, die das letzte Mal von dem Kollegen Kerstan bestritten worden ist, der jetzt nicht zugegen ist. Er hat sich dazu hinreißen lassen zu erklären, dass es natürlich Befreiungstatbestände gebe, wie in anderen Ländern auch. Aber natürlich gibt es sie nicht, weil sie in Hamburg abgeschafft worden sind. Das war ja eine dieser Ausgleichsfinanzierungsnotwendigkeiten für dieses System der nachgelagerten Studiengebühren, indem Studierende mit kleinen Kindern, mit Behinderungen und chronisch Kranke jetzt nicht mehr grundsätzlich von den Studiengebühren befreit werden, sondern diese genauso wie andere auch nach ihrem Studium Zahlungen leisten müssen. Das war also eine falsche Behauptung und deswegen wollte ich sie an dieser Stelle noch einmal richtigstellen.

Im Übrigen wird immer wieder behauptet, und zwar mit großem Aplomb, dass kein Student seine Studiengebühren unmittelbar zahlen müsse,

(Wolfgang Beuß CDU: Genau!)

ein großes Argument, das hier vorgetragen worden ist.

(Wolfgang Beuß CDU: Ein gutes Argument, Frau Stapelfeldt!)

Doch auch dieses stimmt nicht, weil ein erheblicher Anteil der Studierenden die Studiengebühren direkt entrichten muss. Das sind nämlich die Studierenden aus den Ländern außerhalb der Europäischen Union, die Studierenden, die älter sind als 45 Jahre und diejenigen, die mehr als zwei Semester über der Regelstudienzeit sind.

(Wolfgang Beuß CDU: Ja, richtig!)

– Ja, da können Sie sagen, richtig, aber dann stimmt doch Ihr Argument von vorher nicht. Also ist es doch so, dass Studenten unmittelbar zahlen müssen und das sind immerhin für die Universität, wie wir aus Rechenbeispielen wissen, von den 33 750 Studierenden aus dem letzten Wintersemester 11 800, die ohne Stundungsanspruch sind, also unmittelbar die Studiengebühren entrichten müssen.

(Dr. Dorothee Stapelfeldt)

(Wolfgang Beuß CDU: Frau Stapelfeldt, wo sind eigentlich Ihre neuen Argumente? Diese haben Sie doch schon vor Wochen erzählt!)

Natürlich haben wir das schon vor zwei Wochen und vor mehreren Monaten erklärt und wahrscheinlich können Sie es nicht oft genug hören.

(Wolfgang Beuß CDU: Es macht es nicht besser!)

– Das macht es nicht besser, darum geht es nicht, Herr Beuß. Es geht darum, dass hier wahrheitsgemäß argumentiert wird, auch von Ihrer Seite.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Sie müssen doch auch gefälligst in das Gesetz schauen, das Sie heute zum zweiten Mal beschließen wollen, Herr Beuß. Deswegen geht es auch um wahrheitsgemäße und ordentliche Argumentation,

(Rolf Harlinghausen CDU: Aber nicht mit verstellter Optik!)

genau um den Diskurs, den Ihr Vorredner, Herr Langhein, eingefordert hat und dazu sind Sie gar nicht fähig.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – Wolfgang Beuß CDU: Sie sind ganz schön unverschämt, Frau Stapelfeldt!)

– Ja, das ist manchmal auch notwendig.

Nachdem die Debatte das letzte Mal gelaufen war, habe ich ein Schreiben von der Diakonie Hamburg zu dem Thema der ausländischen Studierenden erhalten. Da heißt es, dass sie auch mit Sorge beobachteten, dass die Hochschulen im Hinblick auf die Internationalität ihrer Einrichtung sich nur auf den Leistungsindikator konzentrierten. Das Diakonische Werk Hamburg sehe in der Ausbildung der Studierenden aus diesen Regionen außerhalb der Europäischen Union einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung dieser Länder, also auch einen entwicklungspolitischen Beitrag. Daher appellierten sie an die Hochschulen und an die politisch Verantwortlichen, eine gesonderte Regelung für Studierende aus diesen Ländern einzuführen, damit sie auch weiterhin einen bildungspolitischen Zugang in Deutschland hätten.

Das kann man nur nachdrücklich unterstreichen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Deswegen können wir von dieser Stelle aus die Hochschulen, die jetzt in der Verantwortung sind, nur auffordern und bitten, dass sie tatsächlich in ihren Satzungen Regelungen verankern, um die Stundungsmöglichkeiten für diese ausländischen Studierenden auch tatsächlich möglich zu machen.

Die Studiengebühren, die jetzt eingeführt und innerhalb von zwei Wochen zum neuen Winterseme-

ster in Kraft gesetzt werden sollen, sind ein völlig falsches Signal. Sie sind sozial ungerecht und grenzen junge Menschen aus einkommensschwachen Familien aus. Vor allen Dingen bürden sie der Stadt einen exzeptionellen Schattenhaushalt auf, um unsere Argumente gegen Studiengebühren noch einmal in aller Kürze zusammenzufassen. Deswegen werden wir sie auch in dieser zweiten Lesung ablehnen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Dr. Gümbel.

Dr. Eva Gümbel GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Stapelfeldt, dass Herr Langhein vorhin keine neuen Argumente geliefert hat, verwundert mich nicht, aber Sie wahrscheinlich noch weniger, denn Sie selber haben auch keine neuen Argumente geliefert.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Dr. Monika Schaal SPD: Das kann man nicht oft genug sagen!)

Sie haben mit sehr großer Emphase Wahrhaftigkeit in der Debatte gefordert. Frau Stapelfeldt, dann schauen Sie doch einfach einmal in den Haushalt hinein.

(Dr. Monika Schaal SPD und Karin Timmermann SPD: In welchen Haushalt?)

Es ist doch nicht wahr und wird auch durch Erhebung der Stimmen nicht wahrer zu sagen, wir würden keine Mehrausgaben für Bildung einstellen. Wir haben 165 Millionen Euro mehr für Lehrer, wir haben 123 Millionen Euro zusätzlich für Kindertagesbetreuung, wir haben in dem Bereich Förderung von Wissenschaft und Forschung 47 Millionen Euro zur Stärkung der außeruniversitären Forschung. Wir haben 29 Millionen Euro zusätzlich für die Hamburger Hochschulen und 21 Millionen Euro mehr für die Studentenförderung. Des Weiteren haben wir eine Wissenschaftsstiftung in Arbeit. Uns vorzuwerfen, wir würden kein Geld in die Hand nehmen, um die Bildung voranzubringen, ist einfach lächerlich.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Ich möchte an dieser Stelle gar nicht mehr auf die Tricks eingehen, die wir in der letzten Sitzung erleben mussten. Ich fand es traurig, aber so war es nun einmal.

(Wolfgang Beuß CDU: So sind sie halt!)

Jetzt sind wir in der zweiten Lesung und es wird Sie nicht wundern, wenn ich sage, wenn wir heute die Gesetzesnovellierung zur Studienfinanzierung beschließen, dann ist das einer der ersten messbaren Erfolge unserer Beteiligung am schwarz-grünen Senat. Es war einer weiter Weg,

(Dr. Eva Gumbel)

dort hinzukommen. Allein hier im Haus, Frau Stapelfeldt, haben wir viermal dazu debattiert. Dreimal hat der Wissenschaftsausschuss dazu getagt. Die Gesetzesnovellierung war zentrales Thema. Wir haben eine Anhörung gemacht, aus der die Argumente, die uns überzeugt haben, mit in das Ergebnis eingeflossen sind. Wir haben den Studierenden, die sich ehrenamtlich in der universitären Gremienarbeit engagieren, zwei Semester länger zugestanden.

Wir sind diesen Weg gemeinsam gegangen, wir sind ihn zügig gegangen, sodass sich die Lebenswirklichkeit für 50 000 Studenten und Studentinnen ab dem Wintersemester in dieser Stadt entscheidend verbessert. Wir haben einen guten Kompromiss gefunden, denn wir haben die zentrale Forderung der GAL umgesetzt. Es wird in Hamburg niemand aus finanziellen Gründen von einem Studium abgehalten. Aus den Studien begleitend erhobenen Gebühren haben wir eine Alumni-Abgabe gemacht, also eine Kostenbeteiligung all derer, die erfolgreich an Hamburger Hochschulen studiert haben und nach dem Studienabschluss ihr Geld als Ärzte, Ingenieure, Banker oder Journalisten verdienen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Sie liegen mit ihrem Gehalt in der Regel weit über 30 000 Euro, die wir als Bemessungsgrenze eingeführt haben. Diese Alumni-Abgabe haben wir noch um 25 Prozent gesenkt. Waren bisher 500 Euro pro Semester studienbegleitend fällig, sind künftig nur noch 375 Euro, und das auch erst nach Abschluss des Studiums und dem Erreichen der Einkommensgrenzen, zu entrichten.

Wichtig war uns bei der Reform auch, die finanziellen Handlungsmöglichkeiten der Hochschulen zu erhalten. Trotz der deutlichen Verbesserung für die Studenten verlieren die Hochschulen keine finanziellen Mittel. Sie haben dadurch die Möglichkeit, die Studentinnen und Studenten auch in den kommenden Jahren mittels zusätzlicher Einnahmen – so will es das Hamburger Hochschulgesetz – an der Maßnahme zur Verbesserung der Lehre zu beteiligen.

Ich bitte Sie, sich noch einmal zu vergegenwärtigen, dass die durchschnittlichen Einstiegsgehälter von Ingenieuren an der Technischen Universität in Harburg nach einem Bachelor-Abschluss bei 49 000 Euro liegen. Vor diesem Hintergrund erscheint uns Grünen eine Kostenbeteiligung in Höhe von 2250 Euro für den Bachelor-Abschluss und 3750 Euro für den Master als eine sozial verträgliche Last. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass alle, die unter einem Bruttoeinkommen von 30 000 Euro bleiben, keinen Cent an die Hochschulen zurückzahlen müssen. Insofern ist für mich das Argument von der Opposition, dass wir hier eine soziale Barriere errichten, nicht stichhaltig. Vielmehr gilt

das Prinzip des Sozialstaates auch hier, starken Schultern mehr aufzubürden als schwachen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Bei Studienabgängern, bei denen sich die Bildungsinvestition nicht rentiert hat, fällt keine Alumni-Abgabe an. Jedoch bei den gut verdienenden Akademikerinnen und Akademikern finden wir es sozial verträglich, wenn sie sich zu einem Teil an ihren Ausbildungskosten beteiligen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn wir über Studiengebühren sprechen, dann ist das keine Frage, die nur auf die Universität alleine reduziert ist, sondern im Zusammenhang mit dem Schulsystem besteht. Es ist auffällig, dass sich die Prinzipien der jeweiligen Schulsysteme der einzelnen Länder bis in die Universität fortsetzen, mal positiv, bei uns leider negativ. Sie stehen im Zusammenhang mit der Berufswahl. Es ist zum Beispiel sehr entscheidend, ob sich junge Leute entscheiden, ein Studium aufzunehmen oder nicht. Das hängt auch mit Studiengebühren zusammen. Es ist entscheidend für die Struktur unserer Gesellschaft, wie hoch der Anteil an Akademikern in Wissenschaft und Wirtschaft ist und – das mag auf den ersten Blick ein bisschen vage erscheinen – es ist auch entscheidend für die Situation im Alter. Die OECD-Studie, von der auch Frau Stapelfeldt gesprochen hat, hat deutlich gemacht, dass Menschen, die einen höchstmöglichen Bildungsabschluss haben, das heißt einen Hochschulabschluss haben, meistens bis ins hohe Alter beschäftigt sind. Je weiter der Bildungsstandard sinkt, desto höher ist die Erwerbslosigkeit, bevor man das Rentenalter erreicht. Insofern gibt es da durchaus Zusammenhänge.

Jetzt zur letzten Sitzung. Es mag sein, dass es parlamentarisch unüblich war, dass wir quasi in letzter Sekunde die erste und zweite Lesung getrennt haben. Ich habe mich schon beim letzten Mal dafür entschuldigt. Ich tue es gerne noch einmal, aber ich möchte noch einmal sagen, dass von Trick überhaupt nicht die Rede sein kann.

Einmal abgesehen von dieser berühmten Nacht, wo wir darüber schlafen und nachdenken sollten – und ich höre jetzt von allen Seiten, dass keiner dem anderen zuhört und keiner bewegt seine Argumente –, ist in der Zwischenzeit eine Menge passiert. Unter anderem ist die Studie Education at a Glance herausgegeben worden. Man kann doch wohl erwarten, dass der, der sich mit dieser Thematik beschäftigt, da auch mal hineinguckt und dass das auch etwas bewirkt. Frau Stapelfeldt hat darauf hingewiesen, dass man an drei Kriterien

(Dora Heyenn)

deutlich machen kann, was Studium und Studiengebühren für die Gesellschaft für einen Wert hat. Ganz wichtig ist zum Beispiel der Anteil an Akademikern. Sie sprechen von erfolgreichen Akademikern. Da meinen Sie sicherlich die Studenten, die zu einem Abschluss kommen. Da ist es so, dass OECD-weit, das heißt alle Industrienationen eine Quote von 37 Prozent eines Jahrgangs haben. Wir haben in Deutschland 21 Prozent. Es sind nur noch Slowenien, Griechenland und die Türkei, die weniger junge Menschen zu Akademikern ausbilden als wir. Da kann man nicht so tun, als sei das gar nichts, als sei es ein Fakt, den man abhakt und dann zur Tagesordnung übergeht, sondern daraus muss man Konsequenzen ziehen, wenn man verantwortlich Politik machen will.

(Beifall bei *Christiane Schneider DIE LINKE* und vereinzelt bei der SPD)

Die Direktorin für das Bildungswesen der OECD, Barbara Ischinger, hat Folgendes gesagt:

"Deutschland wird seinem Bedarf an Spitzenpolitikern nicht mehr gerecht werden können, wenn sich nichts ändert."

Das heißt, wenn wir etwas ändern wollen – und dafür ist Politik da, dass man nicht einfach Tendenzen auf sich zurollen lässt, sondern dass man es gestaltet und dafür sitzen wir wahrscheinlich alle hier, jedenfalls verstehe ich das so –, dann muss man etwas tun. Wir müssen die Quote der jungen Menschen eines Jahrgangs, die einen Hochschulabschluss machen, erhöhen. Das geht natürlich nicht, indem wir Studiengebühren erheben, ob nun sofort oder nachgelagert – ich glaube auch, dass dieses Modell mehr sofort sein wird –, sondern wir müssen sie abschaffen. Nur dadurch können wir die Quote erhöhen.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und bei *Jens Kerstan GAL*)

Das ist ganz deutlich und können Sie überall nachlesen. Aber Sie sind ein bisschen realitätsresistent und nehmen bestimmte Dinge einfach nicht wahr, weil sie nicht in Ihr Weltbild passen. So etwas nennt man übrigens Ideologie.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD – Lachen bei der CDU)

Es ist durch mehrere Organisationen belegt worden, dass gerade junge Menschen aus Verhältnissen von sozial benachteiligten Eltern eine große Hemmschwelle haben, in irgendeiner Form mit Studiengebühren zu arbeiten, weil sie es so schon schwer genug hätten, ihr Studium zu finanzieren. Das heißt, wenn wir die Quote erhöhen wollen, müssen wir die Hürden abbauen. Mit Ihrem Gesetzentwurf machen Sie genau das Gegenteil. Die Studiengebühren müssen weg. Sie sind auf dem falschen Weg. Das müssen Sie endlich einmal begreifen.

(Beifall bei der LINKEN)

Dann gibt es einen anderen Trend, an dem man deutlich machen kann, was in der Gesellschaft los ist und wie man sich beim Studium und mit Studiengebühren verhalten sollte und das ist die Zahl derjenigen, die zum ersten Mal ein Studium aufnehmen.

Die OECD hat festgestellt, dass in Deutschland im Gegensatz zu allen anderen Ländern der Trend vorherrscht, dass immer weniger junge Menschen nach dem Abitur ein Studium aufnehmen. Das Studierendenwerk hat das auch herausgefunden, weil immer weniger junge Leute BAföG beantragen. Welche Konsequenz hat das? Erstens geht die Quote runter und zweitens verschiebt sich auf gravierende Art und Weise die Zusammensetzung der Studentenschaft. Wir haben nämlich dann den Punkt, dass immer weniger Jugendliche aus sozial benachteiligten Verhältnissen ein Studium aufnehmen. Als ich 1972 anfang in Hamburg zu studieren, war vom Philosophenturm nur ein einziger Eingang offen. Vor den beiden anderen Eingängen waren Lattenzäune und auf einem großen Schild stand: Dies ist der Eingang für die Arbeiterkinder. Soweit sind wir schon wieder.

Auch um diese Quote zu erhöhen muss es unbedingt weitergehen. Es muss unbedingt erreicht werden, dass die Studiengebühren abgeschafft werden. Wenn Sie sagen, erfolgreiche Akademiker können hinterher ihre Schulden zahlen, sieht es doch so aus, dass auch nachgelagerte Studiengebühren am Ende als Schulden übrig bleiben. Da ist ein Geldbetrag, der bezahlt werden muss und wie Sie das nennen und was Sie mit Ihrer Semantik daraus machen, das ist ziemlich egal. Es ist Geld, das zurückgezahlt werden muss und davor haben insbesondere Familien und junge Menschen aus benachteiligten sozialen Verhältnissen große Hemmungen und machen dann lieber eine Banklehre.

Jetzt kommen wir zur Bank und zum Geld.

(*Ingo Egloff SPD*: Das ist aber auch nicht schlecht!)

Es ist schon wieder, ohne dass es genannt wurde, deutlich gemacht worden, dass es sozial ungerecht ist, wenn wir als Opposition, als Diakonisches Werk, als Studierendenwerk – früher war es auch noch die GAL, die hat ihre Meinung geändert – dazu beitragen wollen, dass die arme Arzthelferin das Studium des reichen Arztsohnes bezahlen soll. Mit diesem Märchen können Sie vielleicht ins Theater gehen, aber bitte nicht in die Bürgerschaft.

(*Wolfgang Beuß CDU*: Wer erzählt das denn? Wann denn?)

– Das ist genauso gesagt worden. Ist Ihnen eigentlich schon einmal aufgefallen, dass Bildungsaufgaben staatliche Aufgaben sind, dass es die verdammt Pflicht und Schuldigkeit von Öffentlichkeit

(Dora Heyenn)

ist, dafür zu sorgen, dass Bildung chancengerecht funktioniert. Dazu gehört eben auch Geld.

Heute wird gesagt, dass wir Studiengebühren erheben müssen, damit die Studienbedingungen besser werden. Erstens gibt es genug andere Bundesländer und Länder, die keine Studiengebühren erheben. Zweitens ging es komischerweise vor ein paar Jahren auch noch.

(Vizepräsident Wolfhard Ploog übernimmt den Vorsitz.)

Wenn ich mir dann angucke, was verantwortungslosen Zockern im Bankgewerbe für öffentliches Geld hinterher geworfen wird – ich denke nur an die HSH-Bank in Hamburg –, das ist doch ein Klacks –, wenn ich vor drei Tagen lese, dass die Europäische Zentralbank in einer dritten Charge 30 Milliarden Euro Banken zur Verfügung stellt, damit sie das Geld von den Sparern und Einzahlern nachschießen können, weil da um unglaubliche Renditen gezockt wurde, dann kann dieses Argument, wir haben kein Geld, schon gar nicht mehr funktionieren.

Komischerweise ist es auch immer die Opposition, die darlegen muss, wie sie etwas finanziert. Wenn Sie, Frau Gümbel, davon sprechen, dass etwas im Haushalt stehe – wir hätten den Haushalt gerne. Aber ich habe ihn noch nicht und meine Fraktion hat ihn noch nicht. Es wäre schön, wenn wir ihn bekommen würden. Dann können wir auch darüber reden.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Von den Steuergeschenken, die zugunsten der Besserverdienenden in den letzten Jahrzehnten gemacht worden sind, will ich überhaupt nicht reden. Auf jeden Fall ist es so, dass es die OECD-Staaten auch im weltweiten Vergleich hinbekommen haben, dass die öffentlichen Ausgaben für Bildung in den letzten Jahren von 12,8 auf 13,2 Prozent gesteigert worden sind. In Deutschland haben wir den umgekehrten Weg beschritten. Wir haben die Bildungsausgaben von 9,9 Prozent auf 9,7 Prozent gesenkt und wir müssen das Studium aus öffentlichen Haushalten finanzieren. Wenn Sie immer fordern, die Opposition müsse sagen, wie etwas finanziert wird, dann möchte ich Sie einmal fragen, was eigentlich mit der Elbphilharmonie ist. Das war eine ganz schräge Finanzierung. Die haut von vorne bis hinten nicht hin. Wenn Sie schon fragen, wie wir das finanzieren wollen: Wir würden ganz deutlich sagen, dass wir das Geld für Dinge wie zum Beispiel den Expo-Stand in Schanghai, die Universiade oder die Elbphilharmonie lieber in Bildung stecken würden und das müssen wir auch. Wir müssen unseren Anteil erhöhen, das muss auch Hamburg tun, weil die Zukunft davon abhängt. Ich zitiere noch einmal Frau Ischinger, die gesagt hat:

"Werden die strategischen Zukunftsaufgaben in Deutschland nicht erfüllt, dann wird Deutschland im globalen Wettbewerb hinten runterfallen."

Sie sind es doch immer, die vom Standortvorteil und vom Standort Deutschland sprechen. Das heißt, wenn wir uns verantwortungsvoll darum kümmern wollen, dass genug junge Menschen studieren können und dass wir genug Akademiker in Wirtschaft und Wissenschaft haben, dann müssen wir alles tun, um die Hinderungsgründe zur Aufnahme des Studiums zu senken, und dann müssen wir die Studiengebühren abschaffen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Ich habe hier für die Senatorin, Frau Gundelach, die leider nicht da ist – aber ich sehe Herrn Reinert, den Staatsrat –,

(Michael Neumann SPD: Der kriegt sowieso nichts mit!)

von Studierenden der Universität Hamburg, und zwar der Fachschaftsrätekonferenz – die haben bereits 1 500 Unterschriften abgegeben –, noch einmal 1 376 Unterschriften. Ich lese einmal vor, was die unterschrieben haben:

"Für die Abschaffung jeglicher Studiengebühren!

Ich bin für ein gebührenfreies Studium und daher für die Abschaffung jeglicher Studiengebühren, ob allgemeine, nachgelagerte, Langzeit- oder Verwaltungsgebühren, denn [1.] Studiengebühren wirken sozial selektiv, weil sie Studierende mit zusätzlichen Kosten belasten, statt die Bildungskosten bei den wirklich Reichen einzutreiben,

[2.] Studiengebühren sind eine ordnungspolitische Maßnahme zur restriktiven Gestaltung des Studiums und zur Verdrängung allgemeinbildender Anteile,

[3.] Studiengebühren wirken entsolidarisierend und entdemokratisierend, indem kritisches Engagement für soziale und kulturelle Verbesserungen mit finanziellem Druck bestraft wird,

[und 4.] Bildung ist ein allgemeines Recht und dem Allgemeinwohl verpflichtet und muss daher bedarfsdeckend öffentlich finanziert werden."

(Wolfgang Beuß CDU: Ganz neue Argumente! – Beifall bei Christiane Schneider DIE LINKE)

In der letzten Diskussion in der letzten Bürgerschaftssitzung ist gesagt worden, die Studierenden fänden Studiengebühren gar nicht schlimm. Ich übergebe Ihnen jetzt noch einmal die Unterschriften und vielleicht überlegen Sie doch noch einmal, denn fast 3 000 Studenten haben während der Semesterferien unterschrieben und das sind viele Un-

(Dora Heyenn)

terschriften. Darüber sollte man einmal nachdenken.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort erhält die Abgeordnete Frau Dinges-Dierig.

Alexandra Dinges-Dierig CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Heyenn, Sie warfen uns Ideologie vor. Ich kann Ihnen sagen, was Ideologie ist. Ideologie ist, wenn Sie behaupten, dass sich die Quote der Hochschulabsolventen dann verringern würde, wenn wir Gebühren einführen.

(Dora Heyenn *DIE LINKE*: Das ist erwiesen!)

Das ist in meinen Augen Ideologie pur.

(Beifall bei der CDU)

Noch eine Anmerkung zu Ihnen, Frau Stapelfeldt. Jetzt muss ich gerade einmal sehen, ob Sie noch im Raum ist oder nicht – doch, da vorne.

(Dr. Dorothee Stapelfeldt *SPD*: Ich bin immer da! – Michael Neumann *SPD*: Ihnen fehlt der Überblick bei dem Thema!)

Sie haben eingefordert, dass wir wahrheitsgemäß argumentieren sollen. Da bin ich sofort bei Ihnen. Dann möchte ich Sie aber auch bitten, dass Sie Ihre Zahlen nicht so herausfiltern, dass Sie schlichtweg nicht mehr wahrheitsgemäß sind hinsichtlich der Konsequenzen, die Sie daraus ziehen. Wenn Sie die Hochschulabsolventen im Durchschnitt der OECD mit den Hochschulabsolventen in Deutschland vergleichen, so können Sie daraus zunächst überhaupt keine Konsequenzen ziehen, weil nämlich die meisten Länder der OECD nur einen Abschluss im Hochschulbereich kennen, nämlich den Hochschulabschluss. Das ist ihr Abschluss im tertiären Bereich. Wir kennen in Deutschland aber außerdem noch andere Abschlüsse. Das wissen Sie und haben das selber in früheren Debatten auch ab und zu gebracht. Wir haben bei uns ein sehr stark ausgebautes berufliches Ausbildungswesen mit der Möglichkeit über Fachschulen und Meisterausbildung Abschlüsse im tertiären Bereich zu machen. Das ist die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Deutschland.

(Beifall bei der CDU und bei Horst Becker *GAL*)

Ein Fachschulabschluss oder eine Meisterausbildung ist von der Wertigkeit her mit Sicherheit mindestens so viel wert wie der erste Hochschulabschluss. Sie müssen also, wenn Sie Konsequenzen aus dem ziehen wollen, was die OECD an Zahlen immer wieder fälschlicherweise vergleicht, diese Zahlen addieren und dann vergleichen. Dann stehen wir völlig anders da und dann können wir uns über Konsequenzen gerne unterhalten und

darüber, wie wir es schaffen, die bestmögliche Qualifikation der jungen Leute bei uns in Deutschland sicherzustellen. Dazu gehört für mich in allererster Linie die Durchlässigkeit im Hochschulwesen, sodass diejenigen, die kein Abitur haben und eine Ausbildung über das duale System gemacht haben, über die Weiterbildung in die Hochschule kommen. Dann bekommen wir das auch hin, dass wir allen die Chance geben, einen Hochschulabschluss zu machen. Konsequenzen ja, wahrheitsgemäße Argumentation auch ja, aber bitte mit Zahlen, die wir auch miteinander vergleichen können.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der *GAL*)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Kühn.

Philipp-Sebastian Kühn *SPD*.* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Langhein, ich möchte zu Beginn meiner Rede noch einmal auf Sie eingehen, weil ich es schon sehr erstaunlich finde, wie Sie noch einmal versuchen, diesen besonderen Umstand herauszustellen, dass wir heute dieses Gesetz in einer zweiten Lesung diskutieren. Dann muss man doch noch einmal daran erinnern, dass es parlamentarische Praxis ist, dass ein Gesetz zweimal gelesen wird, und zwar auch gesondert gelesen wird. Bei einem Gesetz, das wie dieses im Wahlkampf eine solche entscheidende Rolle gespielt hat – beziehungsweise die Frage Studiengebühren ja oder nein –, allen Ernstes von Koalitionsseite den Versuch zu unternehmen, den Umstand, dass wir zu diesem Gesetz auf eine gesonderte zweite Lesung bestanden haben, ohne dies angemeldet zu haben, in ein fragwürdiges Licht zu rücken, ist schon sehr merkwürdig. Besonders interessant finde ich allerdings den Umstand, dass die zuständige Senatorin es anscheinend nicht für nötig hält, zu dieser Debatte zu erscheinen.

(Dr. A. W. Heinrich Langhein *CDU*: Sie haben es ja gar nicht zur Debatte angemeldet! – Beifall bei der *SPD* und der *LINKEN*)

Das zeigt nämlich, wie wichtig Ihnen diese Diskussion ist. Dass Sie dieses Thema heute zur Debatte angemeldet haben – einmal ganz ehrlich gesagt –, hängt doch nur damit zusammen, dass Sie diesen peinlichen Vorstoß von Herrn Hesse, den Flughafen umzubenennen, nicht allen Ernstes diskutieren wollten. Das ist nämlich die eigentliche Peinlichkeit. Deshalb haben Sie dieses Thema doch überhaupt angemeldet.

(Beifall bei der *SPD* und der *LINKEN* – Zurufe)

– Ja, ich komme gerne zum Thema, nämlich zur Frage: Studiengebühren ja oder nein? Nachgelagertes System ja oder nein?

(Philipp-Sebastian Kühn)

Wenn man sich Ihre Beiträge, die Sie heute gehalten haben, vor Augen führt, dann gewinnt man den Eindruck, als gäbe es in der Bundesrepublik Deutschland einen generellen Konsens darüber, dass Studiengebühren ein richtiger Weg sind. Dann möchte ich an dieser Stelle darauf verweisen, dass sich gerade einmal fünf der 16 Bundesländer bislang überhaupt für ein Gebührenmodell entschieden haben. Es ist als mitnichten so, dass es in der Bundesrepublik einen generellen politischen Konsens darüber gibt, dass Studiengebühren eine Notwendigkeit sind, um die Hochschullandschaft ausreichend zu finanzieren. Im Gegenteil: Das Bundesland Hessen hat gerade den Beweis erbracht,

(Wolfgang Beuß CDU: Ja, mit Ihrer Frau Ypsilanti!)

dass es sehr wohl eine Alternative gibt. Das ist nicht nur ...

(Zurufe von der CDU)

– Das hat mit Umfallen überhaupt nichts zu tun.

Sondern die Grünen, die SPD und DIE LINKE sind in einen Wahlkampf gezogen und haben gesagt, sie werden die Gebühren abschaffen. Sie haben es getan. Hamburg tut es nicht.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Das ist eine Sache, für die Sie sich rechtfertigen müssen und ich habe durchaus zu dem, was Frau Ypsilanti macht, auch meine Meinung, Herr Beuß. Aber in der Frage der Studiengebühren hat sie nun wirklich Wort gehalten.

(Wolfgang Beuß CDU: Soviel zur Glaubwürdigkeit!)

Jetzt möchte ich noch zu einem anderen Punkt kommen, den Sie immer wieder in den Raum stellen, nämlich das Privileg – also allein die Formulierung, es gebe ein Privileg – auf eine gute akademische Ausbildung. Dass das mittlerweile in Deutschland wieder ein Privileg geworden ist, ist schon erstaunlich. Ich dachte, dass das in einem Land wie der Bundesrepublik Deutschland, die elementar angewiesen ist auf gute und hochqualifizierte Hochschulausbildung, eigentlich eine Aufgabe ist, die der Staat mit Freude erfüllen und nicht als ein Privileg generieren sollte.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Wenn Sie wirklich die Theorie haben, dass diejenigen, die aufgrund ihrer schulischen Bildung oder ihrer Hochschulbildung später ein höheres Einkommen erzielen – was auch de facto so ist –, dann eröffnet Ihre Argumentation, die Sie auch heute vorgetragen haben, konsequenterweise bald die Diskussion einer Gymnasialgebühr, denn Sie werden in jeder Statistik finden, dass Absolventen des Gymnasiums später auch mehr Geld verdienen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Sollen also bald die Schülerinnen und Schüler, die das Gymnasium besuchen, auch eine gesonderte Gebühr bezahlen? Diese Frage müssen Sie schon einmal beantworten. Ich finde dieses Argument, dass es eine Frage der sozialen Gerechtigkeit ist, diejenigen, die aufgrund eines Studiums später mehr Geld verdienen, dann an den Kosten des Studiums zu beteiligen, für ziemlich absurd.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Die Bundesrepublik Deutschland als Sozialstaat hat nicht ohne Grund Steuerprogression. Das heißt, dass diejenigen, die viel verdienen, auch viele Steuern zahlen und diejenigen, die wenig verdienen, gar keine oder nur wenige Steuern zahlen. Insofern ist es natürlich so, dass diejenigen, die eine Hochschulausbildung absolvieren, sich später in ihrem Berufsleben überproportional an der Finanzierung unseres Staates beteiligen.

(Farid Müller GAL: Das ist nicht bei allen Studenten so!)

So etwas allen Ernstes in Abrede zu stellen, ist schon ein starkes Stück.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und der LINKEN – Egbert von Frankenberg CDU: Das ist unlogisch, was Sie da erzählen!)

– Das ist überhaupt nicht unlogisch.

Aber ich möchte jetzt zu einem weiteren Punkt kommen. Es ging auch um die Frage, wie mit Zahlen argumentiert wird. Dazu will ich Ihnen gerne etwas sagen, gerade auch in Richtung von Frau Dingel-Dierig, die gesagt hat, man solle mit richtigen Zahlen argumentieren. Aus der Drucksache 19/60 ergibt sich interessanterweise, dass in Hamburg seit dem Wintersemester 2006, wenn man sich die Gesamtzahl aller Studierenden in Hamburg anschaut, die Studierendenzahlen zurückgehen. Merkwürdig ist nur, dass in diversen Pressemitteilungen auch der zuständigen Behörde das Bild erweckt wurde, wir hätten in Hamburg mehr Studierende. Das Gegenteil ist der Fall. Sehr wohl lässt sich nachweisen, dass in den Bundesländern, die Gebühren eingeführt haben, die Zahl der Studierenden in absoluten Zahlen sinkt. Das ist auch in Hamburg der Fall und das ist ein Punkt, der an dieser Stelle erwähnt gehört.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – Wolfgang Beuß CDU: Das ist bundesweit so!)

Jetzt zur Frage der Nachgelagertheit, auf die Sie immer wieder hinweisen. Das ist quasi Ihr grundlegendes Argument, warum Sie sagen, dass dieser Gesetzentwurf sozial gerecht sei.

(Wolfgang Beuß CDU: Ja, ist er auch!)

Ist dieses Gesetz denn wirklich ein nachgelager-tes? Mitnichten ist es das. Es ist ein fauler Kom-

(Philipp-Sebastian Kühn)

promiss, den Sie vorgelegt haben. Sie eiern nämlich in der Frage Studiengebühren ja oder nein genau so herum wie bei Vattenfall, dem Kohlekraftwerk und so wie bei Möbel Höffner in Eimsbüttel.

(Farid Müller GAL: Wir eiern überhaupt nicht herum!)

Überall eiern Sie und finden zu keiner consequenten logischen und durchdachten Position. Sie können sich doch in der Koalition überhaupt nicht einigen. Genau das finden wir auch in diesem Gesetz. Ich bin der festen Überzeugung, dass ein Großteil der Studierenden – wir reden von einem Prozentsatz von 70 plus x, die stelle ich einmal in den Raum – ganz normal semesterbegleitend wie bisher ihre Gebühren bezahlen wird. Deswegen haben Sie sich dieses Gesetz auch genau so ausgedacht, dass zu jedem Semester immer wieder neu beantragt werden muss, dass diese Stundung eintritt.

(Zuruf von der GAL: Warum sollen wir das machen?)

– Das kann ich Ihnen genau sagen: Weil vor allem die CDU auf Ihr Modell der Nachgelagertheit überhaupt gar keine Lust hatte. Das ist ein fauler Kompromiss, den Sie in den Koalitionsverhandlungen abgerungen haben.

(Jens Kerstan GAL: Warum sollen Studenten zahlen, wenn sie nicht zahlen müssen?)

Wir haben doch die Zahlen gehört. Ein Drittel der Studierenden muss ohnehin jetzt zahlen, Herr Kerstan. Die können von der Stundung überhaupt keinen Gebrauch machen. Und ein Großteil der Studierenden wird genauso verfahren, denn wir haben diese Zahlen auch bei der öffentlichen Anhörung ganz klar gehört. Ein Großteil der deutschen Studierenden möchte einfach keine Schulden aufnehmen. Gerade einmal 6 Prozent aller Studierenden, die in Bundesländern studieren, die Gebühren verlangen, haben sich bislang für Kreditmodelle entschieden. Warum das bei Ihrem Modell anders sein soll – diese Frage –, müssen Sie erst einmal beantworten.

Es handelt sich also mitnichten um ein in der Mehrheit nachgelagertes System, sondern es ist ein fauler Kompromiss, den die Grünen in dieses Gesetz geschrieben haben in der Hoffnung, dass sie damit der politischen Auseinandersetzung zumindest ein Stück weit entgehen können. Aber Sie haben einen Wahlkampf gemacht, in dem Sie ganz klar gesagt haben, dass Sie Studiengebühren abschaffen werden. Dieses Versprechen haben Sie nicht gehalten und das wird vor allem, wenn Sie heute dieses Gesetz in der zweiten Lesung so beschließen, auch noch einmal sehr deutlich werden.

Zu guter Letzt möchte ich noch eines feststellen, wie ich es bei meinen zwei bisherigen Reden auch

getan habe: Wir Sozialdemokraten lehnen Studiengebühren ab.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh! – Heiterkeit bei der CDU)

Wir lehnen jede Form von Bildungsgebühren ab und wir werden diese Gebühren, sobald wir es können, wieder abschaffen. Dieses Versprechen gebe ich vor allem in Richtung der Universität. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Kerstan.

Jens Kerstan GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eigentlich wollte ich in dieser Debatte nicht reden, weil die Opposition immer über ein Studiengebührenmodell redet und Statistiken herbeiführt über ein System, das wir gar nicht einführen. Sie reden nämlich immer noch wie vor ein paar Jahren, als die CDU ein System eingeführt hatte, bei dem während des Studiums semesterbegleitend Studiengebühren erhoben wurden. Alle Ihre Argumente zielen einzig und allein auf ein solches Modell ab. Aber wir führen jetzt dieses Modell nicht ein. Es wird in Hamburg keinen Studenten mehr geben, der während des Studiums auch nur einen Cent Gebühren zahlen muss.

Nun zu Ihnen, Herr Kühn. Ich muss wirklich ganz ehrlich eines sagen. Ich glaube, man kann viele Meinungen über die Studenten in der heutigen Zeit haben. Aber Sie unterstellen denen, dass sie nicht rechnen können. Sie sagen nämlich, die Studenten könnten freiwillig während des Semesters zahlen, obwohl sie vier, fünf Jahre lang kostenfrei studieren könnten, und später,

(Christiane Schneider DIE LINKE: Nein, kostenfrei nicht!)

wenn sie dann durch das Studium Geld verdienen, aus diesem Einkommen die Gebühren bezahlen. Das ist – ich sage es noch einmal, weil Sie es einfach nicht zu verstehen scheinen – kein Kreditmodell. Kein Student muss einen Kredit aufnehmen. Darum muss auch niemand Angst davor haben, wegen Schulden nicht mehr studieren zu können. Das sollten Sie einfach einmal begreifen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Gebühren werden gestundet.

(Wilfried Buss SPD: Das sind doch Schulden!)

Bei einem Kredit gehen Sie zu einer Bank und holen sich ein Darlehen. Wenn Sie das nicht verstehen, dann weiß ich nicht, worüber wir noch reden sollen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

(Jens Kerstan)

Warum jetzt gerade sozial Schwache – und das ist Ihr Argument –, die nicht wissen, wie sie ihr Studium finanzieren sollen, während des Studiums freiwillig bezahlen sollen, 70 Prozent haben Sie gesagt, und es deshalb ungerecht ist – ich muss sagen: Ich glaube, da unterstützen Sie den Studenten, dass sie nicht rechnen können.

(Hans-Detlef Roock CDU: Dann dürfen sie keine Studenten sein!)

Ich bin mir ziemlich sicher, dass kein Mensch, der seine sieben Sinne beisammen hat, auf die Idee kommen wird, die Sie jetzt als Regelfall an die Wand malen.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL und der CDU)

Deshalb – ich weiß, dass Ihnen das nicht gefällt – wird es dabei bleiben. Alle Studenten werden während des Studiums keine Gebühren zahlen. Sie müssen es nicht.

(Philipp-Sebastian Kühn SPD: Natürlich!)

Zum anderen, Herr Kühn, wird es so sein, dass diejenigen, die nach dem Studium 30 000 Euro nicht erreichen – nach meiner Vorstellung sind das die Leute, die nicht zu den sozial höheren Klassen gehören –, auch nach dem Studium nichts bezahlen werden. Insofern ist dies ein sozial ausgewogenes Projekt, das nur diejenigen zur Zahlung verpflichtet, die nach dem Studium 30 000 Euro pro Jahr verdienen. Damit liegen wir sehr dicht am Durchschnittseinkommen in Hamburg. Ich weiß, dass Sie Ihre Mär von der sozialen Benachteiligung gerne erzählen, weil Sie sonst kein Argument haben. Aber es trifft nicht zu. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Tschentscher.

Dr. Peter Tschentscher SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Schade, ich habe vorhin bei dem spontanen Applaus von Herrn Kerstan bei Frau Heyenn gedacht, dass die Abstimmung heute vielleicht doch anders ausgeht als beim letzten Mal. Aber das war wohl ein Irrtum.

Ich bin trotzdem nicht traurig, dass wir noch einmal neu debattieren. Die CDU-Fraktion hat die Debatte ein zweites Mal angemeldet. Ich glaube, die Regierungskoalition braucht mindestens drei Debatten, um ihren eigenen Gesetzesentwurf wirklich zu verstehen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Frau Stapelfeldt hat es gesagt:

(Wolfgang Beuß CDU: Die hat aber keine Ahnung!)

Über ein Drittel der jetzt Studierenden wird sofort Studiengebühren zahlen müssen. Das steht in Ihrem Gesetz. Wir haben über die sozialen Ausgrenzungseffekte beim letzten Mal gesprochen.

(Wolfgang Beuß CDU: Kommen Sie doch einmal mit neuen Argumenten!)

Das haben wir uns nicht ausgedacht. Das hat das Deutsche Studentenwerk Ihnen vorgerechnet. Ich will das alles nicht wiederholen. Ich will nur auf einen neuen Gesichtspunkt kommen, der von der GAL-Fraktion auf einmal eingebracht wurde – wir sollten das alles nicht kritisieren, es gebe doch immerhin jetzt einen neuen schwarz-grünen Schwerpunkt in der Bildung mit 165 Millionen Euro zusätzlich im neuen Haushaltsplan. Das ist in der Tat neu, wir kennen den Haushaltsplan noch nicht so genau wie Sie.

(Wolfgang Beuß CDU: Warten Sie es einmal ab!)

Aber wir sind auch die Letzten, Herr Beuß, die ein Schwerpunktsetzen in der Bildung kritisieren würden. Aber erstens sind Ihre Schwerpunkte angesichts eines 1,2-Milliarden-Defizits, das Sie in den nächsten zwei Jahren anrichten, alle ungedeckte Schecks und zweitens besteht gerade in der Bildungspolitik die große Gefahr, dass wir viel Geld ausgeben, ohne dass am Ende irgendjemand etwas davon hat.

(Wolfgang Beuß CDU: Das ist Ihr Erbe!)

Da passt es in der Tat in diese Debatte: Ihre finanzielle Konstruktion ist ein gutes Beispiel dafür, Herr Beuß. Sie wollen 38 Millionen nicht für eine Verbesserung von Studium und Lehre und für die Abschaffung der Studiengebühren ausgeben. Sie geben lieber 24 Millionen Euro Steuergelder dafür aus, dass Bürokratie, Zinsen und faule Kompromisse bezahlt werden.

(Wolfgang Beuß CDU: Das haben Sie uns alles schon beim letzten Mal erzählt!)

Und das ist das, was uns nicht gefällt.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Wenn an dieser gesamten Haushaltsausschussberatung und dem Bericht, der heute vorliegt – auch der wird in zwei Lesungen heute beschlossen –, irgendetwas Positives ist, dann höchstens das, dass die Auszubildenden im Bankgewerbe im ersten Lehrjahr ein gutes Beispiel für ein Finanzierungsmodell haben, das man seinen Kunden am besten nicht anbietet.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Kühn.

Philipp-Sebastian Kühn SPD:* Herr Präsident! Herr Kerstan, man muss schon sagen: Als Fraktionsvorsitzender leisten Sie sich wirklich tolle Dinge. Ich glaube, Sie haben bis heute nicht ein einziges Mal in dieses Gesetz geschaut, denn Sie argumentieren mit Zahlen und Werten, die überhaupt nicht stimmen. Deswegen – damit Sie es auch überprüfen können – noch einmal: Aus der Drucksache 19/659 ergibt sich ganz klar, dass genau 11 855 Studierende – 35,1 Prozent – eben von der Stundung nicht Gebrauch machen können. Das sollten Sie als Fraktionsvorsitzender einer der Regierungsfaktionen endlich auch verstehen und verinnerlichen und es nicht immer wieder in Abrede stellen.

(Beifall bei der SPD und bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Insofern ist es auch vollkommen legitim, dass meine Fraktion das auch in dieser Deutlichkeit ausspricht, damit Sie nämlich eben nicht mit dem Versuch durchkommen so zu tun, als sei das ein Gesetz, dass sozial vollkommen ausgewogen ist. Die Frechheit ist nämlich eigentlich bei diesem ganzen Gesetz,

(*Wolfgang Beuß CDU*: He, halten Sie sich einmal zurück, junger Mann!)

dass Sie selbst von denjenigen, die von der Stundung Gebrauch machen und am Ende nach ihrem Studium sogar diese 30 000 Euro verdienen, jeden gleich behandeln, sodass die Mutter mit dem Kind, die Kita-Gebühren bezahlen muss und eine größere Wohnung braucht, genauso gefordert und belastet wird, wie der Single, der alleinstehend ist. Sie sagen, da gebe es überhaupt keine sozialen Differenzen und da müssten wir auch nicht in irgendeiner Form steuern. Dass Sie als Grüne, gerade auch mit Ihrer Geschichte,

(*Jens Kerstan GAL*: Das ist doch albern!)

sich aus diesem Konsens verabschieden, den es in der Bundesrepublik gegeben hat, nämlich dass man Leute nur so belastet, wie es ihrer realen Lebenssituation entspricht, und das aufkündigen – das tun Sie mit diesem Gesetz nämlich ganz klar und deutlich –, ist ein Punkt, den Sie verantworten müssen. Dafür werden Sie sicherlich noch genügend Gelegenheit bekommen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort erhält jetzt Frau Dr. Gümbel.

Dr. Eva Gümbel GAL:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe SPD, es wird nicht besser dadurch, dass man lauter argumentiert.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Es wird auch nicht besser dadurch, dass man die falschen Sachen wiederholt. Es ist nicht so, dass 35 Prozent – oder wie viel Sie sich da ausgerechnet haben – tatsächlich Gebühren bezahlen. Lesen Sie es doch einmal. Ich habe vorhin gesagt, wie oft wir darüber geredet haben. Es war lange Zeit es zu lesen. Die einzigen – und da hat Frau Stapelfeldt einen richtigen Punkt genannt –, die tatsächlich nach der Gesetzesvorlage zahlen müssen, sind die Studierenden, die nicht aus der EU kommen.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Ach, Herr Kerstan hat aber eben etwas anderes gesagt!)

– Jetzt hören Sie mir einmal zu Ende zu. Das ist nämlich Ihr Problem, Sie quatschen immer so viel, Sie sollten zuhören.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Zuruf von *Michael Neumann SPD*)

– Ganz ruhig, Herr Neumann. Sie kennen das: Disziplin.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Zurufe von der SPD)

– Seien Sie so freundlich, wir kommen gleich zur Abstimmung. Ich sage nur, es ist ein Problem, wenn man weder liest noch zuhört.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh! – *Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD*: Das ist leider bei Ihnen der Fall!)

Ich will nur kurz zum Ende kommen. Es ist keineswegs so, dass uns dieses Problem nicht aufgefallen ist. Deshalb haben wir mit allen Universitäten gesprochen, dass eben dieses Stundungsrecht für ausländische Studierende in der Satzung vorgesehen sein sollte. Bei den meisten Hochschulen in Hamburg ist das sowieso schon so. Also denken wir, dass auch dort kein Problem auf uns zukommt.

Dann möchte ich noch ein Wort zum Haushalt sagen. Lieber Herr Tschentscher, es kann nicht wahr sein, dass auf der einen Seite argumentiert wird, das Geld sei verkehrt ausgegeben, und Sie uns auf der anderen Seite vorwerfen, wir würden zu viel ausgeben und ein großes Defizit produzieren. Wir haben entschieden, dass das Geld in Bildung investiert wird. Die Bildung ist die Zukunft und ich glaube, diese Einschätzung teilen wir. Dann anzukommen und zu sagen, dass unsere Reform der Studiengebühren zu teuer würde, ist doch Käse. Ich weiß, dass Sie das auch wissen. Von daher lassen Sie es doch einfach. Lassen Sie uns jetzt abstimmen und lesen Sie dann das Gesetz, wenn es Gültigkeit hat. Die Studierenden in dieser Stadt werden es uns danken.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort hat Herr Beuß.

Wolfgang Beuß CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will es auch ganz kurz machen. Für meine Fraktion – das wird Sie nicht verwundern – erkläre ich, dass wir diesem Gesetz heute endgültig zustimmen werden und sehr froh sind, dass dieses Gesetz schon zum kommenden Semester greifen wird. Mit Ihrer Trickserei haben Sie es vor 14 Tagen geschafft,

(Dora Heyenn **DIE LINKE**: Das war keine Trickserei!)

dass wir heute noch einmal die Möglichkeit hatten, hier zu sprechen. Sie hatten auch gesagt, Sie würden hoffen, dass wir in uns gingen und so weiter und so fort. Wissen Sie, wenn ich mir diese Debatte von heute anhöre, dann unterscheidet sie sich in Null Komma Null von dem, was Sie vor 14 Tagen schon an unrichtigen Sachen angeführt haben.

(Beifall bei der CDU und der GAL – Dr. Andreas Dressel **SPD**: Wer hat die denn angemeldet?)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Meine Damen und Herren, gibt es weitere Wortmeldungen? – Weitere Wortmeldungen gibt es nicht. Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung.

Das Neunte Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Hochschulgesetzes aus der Drucksache 19/552 war bereits am 3. September 2008 mit der vom Haushaltsausschuss in seinem Bericht aus Drucksache 19/939 empfohlenen Änderung in erster Lesung angenommen worden. Der Senat hatte einer sofortigen zweiten Lesung zugestimmt. Mindestens ein Fünftel der anwesenden Mitglieder dieses Hauses hatte dann dagegen Widerspruch erhoben.

Wer möchte nun das am 3. September 2008 in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist damit auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Wer möchte darüber hinaus den Empfehlungen des Haushaltsausschusses aus Drucksache 19/939 folgen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Hierzu bedarf es einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall. Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss auch in zweiter Lesung fassen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist das auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Bevor ich nun den Tagesordnungspunkt 11 aufrufe, möchte ich noch einmal an Sie appellieren, dass es für das ganze Haus eine große Freude wäre, wenn Sie die Nebengeräusche entweder nach draußen verlagern oder sich nach Sitzungsende unterhalten könnten.

Ich rufe auf den Bericht des Gesundheitsausschusses: Schließung der Drogeneinrichtung Subway e.V.

**[Bericht des Gesundheitsausschusses über das Thema:
Schließung der Drogeneinrichtung Subway e.V.
(Selbstbefassungsangelegenheit)
– Drs 19/981 –]**

Wer wünscht das Wort? – Frau Domres, bitte.

Anja Domres SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nur noch wenige Wochen, dann werden rund 200 drogenkranke Menschen in dieser Stadt nicht mehr wissen, wohin sie sollen, Menschen, die willig sind, von ihren Drogen wegzukommen, die aussteigen wollen aus Drogenszene und Elend.

Der Träger Subway betreibt genau diese Substitutionsbegleitung. Zielgruppe sind seelisch behinderte Abhängigkeitserkrankte, von Isolation und Obdachlosigkeit bedroht, mit zum Teil chronisch aggressiven Erkrankungen oder Erkrankungen wie Hepatitis oder HIV. Über das Modul Subwork hält die Einrichtung den Klienten 1-Euro-Jobs vor und versucht, sie wieder an die Anforderungen des Arbeitslebens heranzuführen.

Über das Modul Sublife hält die Einrichtung für ihre Klienten knapp 60 Wohnungen vor, weil sie weiß, dass in Obdachlosigkeit nachhaltig wirkende Rehabilitation nicht möglich ist. All dies will der Senat nun den Menschen wegnehmen. Allen voran der Sozialsenator, Herr Wersich. Dieser wurde noch im April 2002, als das Subway bereits schon einmal vor dem Aus stand, im "Hamburger Abendblatt" zitiert:

"Die Dealer müssten verfolgt, den Süchtigen eine echte Alternative geboten werden."

Damals haben Sie sich, Herr Senator Wersich, als gesundheitspolitischer Sprecher Ihrer Fraktion zusammen mit Ihren Sprecherkollegen von FDP und Schill-Partei für den Erhalt des Subway stark gemacht.

Aus den drei Regierungsfractionen hieß es damals:

"Im Subway wird wichtige erfolgreiche Arbeit geleistet. Davon haben wir uns bei einem Besuch selbst überzeugen können."

(Anja Domres)

In einem gemeinsamen Antrag haben Sie das Subway damals als ein therapeutisches und ganzheitliches Angebot im Rahmen der psychosozialen Begleitung Methadon-substituierter Drogenabhängiger anerkannt und formuliert – ich zitiere aus der Drucksache 17/674 –:

"Eine Schließung dieser Einrichtung [...] wäre mit dem Risiko verbunden, dass die Betroffenen wieder in die offene Szene abgleiten würden."

Auf einmal soll das alles nicht mehr gelten. Plötzlich erklären Sie uns, Herr Senator Wersich, der Träger sei insolvent, die ordnungsgemäße Geschäftsführung sei nicht mehr gewährleistet und deswegen könne das Subway nicht mehr gefördert werden, was einer Schließung der Einrichtung gleich kommt.

Der Senat hat die Zuwendungsfinanzierung des Trägers Subway zum 30. Juni 2007 eingestellt und für das zweite Halbjahr nur noch eine sogenannte Abwicklungsfinanzierung zur Verfügung gestellt. Aufgrund der zunehmend dramatischen Entwicklung, die ein sofortiges Handeln möglich und erforderlich machte, hat die SPD-Fraktion am 4. August dieses Jahres eine Sondersitzung des Gesundheitsausschusses einberufen. Dort hieß es aus Ihrem Hause, Sie seien bereit, den Träger und vor allem die Betroffenen weiterhin darin zu unterstützen, andere ortsnahe Hilfsangebote zu finden. Außerdem werde geprüft, ob ein anderer Träger das Leistungsspektrum von Subway übernehmen könne. Voraussetzung hierfür sei jedoch die Klärung der wirtschaftlichen und juristischen Situation des Trägers.

Meine Damen und Herren, genau diese wirtschaftliche und juristische Situation ist inzwischen geklärt. Dies geht aus einem Prüfbericht hervor, der dem Senat seit fünf Wochen vorliegt, den er aber erst gestern Abend dem Gesundheitsausschuss vorgelegt hat. Dieser Bericht hat circa 50 Seiten und wurde uns mit dem Hinweis übergeben, man könne heute darüber debattieren. Ich möchte nur am Rande anmerken, dass wir immer noch ein Teilzeitparlament sind und es nicht jedem möglich ist, tagsüber mal eben 50 Seiten durchzuarbeiten, um für eine Debatte debattenfähig zu sein. Das aber nur nebenbei.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Die Arbeit wurde vom Träger Subway seit Anfang 2008 bis heute ohne weitere Finanzierung mit ehrenamtlicher Arbeit fortgeführt. Auf Grundlage eines immensen Einsatzwillens der ehrenamtlich Tätigen und einer an Selbstausbeutung grenzenden Opferbereitschaft derjenigen, die das Projekt durchführen, konnte im ersten Halbjahr 2008 – und so wird es auch im Prüfbericht festgestellt – ein in der Summe feststehendes Angebot aufrechterhalten werden, das weitestgehend den Vorgaben der

ehemaligen Förderung als suchtmittelübergreifende Beratungseinrichtung entsprach. Es ist aber allen klar, dass dieses Modell auf keinen Fall eine Perspektive bietet, diese Arbeit auf Dauer, länger als vielleicht für die nächsten Wochen, aufrechterhalten zu können.

Auch der Prüfbericht kommt zwingend zu dem Ergebnis, es sei dringend erforderlich, dass die BSG zeitnah eine positive Entscheidung über die Wiederaufnahme der Förderung einer suchtmittelübergreifenden Beratungsstelle fälle, um das gesamte Angebotssetting vor Ort zu erhalten. Subway läuft also die Zeit weg. Es ist abzusehen, dass die Arbeit nicht mehr lange aufrechterhalten werden kann. Allerdings fragt sich, warum der Senat dann den Prüfbericht so lange unter Verschluss gehalten hat. Ist das Prüfungsergebnis in diesem Bericht vielleicht zu positiv für den Senat, für den Träger? Muss er jetzt mühsam nach einer Begründung suchen, warum er mit Subway nicht weiter zusammenarbeiten will? Hat er deswegen auf Zeit gespielt, damit sich das Problem von allein erledigt? Ein Schelm, der Böses dabei denkt. Schließlich muss doch allen Beteiligten eine gute Lösung am Herzen liegen. Es kann doch nicht sein, dass der Senat persönliche Animositäten, die zwischen ihm und dem Träger bestehen mögen, über eine Lösung stellt.

Was genau sind die Vorwürfe des Senats gegen den Träger? Der Senat hat dem Träger zum einen vorgeworfen, er sei nicht kooperationsbereit gewesen und habe weder bei der Abwicklung mitgearbeitet, noch ansonsten Anstalten gemacht mitzuarbeiten, auch in der Aufarbeitung der Vorwürfe, die der Senat dem Träger gestellt hat. Dazu muss man sagen, dass in dem Prüfbericht festgehalten wird, dass das Verhalten von Subway während der gesamten Prüfung von hoher Kooperationsbereitschaft und Transparenzwillingkeit geprägt war. Alle Unterlagen wurden bereitgestellt und alle Auskünfte erteilt. Mit diesem Vorwurf ist es also nicht allzu weit her.

Der zweite Vorwurf. Der Träger – hören Sie gut zu – hat im Rahmen seiner Abwicklungsfinanzierung von 144 000 Euro im zweiten Halbjahr des letzten Jahres erklärt, es sei Aufgabe des Trägers, für die Überleitung seiner Klienten zu sorgen. Hier hat das Hamburger Verwaltungsgericht in einem Beschluss vom 27. Dezember letzten Jahres eindeutig festgestellt – ich zitiere –:

"Durch die getroffene Entscheidung der Antragsgegnerin,"

– das ist die Sozialbehörde –

"den Antragsteller"

– also Subway –

"nicht mehr zu fördern, dürfte es vielmehr zunächst im Verantwortungsbereich der An-

(Anja Domres)

tragsgegnerin liegen, sich darum zu kümmern, was gegebenenfalls mit den Klienten des Antragstellers geschehen soll."

Diese Verantwortung hat die Sozialbehörde bis heute nicht wahrgenommen.

(Beifall bei der SPD)

Hinsichtlich der fachlichen Prüfung kann angeführt werden, dass Subway mit einem signifikant schwieriger und stärker zu bearbeitenden Klientenstamm behaftet ist als dies im Schnitt der Hamburger ambulanten Suchthilfe der Fall ist. Die Klienten Subways sind älter, kränker und mit deutlich erhöhten Verhaltens- und justiziellen Problemen belastet. Ein großer Teil der Klienten ist psychisch krank, besteht aus Schizophrenen, Borderline-Erkrankten und chronisch Aggressiven. Polyvalenter Drogenkonsum ist bei vielen Klienten vorhanden und was passiert mit diesen von Subway betreuten Menschen?

Ein weiterer Vorwurf des Senats sei, aus haushaltsrechtlichen Gründen könne ein Träger, der insolvent sei und schlecht gewirtschaftet habe, nicht weitergeführt werden. Auch hier kann man dem Prüfbericht entnehmen, dass es zurzeit ein Minus von 47 000 Euro bei diesem Träger gibt, der sich überwiegend aus nicht gezahlten Mieten, nicht gezahlten Gehältern für die Mitarbeiter zusammensetzt. Meines Erachtens keine große Summe, wenn man bedenkt, dass dieser Träger seit Anfang 2008 ehrenamtlich arbeitet und keinerlei Zuwendungen mehr bekommt.

In dem Prüfbericht wird ebenfalls festgestellt, dass die laufenden Kosten von 23 000 Euro im Monat durchweg vom Träger erwirtschaftet werden könnten. Man muss sehen, von welchen Summen wir hier sprechen. Zum einen ist der Träger keineswegs insolvent. Mit einem sofortigen Handeln der BSG wäre es durchaus möglich, diesen Träger zu retten. Wenn man die Summe von 47 000 Euro betrachtet, dann handelt es sich dabei eigentlich um Peanuts handelt, wenn man sieht, dass wir in den letzten Wochen in den Zeitungen lesen durften, dass die Elbphilharmonie mal eben um mindestens 100 Millionen Euro teurer werden wird als geplant. Das ist mehr als das 2000-fache der 47 000 Euro.

Aber genau das ist die Politik dieses Senats. Leucht- und Elfenbeintürme sind wichtiger als die Lösung der Probleme der Menschen dieser Stadt. Ich kann Sie herzlich dazu beglückwünschen, Sie haben wieder einen Träger geschafft, einen Träger, der nicht mehr weiterarbeiten kann. Nach wie vor gibt es keine Perspektive für die Klienten. Auch Ihr Angebot, dass zur Überleitung der Klienten jetzt zwischenzeitlich die Träger Jugend hilft Jugend beziehungsweise der Träger Jugendhilfe e.V. eingesetzt werden, hilft zu keiner weiteren Lösung, weil es nach wie vor keinen Träger gibt, der sich bereit

erklärt hat, die Klienten weiterhin auf Dauer zu betreuen.

Wie Sie mit den Hilfebedürftigen dieser Stadt umgehen, ist nicht mehr nachvollziehbar. Sie tragen aber Verantwortung für alle Menschen in dieser Stadt. Stehen Sie endlich zu dieser Verantwortung.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort hat Herr Böttger.

Olaf Böttger CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Frau Domres, Sie haben uns eben ein Bild von einem Zuwendungsempfänger geschildert, den Sie für unverzichtbar halten. Darüber kann man geteilter Meinung sein. Die Prüfung der Verwendungsnachweise bei der Suchthilfeeinrichtung Subway e.V. hat ergeben, dass eine ordnungsgemäße Geschäftsführung und eine bestimmungsgemäße Verwendung der Zuwendungsmittel nicht gegeben ist. Wenn Sie sagen, das seien Peanuts, dann muss ich sagen, das spricht für Sie, wie Sie mit Steuermitteln umgehen.

(Beifall bei der CDU – *Wilfried Buss* SPD: Elbphilharmonie!)

– Es ist mir klar, dass Ihnen das nicht gefällt, Herr Buss, das ist nicht neu. Trotz mehrfacher Aufforderung wurden vom Träger Subway e.V. keine entsprechenden Unterlagen eingereicht, die diesen Vorwurf entkräften konnten. Nach der für uns geltenden Landeshaushaltsordnung – ich glaube, die gilt auch für die Sozialdemokraten hier im Hause – ist damit eine weitere Gewährung und Auszahlung von Zuwendungsmitteln nicht mehr möglich und schon gar nicht zulässig. Aber darüber setzen Sie sich gegebenenfalls hinweg.

In diesem Zusammenhang muss man auch wissen, dass es bereits seit dem Jahr 2003 permanente Auseinandersetzungen des Trägers mit der Behörde gibt. Jede Drogenhilfeeinrichtung, die es sonst in Hamburg gibt, wird Ihnen dieses bestätigen und nicht unbedingt eine Lanze für den Träger Subway brechen wollen.

Wenn Sie von dem Prüfungsbericht sprechen und diesen als Indiz dafür anführen, dass doch alles in Ordnung sei, dann muss ich sagen, dass das nicht in Ordnung ist. Zum einen ist der Prüfungsinhalt lediglich – und das ist auch explizit dort geschrieben worden – der Inhalt einer ordnungsgemäßen Buchführung. Das heißt aber nicht, dass hier eine Aussage über eine zuwendungsgemäße Verwendung der Mittel getroffen wird und das ist ein großer Unterschied, aber der Unterschied scheint Ihnen nicht geläufig zu sein.

Die angegebene Höhe der Überschuldung mit circa 47 000 Euro ist meines Erachtens zum Beispiel bei der Bewertung der Verbindlichkeiten gegen-

(Olaf Böttger)

über der BSG nur mit 5 Prozent bewertet worden. Das heißt, man hat aus 305 000 Euro 290 000 Euro Verbindlichkeiten gestrichen und gesagt, eigentlich haben die nur Schulden bei der BSG in Höhe von 15 000 Euro. So kann ich ein Ergebnis natürlich auch auf 46 000 Euro runtermogeln. Tatsächlich müsste man fairerweise sagen, irgendwo zwischen 15 000 Euro und 305 000 Euro liegt die Wahrheit und dann ist die Überschuldung nicht bei 46 000 Euro angesiedelt, sondern bei 200 000 Euro oder vielleicht sogar noch viel mehr. Dagegen hat man natürlich die Forderungen – das ist das Interessante bei diesem Bericht – dann mit 95 Prozent bewertet. Da klappen sich jedem Kaufmann die Fußnägel hoch, dass man sagt, die Forderungen, die dann positiv zu Buche schlagen

(Zuruf von Dr. Martin Schäfer SPD)

– gleich, Herr Schäfer, ich weiß, Sie sind Mathematiker und verstehen auch ein bisschen etwas davon –, hat man dann eher hoch bewertet und das Ergebnis, da das leider nicht so viele Gelder waren, um 1000 Euro korrigiert. Insgesamt ist dieses ergebnisverbessernde Verfahren äußerst bedenklich.

Eine Aufgabenübertragung auf neue Träger wird daher notwendig. Das bestehende Leistungsangebot der Freien und Hansestadt deckt dieses auch ab. So einzigartig ist die Tätigkeit von Subway e.V. nicht. Wir haben jetzt für die Übergangszeit zwei Träger gefunden – Frau Domres, Sie hatten sie bereits erwähnt –, das sind die Jugendhilfe e.V. und Jugend hilft Jugend,

(Anja Domres SPD: Überleitung!)

die beauftragt sind, weiterhin die Klienten von Subway zu betreuen und zu beraten. Das heißt, der Vorwurf, es würde sich nicht gekümmert, ist damit doch wohl entkräftet.

(Beifall bei der CDU)

Mit den aktuell ergriffenen Maßnahmen ist ganz klar sichergestellt, dass die Klientinnen und Klienten von Subway e.V. weiterhin und damit lückenlos betreut und beraten werden und ihre Wohnverhältnisse gesichert sind. Wer anderes behauptet, fängt an zu lügen.

Fazit: Subway steht das Wasser bis zum Hals. Das konnten wir auch schon in der "Tageszeitung" oder in der "Hamburger Morgenpost" nachlesen. Eine mögliche Insolvenz droht. Diverse Rettungsversuche – und auch das hat Frau Domres dankenswerterweise angeführt –, unter anderem durch den damaligen Abgeordneten Dietrich Wersich, heute Senator, und auch meine Person, denn es ist nicht so, dass in den letzten Jahren diesbezüglich nicht vieles unternommen wurde, sind leider gescheitert. Warum sind sie gescheitert? Weil sich Subway keinen Millimeter gerührt hat. Subway kooperiert nicht. Subway ist immer nur bereit, ein Stückchen

Entgegenkommen zu zeigen, wenn es der Einrichtung dient. Ich bin seinerzeit selbst hinter Licht geführt worden und das nehme ich denen übel.

Ich habe eingangs gesagt, dass die Mitbewerber das Verhalten von Subway seit langem für sehr bedenklich halten. Frau Domres, ich muss Ihnen empfehlen, sich einmal mit Ihrer Fraktionskollegin, Frau Dobusch, die deutlich mehr von diesem Thema versteht, zusammenzusetzen und darüber beraten lassen. Dann kommen Sie zu anderen Ergebnissen.

(Dirk Kienscherf SPD: Das glaube ich nicht!)

– Herr Kienscherf, zu Ihnen komme ich auch noch.

Auf den Punkt gebracht: Subway steht vor dem selbstverschuldeten Aus.

Jetzt zu Herrn Kienscherf. Natürlich wusste ich, dass er den Mund nicht halten konnte und dazu auch noch etwas sagen muss. Er wird uns sicherlich auch gleich noch beglücken in Form von "wir Sozialdemokraten" und so weiter – wir kennen es.

(Michael Neumann SPD: Das dürfen Sie gar nicht sagen!)

Herr Kienscherf sprach kürzlich vom Sündenfall. Er begibt sich jetzt also auch in den Bereich der Theologie und hat dem Senator Wersich nachgesagt, das sei der erste und besonders schwere Sündenfall. Da muss ich Ihnen sagen, dass Ihr derzeitiges Engagement für das nicht akzeptable Finanzgebaren vom Zuwendungsempfänger Subway e.V. ein wiederholter, besonders schwerer haushalts- und drogenpolitischer Sündenfall der SPD ist und speziell von Ihnen, Herr Kienscherf. Sie sind leider an Populismus in diesem Hause nicht mehr zu überbieten. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Herr Kollege Böttger, ich darf Sie bitten, sich künftig an den parlamentarischen Sprachgebrauch zu halten. Eines Ihrer Verben, das umschrieben hatte, die Wahrheit nicht zu sagen, sollten wir lieber anders formulieren.

Das Wort hat Frau Heitmann.

Linda Heitmann GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte an dieser Stelle noch einmal betonen, dass es für mich und meine Fraktion ein zentrales Anliegen ist, dass in diesem Streit vor allem die bisher von Subway e.V. betreuten Menschen im Vordergrund stehen müssen.

Wenn man sich die Situation zwischen dem Träger und der Behörde anguckt, dann gibt es dort einen seit Jahren schwelenden Streit um Rückforderungen staatlicher Zuwendungen. Dies hat dazu geführt, dass beidseitig kein Vertrauen mehr besteht, dass es diverse Verfahren vor Gericht gibt und

(Linda Heitmann)

dass seit Jahren nicht mehr miteinander geredet wird. Ich kann und möchte diesen jahrelangen Streit nicht bewerten, aber es ist in dieser verfahrenen Situation wichtig, dass die Klienten nicht die Leidtragenden sind und von heute auf morgen vor verschlossenen Türen stehen.

(Beifall bei der GAL)

Ich bin froh, dass sich vor der Sommerpause beide Streitparteien in einem moderierten Gespräch zusammengefunden haben und Subway daraufhin die Unterlagen offengelegt hat. Die Behörde hat aus dem daraus entstandenen Bericht den Vorschlag vorgelegt, zwei erfahrene Träger der Suchthilfe einzusetzen, die in den Räumlichkeiten von Subway weiterhin die dort betreuten Menschen betreuen werden. Ich glaube, dass gerade bei der psychosozialen Betreuung von Süchtigen wichtig ist, dass die Klienten langsam Vertrauen zu neuen Menschen aufbauen können. Für unsereins mag es einfach sein, sich von Tag zu Tag an neue Ansprechpartner zu gewöhnen. Für Suchtkranke ist es hingegen bereits ein riesiger Schritt, überhaupt Hilfe anzunehmen und sich mit den Problemen an jemanden zu wenden. Deshalb sollte es unser Ziel sein, dass möglichst viele Süchtige in unserer Stadt diesen Schritt gehen und das staatliche Hilfsangebot in Anspruch nehmen.

Ich hoffe, dass die Betroffenen bei Subway e.V. in dem Prozess, der nun folgen wird, sanft mitgenommen werden können und dass kein Klient dort in Zukunft vor verschlossener Tür steht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Michael Neumann SPD: Das war ja eine Rede!)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort erhält Frau Artus.

Kersten Artus DIE LINKE:* Herr Präsident, sehr geehrte Herren und Damen! Was der Senat auch immer zu vermitteln versucht, Subway hat nicht unseriös gewirtschaftet und kann weiter erhalten bleiben.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Seit Jahren wird vonseiten der Behörde versucht, diese Drogenhilfeeinrichtung in ein schlechtes Licht zu stellen und nicht nur das. Es wird auch versucht, die angebliche Unseriosität des Trägers zu personifizieren. Aus der Aktenlage, die der LINKEN zum Glück um einiges eher vorgelegen hat als das dem Senat lieb war, denn er hat erst gestern, wie Anja Domres gesagt hat, dem Gesundheitsausschuss den Prüfbericht mit samt seiner Stellungnahme übergeben, geht eindeutig hervor, dass weder Steuergelder verschwendet wurden, noch dass Subway nicht in der Lage ist, Geschäfte zu führen. Die Probleme liegen tiefer und sind

auch nach den vielen Jahren der Streiterei durchaus schwer zu entwirren. Der Senat stellt nunmehr Behauptungen auf, indem er Fakten schaffen will. So wird behauptet, dass durch das bestehende Leistungsangebot der Stadt die Betreuung und Beratung der Klientinnen und Klienten von Subway weiter gewährleistet ist. Tatsache ist, dass die Klientel von Subway laut Prüfbericht älter, kränker und mit deutlich erhöhten Verhaltens- und justiziellen Problemen belastet ist als dies durchschnittlich im Bereich der ambulanten Suchthilfe der Fall ist. Wer soll die dann übernehmen?

Die Einrichtung Subway ist einmalig und es ist der Bürgerschaft von 2002 hoch anzurechnen, dass Subway damals gerettet wurde. Hier werden schwerkranke, teils mehrfach behinderte Menschen betreut, die wahrscheinlich nie wieder gesund werden und dringend auf den Verbund angewiesen sind, wie er durch das Konzept von Subway über Jahre gewachsen ist.

Es wird weiterhin behauptet, dass der Prüfbericht, der von der Behörde in Auftrag gegeben wurde, zu einem negativen Ergebnis kommt, wirtschaftliche und fachliche Aspekte betreffend. Dies ist ebenfalls nicht der Fall. Tatsache ist, dass der Prüfbericht eine Überschuldung des Trägers ausweist. Dies liegt aber daran, dass die Behörde dem Träger seit Jahren Geld vorenthält. Außerdem wurden der Behörde angeforderte Kontoauszüge durchaus zur Verfügung gestellt, die der LINKEN vorliegen, die auf ein ausgeglichenes Konto Ende Februar 2007 hinweisen. Dennoch wurde danach konstant weiter behauptet, dass Subway nicht in der Lage sei, wirtschaftlich zu arbeiten. Die Kritik an der fachlichen Kompetenz hat der Senat erst vor kurzem aus der Tasche gezogen. Fachliche Kritik war vorher niemals geäußert worden. Hier soll offensichtlich ein Träger systematisch demontiert werden.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Der Senat behauptet zudem, dass der Träger nicht kooperativ sei. Auch das ist nicht der Fall. Tatsache ist, dass Subway im März 2007 vorschlug, einen unabhängigen Prüfer einzusetzen, worauf die Behörde aber nie eingegangen ist. Gerichtsverfahren wurden bislang zugunsten von Subway entschieden oder endeten in einem Vergleich. Die noch laufenden Verfahren dürften aller Einschätzung nach ebenfalls zugunsten von Subway entschieden werden. Diese Entscheidung will der Senat aber offensichtlich nicht weiter abwarten, weil er dann die Gelder nachzahlen müsste, die Subway zustehen. Damit würde die über einen längeren Zeitraum aufgebaute Behördenargumentation kläglich zusammenbrechen.

Dann behauptet der Senat heute, am 17. September, in einer Pressemitteilung, dass der Träger einer Veröffentlichung des Prüfberichts zugestimmt

(Kersten Artus)

hat. Toll. Dies hat er aber schon Ende August getan. Die Mitglieder des Gesundheitsausschusses erhielten erst gestern um 19 Uhr den Prüfbericht. Das ist einfach unfassbar. Ich habe nämlich schon einen ganzen Arbeitstag hinter mir. Deutlicher kann man es nicht machen, wie Sie versuchen, Zeit zu schinden, um Subway in die Pleite zu treiben.

Herr Wersich, Sie haben letzte Woche anlässlich des 25-jährigen Jubiläums der Hamburgischen Arbeitsgemeinschaft zur Gesundheitsförderung eine Rede gehalten. Sie haben gesagt, dass Gesundheit für Sie keine Frage von Verteilungsgerechtigkeit sei, sondern schicksalhaft wäre. Ich bin komplett anderer Meinung als Sie. Darüber können wir sicherlich in Zukunft noch viel diskutieren und streiten. Was ich Ihnen aber zur Last lege, ist, dass Sie Schicksal mit schwerkranken Menschen spielen, die auf die Familie, die Subway ihnen bietet, zwingend angewiesen sind.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Ich fordere Sie als Präses der Behörde auf, Subway als Träger zu erhalten und diese Trickserien endlich zu beenden.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Kienscherf.

Dirk Kienscherf SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Vorrednerinnen seitens der SPD- und der Fraktion DIE LINKE sind darauf eingegangen, welche Einmaligkeit Subway in der Hamburger Trägerlandschaft darstellt. Ich will nachher darauf eingehen, aber zunächst einmal auf das eingehen, was Herr Böttger gesagt hat. Herr Böttger, Sie haben gesagt, dass man das, was in diesem Prüfbericht steht, nicht so ernst nehmen kann. Sie haben auch einige Behauptungen aufgestellt, dass eine ordnungsgemäße Geschäftsführung nicht mehr gewährleistet sei, alles Dinge, die bisher vor Gericht noch nicht bewiesen worden sind und weiterhin strittig sind. Aber gerade deswegen ist es interessant, dass man sich einmal anguckt, was eigentlich mit diesem Prüfbericht ist. Wer hat den in Auftrag gegeben? Dann schauen wir uns einmal an, wie die Zeitabläufe in den letzten sechs Wochen waren.

Am 4. August gab es eine Sitzung des Gesundheitsausschusses, an der Sie auch teilgenommen haben, und auf der Senator Wersich dargestellt hat, warum der Träger Subway aus seiner Sicht nicht mehr zu halten ist. Das waren schwerwiegende Vorwürfe. Gleichzeitig hat er gesagt, dass er Gutachter beauftragt hätte, sich einen Überblick über die wirtschaftliche Lage und die Zukunftsfähigkeit des Trägers zu verschaffen. Herr Krüger hat damals mit uns gemeinsam darauf gedrängt,

dass der Ausschuss relativ kurzfristig, wenn der Bericht fertig sein sollte, ein entsprechendes Exemplar bekommen würde. Der Senator hat damals gesagt, wenn der Träger bereit ist und dieser Weitergabe zustimmt, dann machen wir das. Das war am 4. August.

(Vizepräsidentin Nebahat Güclü übernimmt den Vorsitz.)

Dieser Bericht vom 4. August ist der Behörde am 8. August übergeben worden. Auftraggeber war nicht der Träger, auch nicht die SPD, auch nicht die LINKE, sondern die Behörde selber. Der Bericht ist etwas anders ausgefallen, als der Senator es erwartet hat, auch ganz anders, als die Anschuldigungen waren, denn was in dem Bericht steht, steht dem diametral entgegen. Da steht, es gebe keinen Anlass, davon auszugehen, dass es keine ordnungsgemäße Geschäftsführung gab.

(Glocke)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü (unterbrechend): Herr Kienscherf, lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Böttger zu?

Dirk Kienscherf (fortfahrend): Aber immer doch.

Zwischenfrage von Olaf Böttger CDU:* Was ist gestern verteilt worden?

Dirk Kienscherf (fortfahrend): Sehr gut, genau das ist der Punkt, Herr Böttger, darauf komme ich noch, ich bin erst beim 8. August, aber ich finde es richtig, dass Sie darauf eingehen. Am 8. August ist dieser Bericht vorgelegt worden. Sie können sich ruhig wieder hinsetzen, die Beantwortung dieser Frage dauert ein bisschen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Ich glaube, er möchte noch einmal fragen.

Vizepräsidentin Nebahat Güclü (unterbrechend): Lassen Sie die Frage zu, Herr Kienscherf?

Dirk Kienscherf (fortfahrend): Aber natürlich.

Zwischenfrage von Olaf Böttger CDU:* Man muss mir wenigstens die Chance geben, die Frage zu Ende zu stellen. Die Frage lautete ganz klar: Was ist gestern verteilt worden und was ist weiterhin Inhalt dieser Geschichte gewesen? Es ist zusätzlich eine Kommentierung zu dem Prüfbericht dargelegt worden.

(Glocke)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü (unterbrechend): Herr Böttger, ich bitte Sie, die Frage als Frage zu

(Vizepräsidentin Nebahat Güclü)

formulieren, damit der Abgeordnete Kienscherf darauf antworten kann.

Olaf Böttger (fortfahrend): Herr Kienscherf, geben Sie mir Recht, dass diese Kommentierung begründet ist? Ich bin in meiner Rede ganz deutlich darauf eingegangen, dass Forderungen und Verbindlichkeiten ...

(Glocke)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü (unterbrechend): Herr Böttger, ich rufe Sie auf, nur die Frage zu stellen.

Dirk Kienscherf (fortfahrend): Herr Böttger, wenn Sie mir gegenüber erklären, dass ich unsachlich sei, dass ich populistisch sei und so weiter, dann erwarte ich von Ihnen, dass Sie mich hinsichtlich der Sachlichkeit nicht auskontern. Aber was Sie hier abliefern, ist Populismus pur.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Es ging auch nicht um eine Kommentierung, die uns zugeleitet werden sollte, sondern es ging um den Bericht; so habe ich Herrn Krüger und den Ausschuss jedenfalls damals verstanden. Am 8. August ist dieser Bericht vorgelegt worden und darin stand, dass es keinen Anlass gebe, dass irgendwelche Gelder veruntreut worden seien, sondern dass der Träger im Gegenteil nicht überschuldet sei. Darin stand, dass es ein einzigartiges Angebot sei, was es so an anderer Stelle in Hamburg und wahrscheinlich bundesweit gar nicht gebe, dass man es geschafft habe, nicht nur diese schwierige Klientel aus der Anonymität und der Drogenabhängigkeit zu holen, sondern ihnen Wohnungen zu stellen – 60 Stück – und gleichzeitig noch Arbeit vermittelt habe. Das hat kein anderer Träger in Hamburg geschafft und wir sind stolz darauf, dass Subway es geschafft hat.

(Beifall bei der SPD)

Das war am 8. August. Die Behörde, überrascht von ihrem selbst in Auftrag gegebenen Gutachten, fragt nach, ob das denn alles so richtig sei. Die beiden Gutachter beantworten die Fragen entsprechend und sagen, das sei richtig, es gebe keine Überschuldung und sie möchten noch einmal darauf hinweisen, dass es notwendig sei, dass die BSG sofort ihre Förderung wieder aufnehme.

Dann gibt es ein leichtes Hin und Her und ein, zwei Wochen später reißt der Kontakt zu den Gutachtern ab. Dann fragt die Behörde anderthalb Wochen später nach, sie würde diesen Bericht gerne veröffentlichen und möchte eine Freigabe haben. Diese Freigabe wird der Behörde am 27. August schriftlich erteilt – um 16.17 oder 16.18 Uhr, da will ich mich nicht festlegen. Herr Böttger, am 27. Au-

gust wird es veröffentlicht. Es gibt die Absprache mit Herrn Krüger, mit dem gesamten Ausschuss, dass dieser Bericht nach Freigabe durch den Träger dem Ausschuss zugeleitet wird.

Jetzt komme ich zu der Antwort auf Ihre Frage, was gestern eigentlich vorgelegt worden sei. Dieser Bericht ist nicht, nachdem wir vor zwei Wochen schon am Rande der Bürgerschaft darüber gesprochen hatten, dass wir das Thema gestern debattieren beziehungsweise beraten wollten, etwa vor zwei Wochen vorgelegt worden. Er ist auch nicht vor drei Tagen dem Ausschuss vorgelegt worden, sondern der Senator ist gestern in den Ausschuss gekommen – das haben Sie ja miterlebt – und hat freudestrahlend verkündet, es freue ihn, dass er diesen Bericht druckfrisch den Abgeordneten vorlegen könne. Darin sei jetzt alles enthalten, auch in seiner Kommentierung, und im Übrigen könne man das morgen in der Bürgerschaft weiter beraten.

Meine Damen und Herren! So kann man mit den Menschen in der Stadt und mit seiner politischen Verantwortung nicht umgehen, Herr Böttger.

(Beifall bei der SPD)

Wie ist das denn am 27. beziehungsweise 28. August in dieser Behörde gelaufen? Die Behördenverwaltung wollte diesen Bericht weiterleiten. Nur, aufgrund der Intervention des Senators, diesen Bericht nicht weiterzuleiten,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Er fühlt sich er-
tappt!)

hat die Öffentlichkeit und auch die Bürgerschaft diesen Bericht nicht bekommen. Jetzt frage ich Sie, ob das einen nicht misstrauisch macht. Uns macht es sehr misstrauisch, Sie sollte es auch misstrauisch machen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Die GAL sollte es auch misstrauisch machen. Es kann doch nicht angehen, dass die Behörde gestern erst diesen Bericht vorlegt und heute noch einmal nachzieht. Gestern wird der Bericht vorgelegt, dann fragen wir nach und dann sitzt der Senator ziemlich steif da und sagt, was heißt hier nachfragen, wir behandeln das unter dem Tagesordnungspunkt Verschiedenes. Das heißt nicht, dass wir den Tagesordnungspunkt beraten, sondern ich habe das so verstanden, dass ich Sie vom Sachstand in Kenntnis setze und das habe ich hiermit getan. Es wird wahrscheinlich einen Träger geben, der dann vielleicht die Arbeit übernehmen soll; das war gestern. Da waren Sie sehr einsilbig, Herr Senator, und auf unsere Nachfragen wollten Sie nicht antworten.

Herr Böttger, bei aller Kritik – wobei meine Kritik Ihnen gegenüber bestehen bleibt – möchte ich mich trotzdem auch im Namen der SPD-Fraktion bei dem Rest Ihrer Abgeordneten im Ausschuss und

(Dirk Kienscherf)

insbesondere beim Ausschussvorsitzenden bedanken, der die Situation etwas unglücklich empfand und dann einer Selbstbefassung in der nächsten Woche zugestimmt hat. Das sind mutige Entscheidungen, Herr Böttger.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Der Senator wollte sich also gestern nicht äußern, dafür hat er sich umso mehr heute per Pressemitteilung geäußert. Herr Senator, Ihre Presseerklärung umfasst zwei Seiten und Ihre Kommentierung des Gutachtens fünf Seiten. Da haben Sie sieben Seiten verbraucht – die GAL wird wahrscheinlich schon wieder einen Herzinfarkt bekommen haben, weil soviel Papier produziert worden ist –

(Heiterkeit bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD – *Klaus-Peter Hesse CDU*: Er ist ja ein Clown!)

und ich frage mich, ob nicht noch eine Seite Ihres Gutachtens, das Sie selber in Auftrag gegeben haben, drin gewesen wäre mit dem Fazit der Gutachter. Es gibt nämlich ein Fazit, aber dieses Fazit verschicken Sie nicht mit, sondern Sie sind – ich muss es einmal so sagen, auch wenn mich vielleicht die Präsidentin rügen wird – einfach zu feige, sich hart mit den Fakten auseinanderzusetzen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Anders ist es nicht zu erklären, dass Sie der Presse Ihre Kommentierung geben, ohne dass die Gutachter überhaupt die Möglichkeiten haben, ihr Gutachten selbst darzustellen.

(*Stephan Müller CDU*: Selbstdarstellung, Herr Kienscherf!)

Jetzt zu Ihnen, Frau Heitmann. Es ist ja schön und gut, wenn Sie sagen, jetzt werde das Ganze von anderen Einrichtungen betreut. Das war nicht das Ziel, das wissen Sie auch, gerade vor dem Hintergrund der Einmaligkeit dieses Angebots und dieser schwierigen Klientel. Wenn Sie sich einmal mit den Experten unterhalten oder auch beraten lassen, dann sagen die, solche Personen brauchen Jahre, um ein vertrauensvolles Verhältnis entwickeln zu können. Wir wollten, dass dieses bei Subway oder einem anderen Träger bestehen bleibt. Sie wissen, dass es einen anderen Träger gab und gibt, der diese Arbeit mit Subway fortführen würde und auch da ist Ihre Pressemeldung nicht richtig, Herr Senator, denn der Träger KoALA hat signalisiert, es fortzuführen. Was Sie jetzt als Erfolg verzeichnen wollen, wollte die Behörde schon immer. Das ist eine Umverteilung, das ist eine Abwicklung wie bei der Treuhand in der DDR. Wir wollen das nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie die Pressemitteilung des Senators der BSG genau lesen, dann steht darin, dass das vorerst in den Räumen von Subway geschehen wird und danach wird der ganze Laden dicht gemacht. Wir wissen nicht, welche schlimmen Folgen das für die entsprechenden Menschen hat. Dass es anders geht, können wir innerhalb des Senats feststellen, denn die Behörde für Wirtschaft und Arbeit hat dem Träger Subway in Verbindung mit KoALA zugesagt, den Träger weiterhin zu fördern. 50 Arbeitsgelegenheiten wurden zugesagt und auch der Bezirk Hamburg-Mitte hat mit seiner rot-grünen Mehrheit und insbesondere auf Drängen der Grünen dem Träger 30 weitere Plätze zur Verfügung gestellt.

Meine Damen und Herren! Hier ist getrickt und getäuscht worden und das in einem Ausmaß, wie es die Stadt in den letzten Jahren nicht erlebt hat. Damit muss Schluss sein, wir müssen wieder zu einer Lösung im Sinne der Interessen der Klienten zurückfinden und das heißt auch im Sinne von Subway. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Nebahat Güçlü: Der Abgeordnete Krüger hat das Wort.

Harald Krüger CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Kollege Kienscherf, es ist schon bezeichnend, dass Sie sich mehr mit der Formalie, wann welcher Bericht wem vorgelegt worden ist, auseinandersetzen und weniger mit dem Inhalt des Berichts. Den finde ich eigentlich viel spannender, denn es geht in der Tat um die Zukunft von etwa 270 Menschen, die sich ohnehin in einer sehr schwierigen sozialen Situation befinden. Deshalb finde ich es viel wesentlicher, sich einmal damit auseinanderzusetzen, was es mit diesem Träger, seinem Angebot und natürlich auch dem Bericht inhaltlich auf sich hat.

Da ist es schon ein bisschen grotesk, wenn Sie es so darstellen, als sei bei Subway eigentlich alles in Ordnung, wenn nur behördliches Geld fließe, dann wäre die Welt wieder in Ordnung. Tatsache ist – mein Kollege Böttger hat es vorhin dargestellt –, dass auch für Sie, auch wenn Sie das in früheren Legislaturperioden vielleicht nicht so ganz verstanden haben, die Landeshaushaltsordnung gilt und damit gibt es zwingende haushaltsrechtliche Gründe. Und ein Träger, der von Insolvenz bedroht wird, kann in dieser Situation keine Zuwendung mehr bekommen.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Weil Sie ihm die Gelder gestrichen haben!)

Das ist eine sehr gute Regelung, denn wir wollen keine Insolvenzmassen erhöhen, sondern soziale Arbeit fördern.

(Harald Krüger)

Sie können es nun drehen und wenden, wie Sie wollen. Dieser Bericht kommt zu dem Ergebnis, dass Subway zurzeit überschuldet ist, und zwar etwa in einer Größenordnung, die dem gesamten Vereinsvermögen entspricht; das ist schon gewaltig.

(Zurufe von der SPD: Wo steht das?)

– Wenn Sie ihn gelesen hätten – ich habe mir gestern Abend die Mühe gemacht –, dann würden Sie es finden.

Subway kommt sogar noch zu dem Ergebnis, dass im Falle der Fälligkeit einer Bürgschaftsverpflichtung diese Überschuldung noch höher ausfallen sollte.

Wenn Sie jetzt sagen, wenn nur die Behörde Geld zahlen würde, dann wäre die Welt wieder in Ordnung, dann ist das grotesk. Das ist immer so: Wenn ich kein Geld mehr habe, Schulden habe und jemanden finde, der mir Geld gibt, dann geht es mir wieder gut, aber das ist eine etwas verzerrte Darstellung.

(Ties Rabe SPD: Das ist wirklich eine verzerrte Darstellung!)

So haben Sie vielleicht Haushaltspolitik betrieben, aber hier geht es darum, wirtschaftlich und fachlich solide Träger zu fördern und nicht darum, Defizite auszugleichen.

Dass Subway in dieser Situation ist, ist eine sehr lange Geschichte. Selbst in einer Phase, als ich noch nicht diesem Haus angehörte, hat mich Subway immer begleitet, weil es ein lange diskutierter Träger ist, der immer wieder Schwierigkeiten gehabt hat. Gerade dem Senator zu unterstellen, er habe persönliche Animositäten, ist ein bisschen grotesk. Ich glaube, Frau Domres hat selber darauf hingewiesen, dass der Senator sich in anderer Eigenschaft, als er diesem Haus angehörte, sehr stark dafür gemacht hat, dass dieser Träger erhalten bleibt. Also diese Unterstellung ist einfach das Leugnen der Vergangenheit.

Der Bericht kommt auch zu dem Ergebnis, dass die laufenden Kosten, die dieser Träger hat, nur noch kurzfristig tragbar sind. Das heißt, unabhängig von der Überschuldung gibt es eindeutig ein akutes Liquiditätsproblem. Das heißt ganz klar für jeden, der ein wenig von Betriebswirtschaft versteht, dass dieser Träger unmittelbar vor der Insolvenz steht. Der Bericht kommt übrigens auch zu dem Ergebnis, dass die insolvenzrechtliche Frage nicht Gegenstand der Beleuchtung war. Von daher können Sie sich auch nicht auf den Bericht berufen.

Dann muss man feststellen, dass diesem Träger, obwohl klar ist, dass die Förderung eingestellt worden ist, aus formaljuristisch eindeutigen Gründen die Mietverträge und die Arbeitsverträge nicht gekündigt worden sind und der Träger sich sehenden

Auges in die Situation gebracht hat, Verbindlichkeiten nun nicht mehr begleichen zu können. Dafür irgendjemand anderem die Schuld zu geben, kann nicht angehen. Es war eindeutig das eigene Risiko des Trägers weiterzumachen. Das heißt, das ist derjenige, der durch den Tunnel auf die Wand zu fährt und nicht abbremst und immer weiter fährt.

(Beifall bei der CDU – Dirk Kienscherf SPD: Und für die Klienten weiterarbeitet!)

Trotz einer externen Moderation – das war ja nicht alles hausgemacht – war der Träger nicht bereit, für seine Klienten irgendeine Folgeregelung zu finden. So ein Träger hat nicht nur Verantwortung für seinen Verein, das Vereinsvermögen und seine wirtschaftliche Situation, sondern auch für die ihm anvertrauten Menschen. Wenn ich weiß, dass ich keine staatliche Förderung bekomme, selbst wenn ich anderer Auffassung bin, und dann nicht sicherstelle, dass zumindest meine Klienten geordnet weiter betreut werden, sondern auf Deubel kommand raus sage, Augen zu und durch, es wird schon klappen, dann spricht das nicht für die Seriosität dieses Trägers.

(Dirk Kienscherf SPD: Das ist doch Aufgabe der Behörde!)

– Nein, es ist nicht Aufgabe der Behörde, es ist in erster Linie Aufgabe des Trägers. Diese Menschen werden nämlich – ich bin ein großer Anhänger des Subsidiaritätsprinzips – von einem freien Träger betreut und es ist zunächst einmal Aufgabe dieses freien Trägers.

Die Unternehmensprüfung, die dann stattgefunden hat – das ist der eine Teil des Berichts – war in der Tat die letzte Maßnahme, um auf diesen Träger einzuwirken, irgendwie zu ermitteln, wie denn die Situation tatsächlich ist. Es bestehen auch nach diesem Bericht – Herr Böttger hat das gestreift und ich will es gern noch einmal wiederholen, offensichtlich haben Sie ein Beratungsdefizit, um das zu verstehen – weiterhin Fragen. In der Tat stellt sich die Frage, wie die gegenseitigen Forderungen zu bewerten sind. Es ist erstaunlich zu sagen, die Forderung, die die Behörde hat, bewerten wir mit 5 Prozent und das, was wir im Gegenzug haben, mit 95 Prozent. Wissen Sie, wie das zustande gekommen ist? Da hat doch der Prüfer den Rechtsanwalt von Subway gefragt, wie er denn das Prozessrisiko sehe und was hat der gesagt? Der hat gesagt, ich gewinne natürlich, also habe ich die Chance, 95 Prozent zu erwirtschaften und die Behörde verliert, also hat die nur 5 Prozent. Da hat man den Bock zum Gärtner gemacht, denn welcher Anwalt wird sagen, ich werde wohl verlieren, bei mir gibt es keine Forderung. Dieser Anwalt ist Ihnen vertraut, Herr Kienscherf. Lassen Sie einmal den Blick in Ihre Reihen schweifen und dann finden Sie Herrn Grote, wenn ich das richtig sehe. Insofern frage ich mich natürlich, ob und wie Herr Grote denn gleich,

(Harald Krüger)

wenn es um die Abstimmung zum Thema Subway geht, eigentlich abstimmen will.

(Dirk Kienscherf SPD: Das ist doch eine Kenntnisnahme!)

Ich habe gesagt, wenn wir irgendwann in dieser Sache einmal zu einer Abstimmung kämen.

(Wilfried Buss SPD: Ach so, das hat sich eben ganz anders angehört!)

Dann stellt sich zum Beispiel durchaus in diesem Bericht die Frage, ob man eine geleistete Mietsicherheit dem Vereinsvermögen eigentlich zuschlagen kann oder nicht. Wenn das negativ ausfällt, ist die finanzielle Situation dort noch bedrohlicher. Es gibt Fragen zur Werthaltigkeit anderer Forderungen. Dieser Bericht stellt nun wirklich kein rosiges Bild der finanziellen Situation von Subway dar und es ist keine – das hat der Prüfer deutlich gemacht – insolvenzrechtliche Bewertung. Er stellt einfach nur fest, dass das Geld alle ist; so simpel ist das.

Die sonstigen Angebote, die es in Hamburg gibt, reichen sehr wohl aus. Es sind nicht nur die zwei Träger, die kurzfristig eintreten, sondern Hamburg hat dank vieler Jahre CDU-geführter Senatspolitik ein sehr leistungsfähiges Angebot für Drogenabhängige; das möchte ich noch einmal betonen. Dieses sehr leistungsfähige Angebot, für das wir dem Senat danken, ist durchaus in der Lage, das aufzugreifen. Es sind nicht nur die beiden Träger, die jetzt kurzfristig einspringen, es sind zum Beispiel auch Drob Inn, Stay Alive, also Einrichtungen, die so etwas sehr gut leisten können.

Die Mietverhältnisse, auch das klang an, sind nicht gefährdet. Sie müssten sich vielleicht von Herrn Grote sagen lassen, dass selbst, wenn eine Insolvenz eintreten würde, das Mietverhältnis weiter besteht und deshalb natürlich keiner auf der Straße steht. Das Einzige, was hier problematisch ist, ist die mangelnde Bereitschaft von Subway, zu einer Klärung und einer Folgeleistung beizutragen. Das ist das Einzige, was in dem ganzen Verfahren seit vielen Jahren wirklich absolut suboptimal läuft.

Um es noch einmal zu sagen, Herr Kienscherf, denn Sie haben immer ein bisschen Schwierigkeiten, so etwas zu begreifen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Was soll das denn?)

Erstens: Der Vermögensstatus weist sehr wohl eine Überschuldung aus, nachzulesen im Bericht. Ich gebe Ihnen auch gerne Einzelunterricht, wenn Sie es mir nicht glauben.

Zweitens: Die laufenden Kosten sind nur noch kurzfristig tragbar. All das ist eindeutig ein Grund, diesen Verein nicht weiter zu fördern.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Frau Möller hat das Wort.

Antje Möller GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist eine Debatte, die man in viele Richtungen wenden und drehen kann. Man könnte an dieser Stelle über die Drogenpolitik des Senats der letzten Legislaturperioden sprechen, man könnte auch über die Drogenpolitik, die sich Schwarz-Grün auf die Fahne geschrieben hat, sprechen. Man könnte über die Vergabe von Mitteln an Träger insgesamt sprechen, insbesondere bei der Sozialbehörde, wie war das in den letzten Legislaturperioden, wie stellt sich das heute dar. Man könnte über das Vergaberecht reden und sich fragen, warum inzwischen so viele Träger gegen die Mittel klagen, die sie bekommen haben, gegen die Entscheidungen der Behörden, seien es die der Sozialbehörde oder der Wirtschaftsbehörde. Man könnte auch darüber reden, dass die Sozialbehörde viele Jahrzehnte in einer einzigen politischen Hand war und deswegen vielleicht der Kollege Kienscherf mäßig interessante Details aus dem Innenleben der Sozialbehörde erzählt hat

(Ties Rabe SPD: Sind sie denn richtig oder falsch?)

bis hin zu der Minute, in der eine bestimmte Unterlage abgeschlossen oder zur Kenntnis genommen wurde.

(Ties Rabe SPD: Das wollen Sie offensichtlich nicht hören!)

Dann kam das Filzgeflüster, dann kamen ein paar hochgradig intelligente Kommentare gegenüber der GAL und dann kam die Aussage zu unserem Ziel. Mich würde einmal interessieren, was Sie von der SPD eigentlich wollen. Bei der LINKEN ist mir das klar, da geht es um die schwarz-grüne Drogenpolitik. Aber Sie von der SPD, was wollen Sie eigentlich erreichen? Das habe ich heute noch nicht verstanden. Gerade Sie, Herr Kienscherf, nennen Namen von Trägern, die bereitwillig alles übernommen hätten. Sie nennen Details aus dem Verfahren, das zum Glück noch vor der Sommerpause in Gang gekommen ist, und sagen, das war nicht unser Ziel. Aber was genau Ihr Ziel gewesen ist, haben Sie nicht gesagt, Sie haben inhaltlich gar nichts gesagt.

(Dirk Kienscherf SPD: Das wissen Sie doch!)

– Wenn ich das wüsste, Herr Kienscherf.

Ich weiß, welches zivilrechtliche Interesse da ist und auch, was politisch vor der Sommerpause notwendig war und was wir gemeinsam in Gang gesetzt haben. Dafür gibt es jetzt ein Ergebnis und aus unserer Sicht ist das Ziel erreicht, politisch wieder mit dem Träger ins Gespräch zu kommen und zu einem Ergebnis zu kommen, das den Klien-

(Antje Möller)

tinnen und Klienten nützt. An der Stelle sind wir jetzt und damit erst einmal Punkt.

(Beifall bei der CDU und bei *Horst Becker GAL* – *Dirk Kienscherf SPD*: Es nützt aber nicht den Klienten!)

Die Situation dieses Trägers hat sich über viele Jahre entwickelt und es hilft uns überhaupt nicht weiter, wenn wir in der Debatte gegenseitig versuchen zu erklären, warum an welcher Stelle welche Behörde oder welche Person das Falsche getan hat. Wir waren in der Situation, dass 75 Menschen akut ohne Betreuung gewesen wären, ohne psychosoziale Betreuung, und ein weitaus größerer Teil im ständigen Gespräch mit dem Träger war. Es wird durch den Träger weiterhin Wohnungen für Klientinnen und Klienten geben und weiterhin die sogenannten AGHs, also Beschäftigung durch den Träger für die Klientinnen und Klienten. Das ist das gute Ergebnis dieser Gesprächsrunde und der Arbeit während der Sommerpause.

Außerdem gibt es für den Bereich der psychosozialen Betreuung – nur dieses wurde durch die Behörde jemals gefördert, das ist hier schon detailliert dargelegt worden, und seit anderthalb Jahren wird es nicht mehr gefördert – jetzt eine Lösung nicht zugunsten dieses Teils des Trägers, sondern zugunsten der Menschen, die von dem Träger betreut worden sind, und zwar mit Unterstützung anderer Träger und mit einem auslaufenden Modell, das hoffentlich jeder und jedem, der dort im Moment betreut wird, so wie Linda Heitmann das gesagt hat, die Gelegenheit geben wird, in Betreuung zu bleiben oder eine andere Betreuung zu finden und uns nicht aus den Händen gleitet. Das war das politische Ziel und das ist erreicht.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL und der CDU)

Wenn das nicht gelingt, dann treffen wir uns an dieser Stelle zu dieser Debatte wieder. Aber erst einmal wurde durch das Eingreifen der Behörde, durch das Mitarbeiten von Subway – das muss man auch einmal an dieser Stelle sagen, es gab ja die Bereitschaft, sich dieser Überprüfung zu unterziehen – ein Ergebnis zustande gebracht, das wir zumindest anerkennend zur Kenntnis nehmen sollten. Begrüßen müssen wir es alle nicht, aber es ist ein Ergebnis zugunsten der zwei Teile des Trägers und zugunsten der Klientinnen und Klienten.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat der Abgeordnete Joithe-von Krosigk.

Wolfgang Joithe-von Krosigk DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Möller sagte eben, wenn es uns nicht gelingt, die Suchtkranken zu einem anderen Träger zu überführen, dann treffen wir uns hier wieder. Ich frage mich al-

lerdings, was, wenn wir uns hier wieder treffen, mit den Leuten inzwischen passiert ist.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Das kann es nun wirklich nicht sein.

Grundsätzlich möchte ich sowohl beim Senat als auch bei Herrn Böttger und anderen, die sich hier hingestellt und von haushaltsrechtlichen Dingen gesprochen haben, nachfragen, wie denn eigentlich Suchthilfe, wie Jugendhilfe in unserer Stadt finanziert wird. Und wenn Frau Möller von AGHs spricht – für diejenigen, die es nicht wissen, das sind Arbeitsgelegenheiten – und Herr Kienscherf davon spricht, dass 50 Stellen für den Träger Subway wieder zur Verfügung gestellt werden, dann heißt das ganz klar, da wird querfinanziert. 50 Stellen sind 10 000 Euro im Monat, da kann der Träger dann entsprechend erhalten werden. Und einem solchen Träger, den man schon mal zwingt, sich entsprechend merkwürdig im Haushalt zu verhalten, wirft man dann vor, dass er seine Mittel nicht entsprechend verwandt habe; das finde ich mehr als merkwürdig.

Dazu möchte ich Ihnen einmal zeigen – das fand ich wirklich den absoluten Gipfel des Zynismus –, wie dick der Bericht ist. Das ist der Bericht und dann spricht man davon, man hätte das durchlesen können, obwohl er erst gestern Abend erschienen ist. Ich bitte Sie, das ist ein Feierabendparlament und das ist eine regelrechte Frechheit.

(Beifall bei der LINKEN – *Karl-Heinz Warnholz CDU*: Sie sind doch arbeitslos!)

Dann gibt die Pressestelle des Senats mit Datum vom 17. September dieses Jahres bekannt, die Betreuung der Klientinnen und Klienten durch andere Träger sei sichergestellt. Wir haben es mit einer Gruppe von Betroffenen zu tun, die gerade in diesem Träger ihre sogenannte Familie sehen. So haben die es formuliert, als sie bei einer Presseerklärung waren oder bei uns im Sozialausschuss erschienen sind; einige der dortigen Mitglieder hat es in Ängste versetzt, als sie mit der Realität konfrontiert wurden. Was heißt denn das, andere Träger? Das heißt, dass sie genau aus der Familie, in der sie sich sicher fühlen, herausgerissen werden, dass sie da, wo sie meinten, sich stabilisieren zu können oder sich stabilisiert haben, herausgerissen werden. Das ist die Aussage dieser Presseerklärung und Sie brüsten sich damit, Sie würden da etwas sicherstellen. Was wird denn da sichergestellt? Sichergestellt wird nur, dass Subway aus dem Geschäft gedrängt wird, wenn man das einmal so bezeichnen will, und ansonsten interessiert einen außer haushaltsrechtlich im Großen und Ganzen die Gruppe der dort Betroffenen nicht, zumindest wird die Familiensituation nicht wahrgenommen.

(Wolfgang Joithe-von Krosigk)

Ich kann mich an ein Gespräch mit Herrn Senator Wersich erinnern, der mir als Arzt gesagt hat, Herr Joithe, Sie müssen berücksichtigen, dass in derartigen Therapien eine gewisse Distanz vonnöten ist. Dem muss man entgegensetzen, dass es auch Gruppen gibt, die entsprechend geschädigt sind und genau das Gegenteil brauchen, nämlich keine Distanz, sondern eine derartige Familie, wie sie augenscheinlich Subway – zumindest wurde das von den Betroffenen so dargestellt – ist.

Wir sollten uns darüber im Klaren sein, dass, wenn wir hier Entscheidungen treffen, diese Entscheidungen auch etwas mit Menschen zu tun haben. Ich kann nicht empfinden, wenn hier von Haushaltsproblemen und Ähnlichem gesprochen wird, dass es überhaupt noch um die Menschen geht, die von Subway betreut werden. Es geht um Zahlen, es geht um betriebswirtschaftliche Werte, aber es geht nicht um die Werte, die dort sind. Darüber sollten gerade Sie als Christdemokraten einmal nachdenken. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat Senator Wersich.

Senator Dietrich Wersich: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will nur ganz kurz auf ein paar Punkte eingehen, weil das meiste schon gesagt worden ist. Es hieß, ich hätte mich in meiner Zeit als Abgeordneter persönlich für den Träger Subway eingesetzt. Damit war der Einsatz nicht zu Ende. Ich bin auch als Staatsrat vor Ort gewesen. Wir haben in einem mehrjährigen Prozess sehr intensiv versucht, den Träger zu beraten, die Probleme, die es auf der Ebene der ordnungsgemäßen Geschäftsführung gibt, in den Griff zu bekommen. Wir haben verschiedene Versuche unternommen, diesen Träger zu bewegen, die Probleme abzustellen. Ich bin traurig darüber, dass wir im Jahre 2007 in die Situation gekommen sind, dass wir ihn nicht mehr fördern können und dürfen. Es ging nicht um Einsparung. Wir haben nicht gesagt, wir brauchen das Geld für irgendetwas anderes, sondern es war die Grenze erreicht, an der eine Behörde einen Träger nicht mehr fördern darf.

Es ist einiges gesagt worden, auf das ich ganz kurz eingehen will. Frau Artus, Sie haben gesagt, der Bericht hätte ergeben, dass keine Steuergelder verschwendet worden seien. Ich weise ausdrücklich darauf hin – das steht auch im Bericht –, dass es nicht Gegenstand der Prüfer war, die Verwendung öffentlicher Mittel in den vergangenen Jahren zu überprüfen, sondern einen Statusbericht zum 31. Juli anzufertigen. Eine Aussage darüber, ob und inwiefern öffentliche Mittel verwendet worden sind, enthält der Bericht nicht. Im Gegenteil. Es ist

so, dass mittlerweile eine Summe von weit über 300 000 Euro strittig ist.

In dem Prüfbericht steht, es handle sich um eine besonders schwierige Klientel. Wir haben Ihnen die Fakten geliefert, dass das nicht zutrifft, wenn man die Klientel von Subway mit der Klientel vergleicht, die sich beispielsweise im Drob Inn oder im Stay Alive in psychosozialer Begleitung befindet. Dort gibt es ähnlich hohe Belastungen. Der Prüfer – allerdings kein Spezialist für den Drogenbereich – hat sich die BADO vorgenommen, oberflächlich die Durchschnittswerte angeguckt und ist deswegen an dieser Stelle zu einem Fehlurteil gekommen. Aber das ist in der Erläuterung richtiggestellt worden.

Herr Kienscherf, Sie haben gesagt, es stünde da nicht, der Träger sei überschuldet. Sie haben jetzt mehrfach Lesehilfe angeboten bekommen. Ich will Sie Ihnen bieten. Auf der ersten Seite steht als erster Satz das gemeinsame Fazit:

"Aktuell weist der Vermögensstatus des Vereins zum 31. Juli 2008 eine Überschuldung von 46 943,62 Euro aus."

Am Ende wird dem Träger dringend eine Rechtsberatung nahegelegt, ob es sich nicht um eine verschleppte Insolvenz handelt.

Schließlich, Frau Domres, hatten Sie kritisiert, im Dezember hätte das Gericht festgestellt, die Behörde trage die Verantwortung für die Überleitung der Klienten. Gleichzeitig liegt jetzt ein solches Angebot vor, nämlich zwei Träger zu fördern, die diese Klienten in der Einrichtung für längere Zeit beraten, um sie an andere Träger überzuleiten. Genau das bezeichnen Sie als keine Lösung. Das geht nicht auf. Wenn Sie sagen, die Behörde hat den Auftrag, dann müssten Sie das begrüßen, was wir jetzt tun.

(Beifall bei der CDU und bei Antje Möller GAL)

Von Frau Möller ist ausgeführt worden, in welchen Dimensionen wir jetzt stehen. Die Betreuung kann gewährleistet werden. Wir haben eine ganze Reihe außerordentlich gut arbeitender Einrichtungen in Hamburg. Wir haben Fachkräfte, die bereit sind, diese Klienten in der Einrichtung zu beraten und zu betreuen. Wir haben im Prüfbericht die Aussage, dass die Wohnungen nicht gefährdet sind. Sollte es dennoch zu einzelnen Kündigungen kommen, haben wir die Bezirksstellen für Wohnungssicherung informiert, damit sie sofort tätig werden könnten. Wir könnten, wenn der Träger sagen sollte, er gebe diese Arbeit auf, auch einen Ersatzträger anbieten, der diese Mietverträge sowie auch die Betreuung übernehmen könnte, sodass den Menschen keine Obdachlosigkeit drohen würde.

Im Ergebnis ist dieses keine Frage der Drogenpolitik und der Einsparung, sondern es geht darum, ob

(Senator Dietrich Wersich)

ein Träger des Staats Steuergeld haben will, ob er solide wirtschaften, über die Mittelverwendung Rechenschaft ablegen und an der Klärung der wirtschaftlichen Zuverlässigkeit mitarbeiten muss. Wenn ein Träger diese Vorgaben nicht erfüllt, dann kann er von uns gemäß Landeshaushaltsordnung nicht gefördert werden. Das ist leider – das betone ich nochmals – bei Subway der Fall. Wenn Sie politisch den Eindruck erwecken, Träger könnten auch allein wegen "gut gemeint" gefördert werden, dann ist das ein verhängnisvolles Signal für Hunderte oder Tausende von Zuwendungsempfängern in der Stadt.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Meine Damen und Herren! Die Insolvenz und Geschäftsführung des Trägers sind nicht von uns zu verantworten. Für die betroffenen Menschen stehen Alternativen und Lösungen bereit. Genau daran, Herr Kienschner, haben wir in den vergangenen Wochen, nachdem der Bericht vorlag, intensiv gearbeitet. Alle Träger, die in der Drogenpolitik und Drogenberatung erfahren sind, haben gesagt, nein, wir gehen bei diesem Träger keine Rechtsnachfolge ein, die Risiken sind unübersehbar und es gibt dagegen fachliche Bedenken. Wir haben Ihnen alles dargestellt. Wir haben jetzt eine andere Lösung für die betroffenen Menschen angeboten und ich habe die große Hoffnung, dass der Träger konstruktiv an dieser Lösung mitwirkt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat Herr Dr. Schäfer.

Dr. Martin Schäfer SPD: Vielen Dank, Frau Präsidentin. Meine Damen und Herren! Das Problem bei dieser Geschichte ist nicht neu. Deswegen überrascht es umso mehr, dass erst jetzt – drei, vier Wochen vor dem Ende der Betreuung der Klientinnen und Klienten – mit großer Hektik begonnen wurde, nach Lösungen zu suchen. Vorher war davon nur zu spüren und zu bemerken, hier sollte ein unliebsamer Träger – warum auch immer – schlicht und ergreifend "platt gemacht" werden. Das war das eigentliche Ziel der Behörde. Die Behörde ging den ganzen Sommer über in keiner Weise auf die eigentlichen Probleme ein und konnte nicht sagen, wie die dortigen Klientinnen und Klienten weiter betreut werden könnten, sodass sie nicht verloren gehen.

(Beifall bei der SPD und bei Kersten Artus
DIE LINKE)

Selbstverständlich haben Sie Recht, Herr Wersich, wenn Sie sagen, das Drogenhilfesystem in Hamburg könnte jederzeit 200 Einzelpersonen aufnehmen. Die Frage ist aber, ob genau diese 200 Leu-

te, die dort betreut werden oder betreut worden sind, auch da ankommen. Das bezweifeln wir stark. Es geht darum, ob man diese drei Standbeine, auf denen dieser Träger mittlerweile steht, erhalten sollte. Zwei bleiben, wenn ich das richtig sehe: die Wohnungen bleiben weiterhin angemietet, die Arbeitsgelegenheiten stehen diesem Träger weiterhin zur Verfügung. Lediglich das, was dort gewissermaßen als Wohnstube genutzt wird – die psychosoziale Betreuung, die Beratungstätigkeit –, soll jetzt zu einem anderen Träger übergehen.

(Antje Möller GAL: Das ist doch das Einzige, was je gefördert wurde!)

– Ob das im Hinblick auf die Betreuung dieser Leute effizient ist, Frau Möller wage ich zu bezweifeln.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Frau Möller, es wäre interessant, in aller Ruhe darüber zu reden, wie die schwarz-grüne Drogenpolitik aussieht, denn im Moment weiß ich das noch nicht. Das sollte nicht in der Hektik geschehen, die jetzt im Zusammenhang mit dem Träger Subway notgedrungen fällig ist, weil das, was vorgesehen ist, meiner Überzeugung nach so nicht funktionieren wird. So werden einige Leute verloren gehen. Das ist das Problem.

Am Ende wird die Behörde einen kleinen Träger erfolgreich kleinbekommen haben und vermutlich mit hoher Wahrscheinlichkeit vor Gericht so erfolgreich sein wie bisher, denn in allen drei Verfahren, die der Träger gegen die Behörde durchgeführt hat, hat sie fulminant verloren. So viel zur Wahrscheinlichkeitsabschätzung hinsichtlich der Erfolgsaussichten vor Gericht. Wie soll es weitergehen, wenn nicht so, dass man sich jetzt ganz schnell die "lumpige" Summe von 50 000 Euro besorgt, damit es so weitergehen kann, bis eine vernünftige Lösung gefunden worden ist. Diese wurde dadurch verpasst, Herr Wersich, dass im letzten Jahr nichts getan wurde. Sie hätten zum Beispiel eine Ausschreibung machen können für das, was dieser Träger anbietet. Das ist nicht geschehen. Sie haben abgewartet, bis es nicht mehr weitergeht. Das ist der Skandal in der Geschichte.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Frau Domres, Sie haben das Wort.

Anja Domres SPD:* Meine Damen und Herren! Jetzt muss ich doch noch einmal ganz kurz nach vorne kommen, weil ich Frau Möller gern antworten möchte.

Ich bin ziemlich neu in dieser Bürgerschaft und ich habe die letzten Monate überwiegend damit zugebracht, den Debatten zu lauschen. Heute bin ich das erste Mal nach vorne gegangen. Ich habe fest-

(Anja Domres)

gestellt, dass insbesondere die Abgeordnete Möller gern ihre Reden damit beginnt, ihren Vorrednern zu sagen, sie haben wieder einmal nichts verstanden, sie haben wieder etwas vermischt.

(Antje Möller GAL: Ich habe meine Rede so nicht angefangen!)

Wenn man nicht festgestellt hat, welches die Ziele der SPD in der heutigen Debatte in Richtung Subway waren, dann haben Sie vielleicht heute irgend etwas nicht ganz verstanden.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ich möchte aus dem vorliegenden Bericht zitieren. Das Fazit des Prüfers sagt:

"Zusammenfassend sind die Daten der Basisdokumentation Beleg dafür, dass Subway mit einem signifikant schwierigeren und stärker belasteten Klientenstamm arbeitet, als dies im Schnitt der Träger der Hamburger ambulanten Suchthilfe der Fall ist."

Das heißt, der Prüfer hat eindeutig festgelegt, dass es hier nicht um "normale" Abhängige geht, sondern um Abhängige mit schwereren Krankheiten, mit einer schwereren Drogenabhängigkeit und –vergangenheit. Das sind Klienten, die über Jahre – das ist heute schon mehrfach gesagt worden – ein Vertrauensverhältnis zu dem Träger aufgebaut haben, einem Träger, der zum einen eine einzigartige Lage hat – er liegt nämlich in der Neustädter Straße direkt neben dem Pik As –, um diese niedrigschwellige Beratung anzubieten, sowie zum anderen ein einzigartiges Angebot. Auch das wurde heute schon mehrfach gesagt.

Ich möchte Herrn Dr. Schäfer ergänzen, der sagte, wir können diese Klienten nicht schnell auf einen anderen Träger überleiten, ganz abgesehen davon – ich betone es nochmals –, dass dieser Träger für das Beratungsangebot nicht in Sicht ist, sondern dass sowohl Jugendhilfe e.V. als auch Jugend hilft Jugend nur die Überleitung begleiten soll. Ich glaube auch, dass uns die Klienten von Subway verloren gehen werden. Das kann für keinen das Ziel sein und das finde ich bedauerlich.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – Egbert von Frankenberg CDU: Aber was die SPD will, ist immer noch nicht klar!)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft von der Drucksache 19/981 Kenntnis genommen hat.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 14. Antrag der SPD-Fraktion: Kinder- und Jugendlärm gegenüber anderen Lärmquellen privilegieren, Drucksache 19/1023.

[Antrag der Fraktion der SPD: Kinder- und Jugendlärm gegenüber anderen Lärmquellen privilegieren – Drs 19/1023 –]

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 19/1098 ein gemeinsamer Antrag von GAL- und CDU-Fraktion vor.

[Antrag der Fraktionen der GAL und der CDU: Regelung zum Lärmschutz schaffen: Kinderlärm privilegieren – Drs 19/1098 –]

Beide Drucksachen möchte die SPD-Fraktion an den Familien-, Kinder und Jugendausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Frau Weggen.

Jenny Weggen GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Schon in der letzten Bürgerschaftssitzung ist deutlich geworden, dass wir alle eine neue Gesetzesregelung wollen, die Geräuschbelastungen, die von Kitas ausgehen, neu bewertet, und die Voraussetzungen dafür schafft, dass Streitigkeiten wie um die Kita SterniPark und Marienkäfer zukünftig der Vergangenheit angehören.

Wir alle wollen den Kitas Existenzsicherheit bieten, damit sie nicht schon bei der Eröffnung befürchten, bald wieder schließen zu müssen. Dazu gehört auch, Konflikten mit Nachbarn vorzubeugen, beziehungsweise, falls diese ausbrechen, sinnvolle Regelungen zur Lösung bereitzuhalten.

(Beifall bei der GAL und bei Stephan Müller CDU)

Der Bedarf an Kitas in Hamburg ist groß, das wissen wir alle. Dabei ist eine wohnortnahe Versorgung sehr wichtig, damit Väter und Mütter ihre Kinder morgens nicht kilometerweit mit dem Auto zur Kita fahren müssen. Das ist auch aus Klimaschutzgesichtspunkten von Bedeutung, hier fängt bereits der Klimaschutz an.

Wir sind uns alle weitestgehend einig, dass wir neue Regelungen brauchen. Das wurde in der letzten Bürgerschaftssitzung deutlich und das schlägt sich auch in den beiden Anträgen nieder, die uns heute vorliegen. Aber es zeigt auch, dass die bisher bestehende Gesetzesregelung nicht weitgehend genug ist. Das wollen wir ändern.

In der Stadt ist Lärmbelastung ein besonders großes Problem und konstanter Lärm kann psychisches und soziales Wohlbefinden stark beeinträchtigen und macht auf Dauer häufig sogar krank. Das Umweltbundesamt erklärt in diesem Zusammenhang, dass Belästigungsreaktionen bereits bei einem Dauerschallpegel von 50 Dezibel auftreten. Wenn man berücksichtigt, dass in Hamburg rund 360 000 Menschen bis zu 24 Stunden am Tag mit einer Geräuschbelastung durch Verkehrslärm von

(Jenny Weggen)

über 55 Dezibel ausgesetzt sind, zeigt das eine Problematik, die auf keinen Fall vernachlässigt werden darf, denn die gesundheitliche Beeinträchtigung, die von Verkehrslärm ausgeht, ist hinreichend bekannt.

Aber auch das Gezwitscher eines Vogels kann die 50 Dezibel-Marke leicht überschreiten und wer würde auf die Idee kommen, eine Symphonie von Beethoven besonders leise zu hören. Auch da geht man nicht davon aus, dass das krank machen könnte. Auch spielende, lachende und kreischende Kinder sind selbstverständlich laut. Aber man muss sich dabei die Frage stellen, ob es sich wirklich um Lärm handelt und ob ein kreischendes Kind eine Belastung wie ein dröhnender Presslufthammer ist. Nein, das ist natürlich nicht so. Lachende und juchzende Kinder sind etwas Schönes und für ihre Entwicklung ist es wichtig, auch einmal laut zu sein.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Daran wird deutlich, dass man bei der Bewertung von Lärm ein sehr wichtiges Kriterium berücksichtigen muss, und zwar die soziale Erwünschtheit der Umgebungsgeräusche. Lärm muss auch kulturell und nicht nur nach messtechnischen Maßstäben bewertet werden. Kinder mit all dem Lärm, den sie machen, gehören zum Leben dazu; der Presslufthammer leider manchmal auch, aber eben auch nur leider. Die meisten Menschen betrachten Kinderlärm als das, was er ist, als eine normale Geräuschkulisse, die – vor allem in der Stadt – dazu gehört.

Das findet sich auch in der bundesweiten Gesetzgebung wieder. Die TA Lärm des Bundesemissionschutzgesetzes ist an dieser Stelle ausdrücklich nicht anzuwenden. Wir bestärken das, indem wir Kinderlärm gegenüber Gewerbelärm klar privilegieren wollen. Die Konsequenz, die wir daraus ziehen sollten, ist, dass Kinderlärm – rechtlich und wissenschaftlich fundiert – neu bewertet wird. Dabei muss auch berücksichtigt sein, dass Kinderlärm sozial erwünscht ist. Das ist ein wichtiger Punkt, der geprüft werden muss. Auch die Frage nach Grenzwerten muss differenziert betrachtet werden. Zum einen könnten Kitas durch Grenzwerte eine Bestandssicherheit geboten werden, wenn die Grenzwerte eingehalten werden. Zum anderen kann aber genau das Gegenteil verursacht werden, wenn eine Kita, die diese Grenzwerte nicht einhalten kann, in ihrem Bestand sofort gefährdet ist.

Darüber hinaus müssen Regelungen gefunden werden, die Lärmemissionen beschränken. Das könnte beispielsweise durch möglichst leise Spielgeräte geschehen. Eine Holzrampe, wie sie beispielsweise bei der Kita SterniPark geplant war, ist in diesem Zusammenhang nicht zielführend. Aber wenn man bereits im Vorfeld bei dem Genehmigungsverfahren klare Regelungen an der Hand

hat, könnten sicherlich Alternativen gefunden werden.

(Dr. Monika Schaal SPD: Na, geht doch!)

Diese entscheidenden Fragen müssten zunächst geklärt werden.

Meine Damen und Herren von der SPD, Ihr Antrag nimmt eine solche notwendige Prüfung leider vorweg. Wenn Sie das prophylaktisch in einen Gesetzestext hineinschreiben, dann ist es so, als wenn man ein Haus baut, ohne sich vorher über die Statik Gedanken zu machen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Einfach im Nebel zu stochern, bringt leider gar nichts. Im Gegenteil. Eine genaue und differenzierte Auseinandersetzung mit dem Thema und eine genaue Prüfung sind erforderlich und sinnvoll, damit wir eine Gesetzeslage schaffen können, die einen sinnvollen rechtlichen Rahmen bietet. Das ist wichtig, damit Kitas gesichert sind und neue geplant werden können, mit denen auch die Nachbarn zufrieden sind. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat der Abgeordnete Müller.

Stephan Müller CDU:* Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren! Frau Weggen, Sie stellen die Frage, ob es sich hierbei um Lärm handelt. Wenn man sich die Definition von Lärm anschaut, so wird in der Regel von "unerwünschten Geräuschen" gesprochen, die zu Gesundheitsschäden führen können. Sie haben die Frage für uns schon mitbeantwortet. Kinderlärm gehört für uns ganz sicher auch nicht dazu, Kinderlärm ist erwünscht.

(Beifall bei der CDU, bei Horst Becker und Dr. Eva Gümbel, beide GAL)

Es gibt allerdings durchaus vermeidbare Situationen. Im konkreten Fall Kita Reventlowstraße erinnere ich mich an Berichterstattungen in den Zeitungen, wonach Nachbarn der Kita befragt wurden, ob sie die Geräuschkulisse, die von der Kita ausgingen, als störend empfinden. Ich glaube, in der Zeitung mit den vier großen Buchstaben stand, dass ein älteres Ehepaar daraufhin sagte, nein, das stört uns überhaupt nicht. Im Gegenteil, wir finden das schön. Es stört uns nur, wenn die Kinder draußen auf Trillerpfeifen Lärm machen. Das geht natürlich nicht und da sollte man dem Kita-Betreiber die Ohren lang ziehen, denn hier wird das Gebot der Rücksichtnahme erheblich überschritten, wenn nicht sogar ignoriert.

(Dr. Monika Schaal SPD: Es geht doch, geht doch!)

(Stephan Müller)

Es steht und fällt mit der Rücksichtnahme, die auch mit oder ohne gesetzliche Regelung eine gesellschaftliche Selbstverständlichkeit sein sollte.

Nun sind wir in der Diskussion mittlerweile auf einer sehr sachlichen oder technokratischen Ebene angekommen. Wir diskutieren über allgemeine Wohngebiete, geschützte Wohngebiete, besonders geschützte Wohngebiete, Mischgebiete, Gewerbegebiete und so weiter. Mir ist es vollkommen egal, wie das Gebiet heißt, es muss möglich sein, in all diesen Wohngebieten eine Kita zu errichten, wenn es dort Bedarf gibt und die Eltern es wünschen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Nun ist es aber an uns, die rechtlichen Grundlagen zu erweitern, um eine größere Sicherheit für den Betrieb von Kitas zu schaffen, aber auch die Rechte der Anwohner nicht außer Acht zu lassen. Wir meinen, dass man dafür erst eine gründliche Bestandsaufnahme braucht. Dazu muss man die jetzige Rechtslage unter Einbeziehung der erfolgten Urteile analysieren. Ich würde sogar so weit gehen, dass ich sage, man sollte das Urteil der Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht abwarten. Die Beschwerde hat der Bezirk übrigens kürzlich eingereicht. Im zweiten Weg müssten wir – wie auch im Koalitionsvertrag festgelegt – eine Regelung finden, Kinderlärm gegenüber Gewerbelärm zu privilegieren. Das müsste mit größtmöglicher Präzision geschehen, um die notwendige Rechtssicherheit zu schaffen.

Nun, meine Damen und Herren der SPD, komme ich zu Ihrem Gesetzentwurf, den Sie quasi noch in der Schublade haben,

(Dr. Monika Schaal SPD: Nicht in der Schublade, hier im Haus!)

und bitte Sie, das Folgende als konstruktive Kritik anzusehen. Frau Schaal, ich weiß, das hören Sie nicht gern. Weil ich kein Jurist bin, habe ich mir die Arbeit gemacht, Ihren Gesetzentwurf drei unterschiedlichen Juristen vorzulegen, und sie gebeten, einen prüfenden Blick darüber schweifen zu lassen. Wie nicht anders zu erwarten – ich höre das Rumoren –, habe ich natürlich drei unterschiedliche Meinungen erhalten. Der Anwalt für Sozialrecht meinte unter anderem – das habe ich auch eben gesagt –, man sollte die Beschwerde beim OVG abwarten, denn es könnte durchaus sein, dass Paragraph 29 a des Ausführungsgesetzes SGB VIII hier doch noch greift. Der Anwalt für Baurecht brachte völlig neue Komponenten mit ein und der Verwaltungsjurist meinte, dass er das in der ihm zur Verfügung stehenden Zeit nicht abschließend beurteilen könne. Aber alle drei waren sich in ihrer Einschätzung über das vorliegende Gesetz in folgenden Punkten einig: Es ist fraglich, ob Ihr Gesetzentwurf in der vorgeschlagenen Form eine

Verbesserung gegenüber der jetzigen Rechtslage bringen würde, weil er inhaltlich im Wesentlichen nichts anderes aussagt, als der Paragraph 29 a bei uns. Ein Grund ist unter anderem – das hat das Urteil zur Kita Reventlowstraße gezeigt –, dass das bundesbaurechtliche Gebot der Rücksichtnahme unter den konkreten örtlichen Umständen immer eine Einzelfallabwägung erfordert. In Ihren Gesetzestexten, Frau Veit – Sie sind, glaube ich Juristin –, haben Sie das Wort "grundsätzlich" mehr als einmal verwendet. Das zeigt, Sie gehen selbst davon aus, dass es Ausnahmen geben könnte. Das kann unter Umständen durchaus bedeuten, dass ein Nachbar Kinderlärm auch dann nicht hinnehmen muss, wenn dieser sich auf die Betriebszeiten beschränkt und die Kita dem Wohngebiet dient. Dann entsteht womöglich genau das, was wir alle nicht wollen, dass Ihr Gesetz – in dem Fall sogar unser Gesetz – Kitas verhindert, obwohl der Stadtteil dringend eine Kita benötigt.

Ein paar handwerkliche Anmerkungen. In Paragraph 3 sprechen Sie in Ihrer Gesetzesinitiative von Emissionen, die ohne Beschränkung auf Kinderlärm privilegiert werden sollen. Emission bedeutet nicht nur Lärm, sondern unter anderem auch Geruch. So könnte man meinen, dass eine Kita-Küche ohne Beschränkung auskommen könnte. Die Nachbarn würden sich bedanken, wenn der Bau einer Kita-Küche ohne Einschränkung möglich wäre.

In Paragraph 4 Absatz 2 Ihres Gesetzestextes heißt es, es könnte zu Rechtsunsicherheiten und möglicherweise sogar zu Rechtsstreitigkeiten mit Trägern kommen, wenn eine Kita mit dem Hinweis abgelehnt wird, dieser Stadtteil sei ausreichend versorgt. Das schafft bei dem bestehenden Kita-Bestand erhebliche zusätzliche Unsicherheiten, wenn nämlich dann eine demografische Änderung in diesem Stadtteil eintritt. All das muss man dabei bedenken. Das sind nur ein paar Beispiele. Ich könnte das noch fortführen. Ich will aber auch keinen Verriss vornehmen.

Die positivste Einschätzung der Juristen war jedenfalls, dass dieses Gesetz bestenfalls unschädlich sei, aber in der Sache nicht weiterhelfe. So etwas sollte man auch nicht beschließen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Deshalb, meine Damen und Herren, ist es wichtig, mit größter Sorgfalt vorzugehen und diesen in der Tat komplizierten Sachverhalt genau zu analysieren, um sich dann für eine Initiative zu entscheiden. Diese Initiative muss dann allerdings wirklich der Sache dienlich sein. Das ist außerordentlich wichtig. Insofern ist unser Ansatz, über die BSU eine Regelung zu finden, die die Komponente Lärmschutz unter Berücksichtigung des Baurechts aufnimmt, für mich der einzig richtige Weg. Wir werden uns im Ausschuss sicherlich mit den Ergebnis-

(Stephan Müller)

sen befassen und ich hoffe, dass wir eine gemeinschaftliche Lösung finden werden. Das sind wir den Kindern, den Eltern, aber auch den Anwohnern schuldig.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat Frau Veit.

(Frank Schira CDU: Es ist doch alles gesagt!)

Carola Veit SPD:* – Ihr habt das Thema vor ein paar Wochen angemeldet; dann reden wir auch darüber.

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Thema dieser Debatte, von den Koalitionären angemeldet, lautet in der Tat:

"Kinder- und Jugendlärm privilegieren"

Man könnte die Debatte vielleicht besser überschreiben mit: Die Arbeitsverweigerung der Fachbehörde unter besonderer Berücksichtigung des Versagens des verantwortlichen Senators.

(Beifall bei der SPD – Frank Schira CDU: Ist viel zu lang der Titel!)

Sie brauchen gar nicht zu stöhnen. Die GAL hatte sich inhaltlich ähnlich geäußert. Am 2. September hieß es gegenüber dem "Hamburger Abendblatt":

"Jetzt ist dringend Handlungsbedarf angesagt, damit nicht noch mehr Kinder hinter Mauern spielen müssen."

(Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk übernimmt den Vorsitz.)

So ist es. Es gibt in dieser Stadt drei Jahre nach den Vorgängen um die Kita Marienkäfer noch immer äußerst dringenden Handlungsbedarf. Darum haben wir unseren Gesetzentwurf aus dem vergangenen Jahr noch einmal eingebracht. Ich will das für die neuen Abgeordneten gern noch einmal berichten. Es liegt keine zwei Jahre zurück, als zwei Fachausschüsse eine differenzierte, fundierte, genaue Diskussion mit Experten geführt und eine Bestandsaufnahme auch der Rechtslage durchgeführt hatten. Das Ergebnis dieser Beratungen, die sich lange hinzogen, haben wir zu diesem Gesetzentwurf verarbeitet, dessen Grundsatz in der Tat die Interessenabwägung ist. Das haben Sie richtig erkannt. Am Ende hat sich die CDU geweigert, auch nur über unseren Entwurf zu beraten. Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der GAL, ging das ähnlich mit Ihrem eigenen etwas anderen, aber ebenso durchdachten Entwurf. Da ging es Ihnen damals nicht besser. Wo ist der alte Entwurf der GAL eigentlich geblieben? Darf Herr Maaß den heute nicht mehr vorlegen?

(Dirk Kienscherf SPD: Der traut sich nicht mehr!)

Stattdessen hat die CDU damals selbst versucht, mit Hilfe eines Gesetzes die Grundlage dafür zu schaffen, dass im Streitfall, bei Abwägung der gegensätzlichen Interessen für die Kinder und möglicherweise gegen die Nachbarn entschieden wird. Sie haben das damals mit einigem Getöse als Ihre neue Regelung verkauft, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, obwohl der Wortlaut bis auf das letzte Komma mit der zuständigen Behördenspitze abgestimmt war. Behördenspitze, das schließt den damaligen Staatsrat mit ein, der heute der zuständige Senator für diesen Bereich ist.

(Frank Schira CDU: Ist ja auch richtig!)

Inzwischen hat sich bestätigt, was wir und übrigens auch die GAL Ihnen damals prophezeit haben. Die Regelung, dieser neue Paragraf im Ausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz hilft nicht, sie ist nett, aber wirkungslos. In der Baugenehmigung für die Kita in der Reventlowstraße wird dieser Paragraf in seiner ganzen Länge und Breite zitiert – es handelte sich ja nur um einen einzigen Satz, den Sie damals beschlossen haben –, aber das Verwaltungsgericht hat festgestellt, dass dieser einzige Satz offensichtlich nicht taugt, wenn es um die Abwägung unterschiedlicher Interessen geht.

Herr Senator, das ist das Problem, mit dem wir heute umgehen müssen. Sie haben ein Gesetz gemacht, das gleich beim ersten Konfliktfall sang- und klanglos durchfällt. Das ist mehr als peinlich und deshalb habe ich eingangs vom Versagen des Senats an dieser Stelle gesprochen.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt führen wir diese Diskussion um den sogenannten Kinderlärm nicht im luftleeren Raum, sondern aus aktuellem Anlass. Es geht darum, dass zum wiederholten Mal der Träger einer Kindertagesstätte vor das Verwaltungsgericht muss, weil sich Nachbarn gegen die Einrichtung wehren. Dabei geht es nicht darum, mit Fingern auf klagende Nachbarn zu zeigen – wie wir das auch bei der letzten Debatte gehört haben – und ihnen Kinderfeindlichkeit vorzuwerfen. Das ist Unfug.

(Wolfgang Müller-Kallweit CDU: Das hat keiner gesagt!)

Die Nachbarn sind nicht kinderfeindlich, sie denken vermutlich, dass sie in ihrer Ruhe nachhaltig und auf Dauer gestört werden und da haben sie auch recht, denn Kinder sind nicht leise. Nur, das ist ein Interessenkonflikt wie es ihn typischerweise immer wieder einmal in einem Gemeinwesen gibt. Die Allgemeinheit hat ein Anliegen, das der großen Mehrheit auch nützt, aber Einzelnen gerät dies zum Nachteil. Die Aufgabe eines Staates ist es, Regeln zu schaffen, mit denen solche Konflikte gelöst wer-

(Carola Veit)

den. Genau dafür haben und brauchen wir unseren Staat. Oder ganz konkret: Wenn der Staat will, dass es eine umfassende Kinderbetreuung gibt, dass Kita-Plätze entstehen, dass sogar mehr Kita-Plätze eingerichtet werden, dann ist es seine Pflicht und Schuldigkeit, dafür auch die Voraussetzungen zu schaffen und das haben Sie versäumt.

(Beifall bei der SPD)

Wir sprachen eben in der Debatte über das Subsidiaritätsprinzip, das wir aus guten Gründen an vielen Stellen verankert haben. Nicht der Staat soll in erster Linie Sozialleistungen erbringen, sondern dies sollen andere Träger tun, wo immer es möglich ist. Das ist eine gute und bewährte Regel. Aber wenn die Träger die Aufgaben des Staates übernehmen sollen, dann ist es umgekehrt Aufgabe des Staates, die Voraussetzungen dafür zu schaffen und genau dieser Aufgabe versuchen Sie sich bisher zu entziehen. Sie, Herr Senator Wersich, haben an dieser Stelle vor zwei Wochen wirklich noch ein draufgesetzt, als Sie anregten beziehungsweise drohten, bei demografischen Veränderungen die Baugenehmigungen für Kitas vielleicht wieder zurückzunehmen. Einmal ganz abgesehen davon, dass weder das Baurecht noch das Verwaltungsrecht das irgendwie hergeben, was haben Sie eigentlich für eine Vorstellung von dem Umgang mit Trägern.

Die Träger sollen Kredite aufnehmen, sich verschulden, der Allgemeinheit Kita-Plätze schaffen und nach ein paar Jahren kommt dann Senator Wersich und sagt: April, April, ich schließe die Kita wieder. Der Träger ist dann pleite, weil er die Kredite nicht mehr bedienen kann. Ich finde solche Überlegungen genauso dumm wie schäbig, Herr Senator. Das wollte ich an dieser Stelle gerne noch einmal sagen.

(Beifall bei der SPD – *Frank Schira CDU*: Das geht nicht!)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk (unterbrechend): Frau Abgeordnete, ich darf Sie bitten, zum parlamentarischen Sprachgebrauch zurückzukehren.

Carola Veit (fortfahrend): Sehr gern, Herr Präsident.

Das Kinderbetreuungsgesetz, das wir mit Hilfe vieler engagierter Mütter und Väter gegen den Willen der damals allein regierenden CDU in dieser Stadt durchgesetzt haben, hat zur Einrichtung von mehr Kita-Plätzen geführt. Weil es jetzt Rechtsansprüche gibt und auch, weil wir auf Bundesebene einen Teil der Finanzierung stellen, um in Hamburg fast 6000 zusätzliche Krippenplätze in den nächsten Jahren einzurichten, führen Sie diesen Ausbau fort, rühmen sich damit und haben noch weitere

Ankündigungen im Koalitionsvertrag für den Krippenausbau gemacht.

Aber es besteht eben ein Unterschied zwischen gemütlicher Runde in einem Hamburger Hotel öffentlichkeitswirksame Beschlüsse zu fassen

(*Frank Schira CDU*: Das war nicht gemütlich, sondern harte Arbeit!)

oder diese kleinteilig und in den Stadtteilen dann auch umzusetzen und genau hier liegt Ihr Versagen, meine Damen und Herren. Sie sind bis heute nicht in der Lage zu sagen, wo welche Kita-Plätze gebraucht werden. Es gibt bis heute keine tragfähige Kitabedarfsplanung. Ich habe zu diesem Thema diverse Anfragen gestellt und am Ende zur Antwort bekommen, Sie wüssten es auch nicht so genau. Es gebe in verschiedenen Stadtteilen sogenannte Nachfrageüberhänge, aber Genauerer wisse man auch nicht.

Meine Damen und Herren, es tut mir leid, aber das ist jämmerlich.

(Beifall bei der SPD)

Sie sind es, die über alle erforderlichen Daten verfügen. Sie wissen zwar, wo die Eltern und ihre Kinder leben, das können Sie auch verantworten, aber Sie schaffen es nicht, daraus eine vernünftige Bedarfsplanung abzuleiten. Sie denken, das sollen die Freien Träger selbst ermitteln und dann die entsprechenden Kitas anbieten.

Vor einem Jahr haben Sie mir in einer Kleinen Anfrage fein säuberlich aufgelistet, dass in Othmarschen zwar 371 Kinder im Alter von null bis drei Jahren leben, für diese Kinder aber nur 29 Krippenplätze vorhanden sind. Das reicht natürlich hinten und vorne nicht. Das zählen Sie dann zwar notgedrungen, weil ich eine Anfrage stelle, aber Sie bemühen sich nicht, für Abhilfe zu sorgen. Das macht stattdessen ein Freier Träger und richtet dort entsprechend Plätze ein – da freuen wir uns alle – und der droht dann an den Nachbarn zu scheitern, die den Lärm fürchten. Das Einzige, das Ihnen in der letzten Debatte einfiel zu sagen war, vielleicht entscheidet das Obergericht ja anders. Wunderbar.

Das Verwaltungsgericht hat im Fall der Kita in der Reventlowstraße nach Recht und Gesetz entschieden, dass der Widerspruch der Nachbarn gegen die Baugenehmigung eine aufschiebende Wirkung hat, also zurzeit nicht weiter gebaut werden darf, bis die Sache geklärt ist. Daran gibt es nichts rumzukritteln.

Die Annahme, die Ihrem Antrag zugrunde liegt, nämlich dass das Verwaltungsgericht dem Widerspruch gegen die Erteilung einer Baugenehmigung stattgegeben hätte, ist einfach falsch. Möglicherweise sind Sie nicht dazu gekommen, den Gerichtsbeschluss einmal zu lesen, ganz abgesehen davon, dass Ihnen da auch mit der Gewaltenteilung

(Carola Veit)

lung etwas durcheinandergeraten ist und Sie das auch vom Verfahren her nicht begriffen hatten.

(Zurufe von der CDU: Thema, Thema!)

Sie haben die angeblichen Schwachpunkte unseres Gesetzentwurfs bemängelt.

(Thilo Kleibauer CDU: Zu Recht!)

Da mag vielleicht das eine oder andere auch zu treffen.

(Stephan Müller CDU: Ja!)

Das Bessere ist der Feind des Guten und wenn es von Ihrer Seite Vorschläge gäbe, wie unser Entwurf noch besser werden könnte, dann wären wir sicherlich die Letzten, die sich dagegen sperrten.

In Ihrem in drei Wochen sorgfältig erarbeiteten Zusatzantrag lese ich allerdings nur, dass der Senat die Rechtslage auswerten und dann Vorschläge unterbreiten möge. Oha, man sollte meinen, dass ein verantwortlicher Senat dieses ohnehin täte,

(Beifall bei der CDU)

aber wenn Sie Ihrer Regierung nicht trauen, Sie kennen Ihre eigenen Leute besser. Fest steht, für die entsprechenden Regelungen, die dafür sorgen, dass Kitas im Konfliktfall nicht unterliegen, sind wir als Parlament verantwortlich. Es ist unsere Pflicht und Schuldigkeit, die gesetzlichen Voraussetzungen für einen fairen Interessenausgleich zu schaffen. Das haben Sie bisher nicht getan und nur deshalb liegt unser Gesetzentwurf noch einmal vor. Wir können das alles gerne im nächsten Jugendausschuss beraten, wenn Sie dann nicht wieder die Mitarbeit verweigern. Ich will das noch einmal sagen. Bei der letzten Sitzung haben Sie von der CDU und der GAL vorher pressewirksam im "Hamburger Abendblatt" angekündigt:

"Die Jugendpolitiker des schwarz-grünen Senats kündigen an, die Problematik von Kita-Standorten und Lärmschutzmaßnahmen im nächsten Kinder- und Jugendausschuss auf die Tagesordnung zu setzen."

Wir haben das auf die Tagesordnung gesetzt und was ist passiert? Sie haben es im Ausschuss wieder von der Tagesordnung runtergestimmt und wir haben es nicht beraten.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Peinlich! – Michael Neumann SPD: Das kann ich mir ja gar nicht vorstellen!)

Sie haben das Problem bisher verschlafen. Wenn unser Gesetzentwurf jetzt die Grundlage für eine weitere gemeinsame Beratung ist und wir schnell und zügig zu einem guten Ergebnis kommen, dann freuen wir uns. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Das Wort hat Senator Wersich.

Senator Dietrich Wersich: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Veit, ich habe wirklich die Faxen dicke.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Es mag ja sein, dass Sie keine Inhalte haben, aber dass Sie soweit gehen, fortgesetzt zu behaupten, ich hätte etwas gesagt, um sich daran dann hochzuziehen, was nachweislich falsch ist, das kann ich nicht akzeptieren.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Wenn Sie bei den Debatten zuhören würden, dann würden Sie auch den Ernst der Lage erkennen. Ich habe in der letzten Debatte – und es wird davon ein Wortprotokoll geben – gesagt, dass Sie, wenn Sie in dem Gesetz festschreiben, dass ein Vor-Ort-Bedarf notwendig ist, damit eine Kita betrieben werden kann, damit riskieren, dass dann, wenn in dem Viertel nicht mehr so viele Kinder wohnen wie bei der Errichtung der Kita, möglicherweise eine Kita wieder schließen muss. Das ist nicht meine Forderung, sondern das ist die Nebenwirkung Ihres Gesetzes und das habe ich gesagt.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Ich lasse mir hier nicht von Ihnen die Worte im Munde umdrehen. Ansonsten habe ich, glaube ich, vor vierzehn Tagen alles zu dem Thema gesagt, was zu sagen ist.

(Beifall bei der CDU und der GAL – Dr. Andreas Dressel SPD: Unbelehrbar!)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Das Wort hat der Abgeordnete Yildiz.

(Heiko Hecht CDU: Schluss mit den Lügen von der Veddel!)

Mehmet Yildiz DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr Senator, wir haben letzte Woche sehr lange darüber debattiert. Wir haben einen Antrag und einen Zusatzantrag gestellt. Wir reden über Kinderlärm, aber den Lärm, der hier im Saal ist, müsste man einmal messen, wie viel Dezibel der hat. Das kann ich nicht verstehen. Vor allen Dingen die CDU-Kollegen sollten besser einmal zuhören.

(Beifall bei der LINKEN, bei Dr. Monika Schaal und Dr. Martin Schäfer, beide SPD)

Wir sind der Meinung, dass der Antrag sinnvoll ist. Wir haben uns entschieden, dass wir den Antrag an den Kinder- und Jugendausschuss überweisen und darüber diskutieren. Eines muss man deutlich machen – ich habe auch zwei Kinder und in meiner Nachbarschaft spielen tagtäglich über 30 Kinder –,

(Mehmet Yildiz)

von fahrenden Autos fühle ich mich immer gestört, aber über spielende Kinder freue ich mich, dann weiß ich, dass da Leben ist. Wo Kinder keinen Lärm machen, muss man sich fragen, ob diese Kinder überhaupt gesund aufwachsen.

(Robert Heinemann CDU: Dieser Meinung sind wir alle! Was sind Ihre Forderungen?)

– Dann hören Sie einmal zu, was meine Forderung ist.

Deswegen überweisen wir diesen Antrag an den Kinder- und Jugendausschuss. Wir sind der Meinung, dass Kinderlärm privilegiert werden muss und Vorrang hat. Das werden wir im Kinder- und Jugendausschuss gemeinsam diskutieren und haben dann hoffentlich ein gemeinsames Ergebnis, das wir auch hier verabschieden können.

(Beifall bei der LINKEN – Robert Heinemann CDU: Das war ja was richtig Neues! Aber Sie wollten auch noch einmal was gesagt haben!)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Herr Hecht, ich möchte etwas zu Ihrem Zwischenruf bemerken. Auch Sie möchte ich bei Zwischenrufen bitten, sich der parlamentarischen Rede zu bedienen. Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Frau Blömeke hat das Wort.

Christiane Blömeke GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst einmal finde ich es etwas eigenartig, dass die SPD-Fraktion von Versäumnissen spricht. Immerhin hätten Sie einen Blick in den Koalitionsvertrag werfen können.

(Thomas Völsch SPD: Da steht doch nichts drin!)

Dann hätten Sie auf Seite 30 sehen können, dass das Thema Lärmschutz, Lärmgesetz und ein Ordnungsrahmen für Kinderlärm zentraler Punkt des Koalitionsvertrages ist. Dass Sie jetzt ungeduldig werden, kann ich verstehen, aber ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass wir es in Hamburg glücklicherweise bislang mit Einzelfällen zutun gehabt haben. Wir hatten die Kita Marienkäfer und haben jetzt diese medienwirksam, öffentlich bekannt gewordene Kita Reventlowstraße. Ansonsten gab es möglicherweise noch ein, zwei weitere Fälle. Glücklicherweise ist es bislang noch nicht der Normalfall. Jedoch ist jeder einzelne Fall wichtig und bei jedem Einzelfall muss man handeln.

Frau Veit, so wie es dem Senator erging, ging es mir bei den Vorwürfen zum Jugendausschuss. Es ist mühsam, so etwas vor allen Abgeordneten breitzutreten, was bei uns im Jugendausschuss geschehen ist.

(Dirk Kienscherf SPD: Aber interessant! Entlarvend, Frau Blömeke, entlarvend!)

Was dort geschehen ist, wenn Sie es richtig dargestellt hätten, ist, dass sich keiner einer Debatte verweigert hat. Das Einzige, was passiert ist, ist, dass wir einen Sachstandsbericht zur Kita Reventlowstraße eingefordert haben. Das ist das übliche Verfahren, dass man sich vom Senat schildern lässt, was da eigentlich passiert ist. Dann kann man hinterher darüber reden. Dass Sie natürlich immer Ihre Schnellschüsse vorbereiten, ohne vorher den Sachstand zu wissen, das ist Ihr Problem.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Dirk Kienscherf SPD: Frau Blömeke, Sie werden noch nicht einmal rot, wenn Sie so etwas erzählen! Das ist das Erschütternde!)

Ich möchte zu den Schnellschüssen noch eines sagen. Am letzten Sonnabend titelte das "Hamburger Abendblatt" im Hamburg-Teil: "Kita-Streit: Wer schafft endlich Klarheit." Das ist meiner Ansicht nach eine sehr berechtigte Forderung. Wir brauchen dringend Klarheit, aber wir können überhaupt keine Schnellschüsse gebrauchen.

Die Klarheit wird durch die Hamburger Regelung zum Lärmschutz geschaffen werden, die sich die schwarz-grüne Koalition in dem Koalitionsvertrag zum Ziel gesetzt hat. Hier soll und muss auch der Ordnungsrahmen für Kinderlärm mitgeregelt werden. Dieser Ordnungsrahmen ist dann verbindlich für Gerichte, Bezirke und vor allen Dingen für die Kitas, die in der Tat mehr Klarheit und Rechtssicherheit brauchen.

Mit unserem Antrag bringen wir zunächst den vorrangigen Teil dieser Hamburger Regelung zum Lärmschutz auf den Weg. Ich denke, das ist der richtige parlamentarische Vorgang. Wir legen die Verantwortung für diese, wie Herr Müller gesagt hat, diffizilen Ausarbeitungen in die Hände der BSU. Frau Veit, Sie haben gesagt, dass mit der Gewaltenteilung irgendetwas durcheinandergeraten sei. Ich glaube, bei Ihnen ist auch ein bisschen etwas durcheinandergeraten, weil nämlich die Regelungen zum Thema Lärmschutz in der BSU und nicht bei Senator Wersich angesiedelt sind. Deswegen waren auch die Vorwürfe fehl am Platz.

(Beifall bei der CDU)

Was wir auch nicht brauchen, sind diese Schnellschüsse. Die Schnellschüsse hatten wir einmal erlebt durch die Einfügung eines Satzes – ich habe das schon in der letzten Debatte gesagt – durch die damalige CDU-Fraktion im Sozialgesetzbuch. Das hat uns auf den ersten Blick, zumindest in der ersten Instanz vor Gericht nicht weitergeholfen. Wir können gespannt sein, was das Oberverwaltungsgericht macht. Aber wir brauchen auch keinen Antrag der SPD-Fraktion, der in der Sache überhaupt nicht weiterhilft.

(Christiane Blömeke)

(Dr. Monika Schaal SPD: Warum melden Sie das dann hier an?)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Sie fordern in Ihrem Antrag das Rücksichtnahmegebot, aber genau das ist es doch, was in der Kita Reventlowstraße zum Streit geführt hat. Damit kommen wir nicht weiter. Das Rücksichtnahmegebot ist eine Einzelfallentscheidung und genau diese Einzelfallentscheidung führt dazu, dass – wie die Medien es auch richtig ausgedrückt haben – es nach außen hin zu einem Wirrwarr kommt, hier ein Ja, da ein Nein. Einzelfallentscheidungen sind nicht das, was wir brauchen.

Unser Ziel muss es sein, eine solide Grundlage zu schaffen, damit wir gerichtliche Auseinandersetzungen zwischen Kitas oder Kita-Trägern und Nachbarn vermeiden. Das muss sorgfältig und auch unter Heranziehung des geltenden Bundesrechts geprüft und erarbeitet werden. Bevor wir so etwas Halbherziges vorlegen, ist es in der BSU richtig angesiedelt.

In einem möchte ich Frau Veit recht geben.

(Carola Veit SPD: Das brauchst Du nicht!)

Wir müssen uns klar machen, dass wir in Hamburg vor einer großen Herausforderung in der Kindertagesbetreuung stehen. Die Herabsenkung des Rechtsanspruches durch Schwarz-Grün auf das zweite Lebensjahr, das kostenfreie Vorschuljahr und die immer stärkere Inanspruchnahme der Vereinbarkeit von Familie und Beruf macht es notwendig, dass wir mehr Kita-Plätze brauchen. Der Mehrbedarf an Kita-Plätzen deckt sich aber nicht mehr aus dem Bestand, glücklicherweise kann man sagen, weil diese Entwicklung positiv ist. Es müssen neue Kitas entstehen und für meine Fraktion ist es ganz klar, dass diese Kitas in Wohngebiete gehören oder möglicherweise auch Schulen angegliedert sein müssen, aber keinesfalls irgendwo abseits in Gewerbegebiete gehören. Wir brauchen also Klarheit, damit der Ausbau in der Kindertagesbetreuung ungehindert voranschreiten kann. Jede Kita, die neu entsteht, ist ein positives Zeichen unserer Gesellschaft und aus meiner Sicht übrigens auch das Lachen, Schreien, Toben und auch das Lautsein der Kinder.

(Beifall bei der GAL und bei Wolfgang Beuß CDU)

Aber es ist ganz wichtig: Kitas brauchen Sicherheit bei Planung und Betrieb. Was sie überhaupt nicht brauchen können, sind Steine, die ihnen in den Weg gelegt werden oder die sie erst aus dem Weg räumen müssen. Ein Freibrief für die Kitas ist das aber noch lange nicht. Selbstverständlich haben Kita-Träger auch Pflichten. Das hatten wir letztes Mal schon gesagt. Dazu gehören auch die von der SPD-Fraktion in ihrem Antrag angemahnten Maßnahmen zur Lärminderung, das Minimierungsgebot.

Debatten über Kinderlärm können auch etwas Positives haben, denn vielleicht kommt jetzt der eine oder andere Hamburger Bürger dazu nachzudenken, ob Kinderlärm wirklich mit Verkehrslärm, mit Güterzügen, die durch die Stadt donnern, mit vierspurigen Straßen, mit Flugzeugen im Landeanflug, mit Baulärm oder sonstigem Umgebungslärm gleichzusetzen ist. Möglicherweise reift dann auch die Erkenntnis, dass Kinderlärm weniger Stress verursacht als der eben genannte Umgebungslärm. Vielleicht wächst so auch die Toleranz gegenüber Kinderlärm.

Doch solange das alles Zukunftsmusik ist, brauchen wir den von uns beantragten Regelungsvorschlag, der Kinderlärm gegenüber Gewerbelärm privilegiert und damit die größere Sicherheit für die Planung und den Betrieb von Kitas gibt. Nur dann können wir die Kindertagesbetreuung weiter vorantreiben. Aber der Senat ist hier auf einem guten Weg und die schwarz-grüne Regierung hat durch ihren Antrag deutlich gemacht, wie wichtig uns das Thema ist.

Was Sie unterstellen, Frau Veit, dass man sich einer Diskussion verweigert, ist so etwas von haltlos, denn dann hätten wir dieses Thema nicht angemeldet und würden nicht im Ausschuss darüber debattieren.

(Carola Veit SPD: Weil Sie Panik haben!)

Ich möchte noch einmal appellieren, dass eigentlich auch der Umweltausschuss an dieser Debatte beteiligt werden muss, denn da ist das Thema richtig angesiedelt.

(Carola Veit SPD: Der war eingeladen!)

Von daher sollten wir überlegen, ob wir es zumindest mitberatend auch noch in den Umweltausschuss überweisen. Sie wollten es erst einmal nur in den Familienausschuss überweisen.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksachen 19/1023 und 19/1098 an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind die Drucksachen 19/1023 und 19/1098 einstimmig an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss überwiesen worden.

Tagesordnungspunkt 7, Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Genehmigungsvoraussetzungen und Förderung von Ersatzschulen.

[Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Genehmigungsvoraussetzungen und Förderung von Ersatzschulen]

(Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk)**– Drs 19/888 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Schulausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Frau Heyenn, Sie haben das Wort.

Dora Heyenn DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die SPD hat ihre Große Anfrage zur Genehmigungsvoraussetzung und Förderung von Ersatzschulen heute zur Debatte angemeldet und wir begrüßen, dass wir das im Schulausschuss eingehender diskutieren können.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Die Linksfraktion! Sie haben SPD gesagt!)

– Entschuldigung.

Um eventuellen Vorurteilen vorzubeugen: Wir haben diese Große Anfrage nicht gestellt, um deutlich zu machen, dass wir gegen Privatschulen sind. Das ist überhaupt nicht der Fall. Uns geht es um die Bedingungen. Es gibt rechtliche Genehmigungsrahmenbedingungen, die eingehalten werden müssen und die werden in Hamburg doch sehr großzügig gehandhabt. Von daher sagen wir natürlich auch, dass ein Privatschulensystem nicht das öffentliche Schulsystem gefährden darf, aber wir sind durchaus dafür, dass Privatschulen genehmigt werden, aber dann auch in dem vorgegebenen Rahmen.

In Hamburg werden die Finanzhilfen durch die durchschnittlichen Personalkosten, den Sachkostenanteil und die kalkulatorische Miete ermittelt. Wir haben zu den Antworten, die wir bekommen haben und noch viel mehr zu den Antworten, die wir nicht bekommen haben, eine Menge Fragen. Es ist zum Beispiel überhaupt nicht angegeben, wie viel Prozent der kalkulatorischen Miete mit in die Finanzhilfe einfließt. Das handhabt jedes Bundesland anders. Baden-Württemberg ist zum Beispiel in dem Punkt sehr rigoros.

Was uns besonders bedenklich stimmt, ist, dass die Finanzhilfe, die für Ersatzschulen in Hamburg geleistet wird, weit über dem Betrag liegt, den das Bundesverfassungsgericht als untere Grenze vorgesehen hat. Der gesetzliche Rahmen der Untergrenze beträgt 60 Prozent. 2004 lag er in Hamburg bei 65 Prozent, 2008 ist er auf 77,5 Prozent hochgeschwungen und vorgesehen ist, die Finanzhilfe für Ersatzschulen bis 2011 in 2,5-Prozent-Schritten auf 85 Prozent hochzusetzen. Das möchten wir einmal kritisch hinterfragen, ob das im Sinne des Erfinders ist. Definiert ist eigentlich auch, dass Privatschulen, die wirtschaftlich bedürftig sind, Hilfen bekommen und dass sie bestimmt keine Gewinne damit machen sollen. Deswegen hat die Senatorin sinnigerweise, was wir sehr unterstützen, den Antrag der Phorms AG abgelehnt.

Nach Artikel 7 Absatz 4 des Grundgesetzes müssen private Schulen, wenn sie Ersatz für öffentliche

Schulen sind, genehmigt werden. Sie müssen unter anderem das Sonderungsgebot berücksichtigen. Das heißt, die Schüler dürfen nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht am Besuch der Ersatzschule gehindert werden, indem eine Sonderschule nach sozialen Gesichtspunkten stattfindet. Das hat natürlich etwas mit dem Schulgeld zu tun. Auch da haben wir in Hamburg ein besonderes Problem.

Am 9. März 1994 hat das Bundesverfassungsgericht beschlossen, dass 170 bis 190 D-Mark Schulgeld noch als verfassungskonform gewürdigt werden kann und es nicht dazu beiträgt, dass die Sonderschule gefördert wird. Das hat ein Verwaltungsgericht in Baden-Württemberg im Jahre 2000 fortgeschrieben auf die Preis- und Kaufkraftentwicklungen und hat festgestellt, dass 133 Euro der Betrag ist, den man als Schulgeld festsetzen kann, ohne dass das verfassungswidrig sei.

In Hamburg hat der Senat vor einigen Monaten gesagt, bei ihm liege die Grenze bei 200 Euro. Das ist ein großer Unterschied. Das müsste noch einmal diskutiert und erklärt werden. Obwohl der Senat selbst gesagt hat, dass 200 Euro die Grenze sei und alles, was darüber liegt als verfassungswidrig betrachtet werden muss, erhalten in Hamburg elf Schulen Fördermittel, obwohl sie darüber liegen. Das, denke ich, muss auch einmal überlegt werden, inwiefern das überhaupt genehmigt werden konnte und was man im Nachhinein tun kann.

Alle Ersatzschulen müssen Freiplätze anbieten. Das steht auch in den Verträgen, aber wir haben bisher keine Antwort darauf bekommen, ob es wirklich kontrolliert wird, dass Freiplätze vergeben werden und da hegen wir einen gewissen Zweifel.

Was uns des Weiteren im Rahmen von Ersatzschulen besonders interessiert und wo man auch wegen der Arbeitskräfte nachhaken muss, ist die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte. Da gibt es zunächst die Frage nach dem Gehalt. Wir haben bei den Anfragen, die wir gestellt haben – und wir haben sie schon so gestellt, dass wir keine Ergebnisse von Einzelschulen haben wollten –, keine einzige Zahl erhalten. Es wird lediglich darauf hingewiesen, dass in dem Rahmen vergleichbar gezahlt werden muss, aber wir kennen einige Fälle aus Ersatzschulen, dass dort Lehrkräfte mit voller Stundenzahl arbeiten und ein Bruttogehalt von 1500 Euro haben. Wenn das der Fall ist, dann müsste man solche eine Genehmigung zurückziehen und da müsste man viel mehr prüfen. Es gibt für die einzelnen Verträge Vertragsmuster. Es reicht also, wenn ein Träger Vertragsmuster für die Verträge, die er mit den Lehrkräften machen will, einreicht. Aber es wird nie überprüft, ob diese Vertragsmuster auch wirklich eingehalten werden.

Was sind eigentlich Lehrkräfte in Ersatzschulen? Wie sind die fachlichen und pädagogischen Min-

(Dora Heyenn)

destanforderungen? Aus der Antwort auf unsere Große Anfrage geht hervor, dass neben dem ersten und zweiten Staatsexamen, was schon sehr beruhigend ist, auch noch andere Leistungen als gleichwertig angesehen werden. Aber welche Qualifikationen das sind, wird nicht aufgeführt. Da müsste man, wenn Ersatzschulen pädagogisch vergleichbar arbeiten sollen, nähere Auskünfte bekommen. Eigentlich ist es üblich, wenn öffentliche Gelder vergeben werden, dass dann immer wieder überprüft wird, ob die Gelder ordnungsgemäß verwendet wurden. Der Landesrechnungshof hat das Recht, Ersatzschulen zu prüfen. Wir haben gefragt, wie oft das vonstatten gegangen ist. Es ist noch kein einziges Mal geprüft worden und das bemängeln wir. Ich denke, da werden wir hier Konsens finden, dass das durchaus sein müsste, allein deswegen, um den Ruf der Privatschulen nicht zu gefährden.

(Beifall bei der LINKEN)

Nun sind mir – das hat mich sehr erstaunt – die Unterlagen der Internationalen Schule Hamburg in die Hände gefallen. Die hat ungefähr 600 Schüler und erhält von der Freien und Hansestadt Hamburg pro Jahr 1,176 Millionen Euro. Darüber hinaus ist es so, dass alle, die ihr Kind in dieser Schule anmelden, zum Beispiel für die erste Klasse 8550 Euro im Jahr und für die elfte bis zwölfte Klasse pro Jahr 16 600 Euro zahlen müssen. Dazu kommen eine Aufnahmegebühr von 1000 Euro und eine Einlage von 5250 Euro, die nicht ersetzt wird. Da frage ich mich, warum eine Schule, die erstens gegen das Sonderungsverbot verstößt und zweitens derartig hohe eigene Mittel hat, solche Beträge von der Freien und Hansestadt Hamburg bekommen muss, um als Schule zu existieren. Da habe ich doch den Verdacht, dass da genau das gemacht wird, was nicht gemacht werden soll, nämlich dass damit Gewinn erzielt wird und das kann niemandes Interesse sein und ist auch gesetzeswidrig.

Wir werden dementsprechend Anträge im Schulausschuss einbringen. Ein Antrag, dass noch einmal ausdrücklich die Gemeinnützigkeit festgeschrieben wird im Hamburgischen Gesetz, dass die Schülerkostensätze, wenn sich nicht gravierende neue Erkenntnisse ergeben, unserer Auffassung nach gesenkt werden müssten. Wir finden allerdings auch, dass das Schulgeld, das bisher keinerlei Anrechnung auf die Finanzierung von Privatschulen findet, angerechnet werden müsste, weil die öffentlichen Gelder – das erzählen Sie uns ja immer – sehr knapp sind. Wir hatten vorhin gerade die Diskussion über Studiengebühren. Mit diesen Geldern muss sehr sorgsam umgegangen werden und das Schulsystem darf auch keinen Schaden nehmen. – Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat der Abgeordnete von Frankenberg.

Egbert von Frankenberg CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch wir sind an einer Verbesserung in diesem Bereich interessiert. Wir sind auch gerne bereit, mit Ihnen im Ausschuss noch weiter darüber zu sprechen. Ansonsten ist das durchaus eine ganz ordentliche Anfrage. An sich überraschen Sie mich immer wieder, was Ihre Anfragen angeht. Denn ich erwarte von Ihnen irgendwie immer ein bisschen ideologischere Sachen. Das ist recht sachlich, das hatte ich gar nicht so erwartet.

(Lachen bei der SPD)

Das muss ich einmal ganz ehrlich sagen.

Ansonsten kann ich auf jeden Fall feststellen, dass sich mit dem unter CDU-Führung beschlossenen Gesetz über die Schulen in freier Trägerschaft die wirtschaftliche Basis der Hamburger Ersatzschulen bereits nachhaltig verbessert hat. Das ist bereits ein großer Erfolg. Unsere Ziele waren mehr Gerechtigkeit und bessere Vergleichbarkeit. Da sind wir in Hamburg in den letzten Jahren schon einen ganz großen Schritt vorangekommen.

Die Erhöhung der Finanzhilfen hat sich auch konkret ausgewirkt, sie hatten die Zahlen genannt. Wir sind in 2004 bei 65 Prozent der Jahresschülerkosten gestartet, liegen mittlerweile bei 77,5 Prozent und streben 85 Prozent an. Das ist eine deutliche Verbesserung für die Schulen in privater Trägerschaft, das muss man ganz klar feststellen. Ansonsten hatte sich mir manches von dem, was Sie an Fragen und Bedenken hatten, nicht so ganz erschlossen. Aber das im Detail zu diskutieren, dazu werden wir dann im Ausschuss die Möglichkeit haben. Ich will nur noch einmal darauf hinweisen, dass es nicht nur um die Schülerjahreskosten geht. Wir haben auch im Rahmen des Sonderinvestitionsprogramms über 10 Millionen Euro in dem Bereich investiert, unter anderem 4 Millionen für den Ganztagschulausbau. Also die Investitionsmittel sind erheblich aufgestockt worden und das betrifft nicht nur wenige Schüler, sondern es sind in etwa 20 000 Schülerinnen und Schüler. Man muss aber die Verhältnismäßigkeit sehen. Es sind immer noch unter 10 Prozent, daher ist es auch keine Bedrohung für die staatlichen Schulen oder Ähnliches. Sondern ich würde es eher im Gegenteil sehen: Es ist Wettbewerb und ein bunteres Angebot. Ich empfinde das als große Bereicherung für unsere Hamburger Schullandschaft. Insofern ist jede Form von Misstrauen oder Beäugen unangebracht. Aber das haben Sie auch gar nicht gemacht. Ich denke aber, gerade auch für die staatlichen Schulen ist es gut, wenn man einen Mitbewerber hat. Es gibt viele Impulse, die aus dem Bereich kommen, die durchaus wertvoll sind.

(Egbert von Frankenberg)

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass die Ersatzschulen unter staatlicher Aufsicht stehen. Da besteht kein rechtsfreier Raum oder irgendetwas Derartiges. Wenn es Hinweise gibt, dass dort Dinge laufen, wie man sie sich vielleicht nicht vorstellt, dann wird das natürlich von den zuständigen Schulaufsichten ernst genommen und dem wird nachgegangen. Wobei mir dort aus der letzten Zeit keine relevanten Fälle bekannt sind. Insofern gehe ich davon aus, dass das recht gut funktioniert. Hinzu kommt, dass ein sehr aufwendiges Prüfverfahren greift, wenn neue Schulen zugelassen werden. Es wird sehr genau geschaut, wer dort kommt und was dort gemacht wird. Wir halten das für ganz wichtig, dass dort eine sehr gründliche Prüfung stattfindet, die sehr gewissenhaft durchgeführt wird. Gerade der Bereich der Sonderung über Einkommen, den Sie angesprochen haben, ist ein ganz wichtiger Prüfungspunkt, denn das ist gerade nicht gewünscht. Folglich sehe ich die Bedenken, die Sie vorgetragen haben, nicht so, wie Sie sie dargestellt haben.

Auf jeden Fall wollen wir die Belastungen gerecht verteilen. Die Einzelfälle können wir uns natürlich noch einmal genauer darstellen lassen.

Feststellen möchte ich, dass alle seit 2004 genehmigten Ersatzschulen eine Reihe von Ermäßigungsmöglichkeiten vorsehen. Besonders die Geschwisterregelungen liegen uns immer sehr am Herzen. Sie haben jetzt den Bereich der höheren Beiträge genannt. Man muss aber auch darauf hinweisen, dass es Schulen gibt, die ganz auf Beiträge verzichten oder nur sehr moderate Beiträge haben.

(Wilfried Buss SPD: Das ist egal!)

Das muss man dabei auch sehen. Ansonsten schwebt immer die Behauptung darüber: Privatschulen nur für Reiche – der Rest in die staatlichen Schulen. Ich möchte aber gerade dieser Behauptung vehement widersprechen, weil das im Grunde genommen eher eine sich selbst erfüllende Prophezeiung werden kann. Es gibt natürlich, wie das immer so ist, solche und solche Schulen. Aber insgesamt haben wir in Hamburg sehr gute staatliche Schulen. Auch da gibt es Wettbewerb. Aber es gibt auch bei den privaten Schulen Schulen, bei denen ich sagen würde: Das Konzept überzeugt mich nicht, da würde ich meine Kinder nicht hinbringen. Letztendlich ist das eine individuelle Entscheidung, die man trifft. Daher ist das insgesamt eine gute Sache.

Abschließend möchte ich festhalten, dass wir in den letzten Jahren viel für die Hamburger Schulen in freier Trägerschaft erreichen konnten, zum Beispiel mehr Gerechtigkeit und bessere Vergleichbarkeit. Das wird so weitergehen und ich bin fest davon überzeugt, dass die staatlichen Schulen den Wettbewerb nicht fürchten müssen.

(Beifall bei der CDU und bei Dr. Eva GümbeL GAL)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat die Abgeordnete Ernst.

Britta Ernst SPD:* Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wir sind knapp mit der Redezeit. Deshalb möchte ich nur einige wenige Anmerkungen machen. Wir haben auch Gelegenheit, im Schulausschuss weiter zu diskutieren.

Ich will für meine Fraktion sagen, dass wir die Entwicklung ein wenig mit Sorge sehen. Wir haben seit 2001 eine sehr große Zunahme an Privatschulen auch in Hamburg. Ich glaube, dass viele Eltern aus Sorge um das öffentliche Schulwesen diese Entscheidungen treffen. Das müssen wir ernst nehmen, weil unser Interesse ist, ein öffentliches Schulsystem zu haben, in dem sich Kinder und Jugendliche aller gesellschaftlichen Schichten begegnen. Ich bin nicht sicher, ob diese Geschichte gut ausgeht, das will ich ganz deutlich sagen. Wenn die Entwicklung so weitergeht, verändert sich unsere Gesellschaft sehr. Da will ich auch noch einmal an die Regierungskoalition gerichtet sagen: Es macht keinen Sinn, sich für längeres gemeinsames Lernen in der Perspektive zu loben, wenn man weiß, dass ein großer Teil der Mittelschicht am Frühstückstisch überlegt, die Kinder an einer Privatschule anzumelden.

(Beifall bei Karin Timmermann SPD)

Dann haben wir etwas verloren, was sehr wichtig für unsere Gesellschaft ist.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Ansonsten freue ich mich, die Details im Schulausschuss besprechen zu können. Man sieht sehr deutlich, dass Sie sich wohl über Genehmigungen in der Vergangenheit Gedanken gemacht haben. Aber bei der Frage, was eigentlich passiert, wenn eine Schule einmal genehmigt ist, tauchten Abgründe auf. Ich glaube, die konnten dann machen, was sie wollten. Unser Interesse ist es, dass Schulen dann nicht seltsame Pädagogik oder Indoktrination erledigen. Wenn eine Schulbehörde nicht einmal sagen kann, wie viele Schulen in freier Trägerschaft Ganztagschulen sind, dann überzeugt mich das nicht. Zur Schulaufsicht werden wir im Ausschuss nachfassen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat der Abgeordnete Gwosdz.

Michael Gwosdz GAL: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich verkneife mir einmal

(Michael Gwosdz)

nicht – weil ich heute schon mehrmals genannt wurde –, darauf hinzuweisen, dass man meinen Namen "Gwoodtz" ausspricht, das für die nächsten Anreden.

Ich möchte eigentlich nur ein paar Worte sagen, weil Herr Frankenberg schon viel gesagt hat, die Senatorin gleich noch spricht und wir das Ganze im Schulausschuss noch weiter diskutieren werden. Eins vorweg: Die Sorge von Frau Ernst hat eine gewisse Berechtigung und es ist völlig klar, dass in der jetzigen Situation, in der sich vieles verändert und aufbricht, Eltern auch über die Option nachdenken und diskutieren, ihre Kinder eventuell auf eine Privatschule zu geben. Wenn ich die Zukunft nicht genau im Detail kenne, ist das völlig legitim, mich auf dem Markt umzusehen.

Schulen in freier Trägerschaft sind aus unserer Sicht auch ein Element der Zivilgesellschaft, das ganz normal dazugehört. Jede Gründung und jede Debatte über eine private Schule sind ein Ausdruck aktiven bürgerlichen Engagements und ein Stück gelebter Demokratie, wobei es dabei nicht um die Privatisierung von Schulen und von Bildung geht, sondern die Ersatzschulen an der Erfüllung des öffentlichen Auftrags teilnehmen und teilhaben, den Zielen der Schulgesetze verpflichtet sind und sich im Erreichen dieser Ziele genau wie die staatlichen Schulen dem Qualitätswettbewerb stellen müssen.

Ein paar Worte zu dem, was Frau Heyenn gesagt hat: Das Verwaltungsgerichtsurteil hat nicht gesagt, maximal 133 Euro monatliches Schulgeld, sondern ein durchschnittliches monatliches Schulgeld in Höhe von 133 Euro sei als verfassungsrechtlich unbedenklich einzustufen. Ein Durchschnitt heißt immer, es gibt etwas darüber und es gibt auch etwas darunter.

Was immer wieder diskutiert wird, ist die Frage des Sonderungsverbots. Mir passiert auch immer gerne der Fehler, zu sagen, es sei ein Sonderungsgebot. Aber eigentlich ist es das Sonderungsverbot. Natürlich führt die Erhebung von Schulgeld zu gewissen sozialen Hürden. Deswegen gibt es die Verpflichtung der öffentlichen Hand zur Finanzierung der Ersatzschulen. Für die Schülerinnen und Schüler müssten wir, wenn sie nicht an den Ersatzschulen wären, zu vollen 100 Prozent in den staatlichen Schulen ohnehin aufkommen. Insofern ist es richtig und wichtig, die Kosten pro Schüler anteilig zu finanzieren. Herr von Frankenberg hat schon gesagt, dass wir diesen Anteil auf 85 Prozent erhöhen. Wenn man sagen will, es gibt einige Ersatzschulen, die das komplett ohne Schulgeld machen, dann ist dabei tatsächlich die Frage, wie sie es schaffen, bei 85 Prozent perspektivisch anteiliger Finanzierung auf das Schulgeld zu verzichten. Wenn es dann mit schlechterer Bezahlung der Lehrkräfte einhergeht, darf das auch nicht sein. Wäre dann Ihre Konsequenz, die anteilige Finan-

zierung auf 100 Prozent zu erhöhen? Das sind alles Fragen, die wir im Schulausschuss diskutieren müssen. Wie kann man die Ersatzschulen als Teil der Bildungslandschaft in Hamburg einordnen und weiterhin mitfinanzieren als ein Angebot neben vielen und mit dem Blick auf das Sonderungsverbot sehen, dass wir das in Hamburg auch einhalten? Da zeigt die Vergangenheit, dass die Behörde auch in den letzten Genehmigungsverfahren nicht gesagt hat, die Kriterien stünden nur auf dem Papier und genehmigt würde jeder Antrag. Wir haben gesehen, dass Anträge auch zurückgewiesen werden, mit dem Hinweis auf das Sonderungsverbot. Insofern freue ich mich auf die Fortsetzung der Diskussion im Ausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Frau Senatorin Goetsch.

Zweite Bürgermeisterin Christa Goetsch: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Ordnung der Schulen in freier Trägerschaft – und ich spreche von den Ersatzschulen, denn die Internationale Schule gehört zu den Ergänzungsschulen, aber über die unterschiedlichen Voraussetzungen werden wir im Ausschuss noch einmal sprechen – ist seit der Weimarer Verfassung unverändert und steht nicht zur Disposition im Landesgesetz. Schulen in freier Trägerschaft zu gründen, ist ebenso ein Bürgerrecht, wie auch Kinder in diese zu schicken. Ich glaube, dieses Bürgerrecht wird der Senat selbstverständlich auch weiterhin achten und verteidigen. Die Schulen in freier Trägerschaft – das gehört auch zu der grünen Programmatik – gehören zur pluralen Schullandschaft des öffentlichen Schulwesens.

(Beifall bei Robert Heinemann, Dr. A. W. Heinrich Langhein, beide CDU und Antje Möller GAL)

Es ist in der Sache darin begründet, dass im Rahmen der Rechtsordnung besondere weltanschauliche und pädagogische Wünsche der Eltern auch in einem Schulwesen in freier Trägerschaft zum Ausdruck kommen sollen. Der Staat ermöglicht dies, indem er die Schulen in freier Trägerschaft materiell ähnlich ausstattet wie die staatlichen, also sie auch zu wesentlichen Teilen finanziert.

Jetzt möchte ich einmal mit einem Vorurteil aufräumen, weil ich die monate- und ja sogar jahrelange Auseinandersetzungen schon geführt habe um die Frage, wie viel Schulen in freier Trägerschaft tatsächlich bekommen sollen. Die älteren Kollegen – in Anführungszeichen – unter Ihnen wissen, wie viele Schulausschusssitzungen, öffentliche Anhörungen wir dazu im Jahre 2000 und 2001 schon geführt haben. Es ist so, dass man bei diesen 60 Prozent, von denen Sie sprachen, Frau Heyenn, in anderen Bundesländern immer wieder ver-

(Zweite Bürgermeisterin Christa Goetsch)

gisst, dass dort noch Unterstützung von den Kommunen dazukommt und diese Statistiken einfach hinken, wenn Hamburg verglichen wird mit Flächenländern, in denen die kommunalen Ebenen zusätzliche Gelder geben. Das ist der Punkt, das sollten wir dann im Ausschuss im Detail besprechen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Doch auch, wenn Schulen in freier Trägerschaft andere Wege gehen dürfen, müssen sie es den Schülerinnen und Schülern ermöglichen, dass sie dasselbe Bildungsziel erreichen können wie die Schülerinnen und Schüler in den entsprechenden staatlichen Schulen. Dazu hat der Senat den gesetzlichen Auftrag, die Anträge zur Genehmigung eben dieser Schulen in freier Trägerschaft genau zu überprüfen. Das tun wir und das gilt auch für den laufenden Betrieb dieser Schulen. Ich will noch einmal ganz bewusst die zentralen Kriterien benennen, weil das wichtig ist, um die vielen auch in den Medien traktierten Missverständnisse oder Behauptungen aufzuklären. Die Lehrkräfte müssen eine vergleichbare Qualifikation haben und ihr rechtlicher und wirtschaftlicher Status muss gesichert sein.

(Dora Heyenn *DIE LINKE*: Was heißt gesichert?)

Es müssen 75 Prozent aller Lehrerinnen und Lehrer ein erstes und zweites Staatsexamen haben und jeder andere Einzelfall, bei dem das nicht zutrifft, wird in der Behörde geprüft. Zudem muss der Betrieb der Schule in geeigneten Räumlichkeiten stattfinden. Das ist sehr wichtig, dass sie nicht im Zelt oder in irgendeiner Butze Schule betreiben können. Das heißt, es müssen Fachräume vorhanden sein, um entsprechenden Unterricht zu machen. Auch das ist ein zentrales Kriterium, das zu einer Genehmigung oder Nichtgenehmigung führt. Und es darf keine nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten abgeschotteten Privatschulen geben. Das bedeutet – jetzt kommen wir zu dem ganz zentralen Punkt des Sonderungsverbots: Der Senat ist verpflichtet, insbesondere das Sonderungsverbot streng zu kontrollieren. Das Schulgeld darf eine finanzielle Höhe nicht überschreiten – da sind wir hier bei 200 Euro – und es muss durch sozial gestaffelte Gebühren, Stipendien, Gebührenerlasse oder Freiplätze gewährleistet sein, dass die Eltern mit geringerem Einkommen Kinder an diesen Schulen anmelden können. Die elf Ersatzschulen, die dem nicht entsprechen, müssen Freiplätze, Stipendien und so weiter zur Verfügung stellen. Das ist die Kompensation.

Jetzt geht es um die Frage, wie kontrolliert wird? Der Senat muss eine Schulaufsicht dafür installieren und diese Aufgabe nimmt an Bedeutung zu, weil immer mehr neue Schulträger auf den Markt drängen. Deshalb haben wir die Schulaufsicht verstärkt. Wenn es nicht funktioniert und die Kriterien

nicht erfüllt werden, dann gibt es Auflagen. Auch das ist bekannt. Das ist notwendig, weil wir die Verantwortung für die Kinder tragen. Ebenso haben wir dafür Sorge zu tragen, dass die wachsende Finanzhilfe für Schulen in freier Trägerschaft – da sind wir bei einem weiteren Punkt, Frau Heyenn – zweckentsprechend verwendet wird und nicht etwa privates Vermögen daraus gebildet wird. Auch diese Kontrollaufgabe nimmt zu, weil Antragsteller auftreten, bei denen entweder diese nötige Qualität des Unterrichts nicht gewährleistet wird, das Sonderungsverbot verletzt wird oder auch die Verwendungsbedingungen der Verfassung und des hamburgischen Rechts nicht eingehalten werden. Wenn die Schulbehörde solchen Antragstellern das Recht auf das Betreiben einer Schule verweigert, ist das trotzdem kein Argument gegen die Privatschulfreiheit, sondern zeigt nur, dass die staatliche Aufsicht ihre Aufgabe erfüllt.

Wir werden in Zukunft die Schulen in freier Trägerschaft weiterhin unterstützen. Sie sind Bestandteil der pluralen Bildungslandschaft und geben pädagogische Anstöße für das staatliche Schulwesen. Wir finden viele Elemente in den Grundschulen, die vorher in privaten Grundschulen entwickelt worden sind und übernommen wurden. Trotzdem möchte ich noch einmal betonen, dass der Senat im Zuge der Koalitionsvereinbarung eine Schulfensive startet, um auch im staatlichen Schulwesen mehr attraktive und bessere Angebote zu ermöglichen. Ich kann es verstehen, wenn Eltern ihre Kinder an Schulen in freier Trägerschaft anmelden, weil sie sich dort moderne Pädagogik erhoffen. Das ist gerade im Rahmen auch der "Schulen unter dem Kirchturm" passiert. Moderne Reformpädagogik, jahrgangsübergreifendes Arbeiten, Ganztagschulpädagogik, keine Trennung nach Klasse 4 – das sind alles attraktive Angebote. Aber das möchten wir auch für die staatlichen Schulen erreichen. In Zukunft soll auch keiner gezwungen sein, sein Kind auf eine private Schule schicken zu müssen, weil er nicht das besondere pädagogische Profil bei den staatlichen Schulen findet. Deshalb ist es wichtig, dass wir kostenlose qualitativ gute Schulbildung allen Kindern und Jugendlichen unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern ermöglichen. Das ist eine schätzenswerte gesellschaftliche Errungenschaft. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL, der CDU und bei Wolfgang Rose SPD)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 19/888 an den Schulausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Drucksache 19/888 einstimmig an den Schulausschuss überwiesen worden.

(Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 13 auf, Drucksache 19/1000, Antrag der SPD-Fraktion: Alle Hamburger Kinder sollen schwimmen lernen – Schwimm-Offensive für Hamburgs Schulen.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Alle Hamburger Kinder sollen schwimmen lernen – Schwimm-Offensive für Hamburgs Schulen
– Drs 19/1000 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 19/1105 ein Antrag der Fraktion DIE LINKE vor.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Schwimm-Offensive für Hamburgs Schulen
– Drs 19/1105 –]**

Die SPD-Fraktion möchte die Drucksache 19/1000 an den Schulausschuss überweisen. Für die Drucksache 19/1105 liegt ein Überweisungsantrag der Fraktion DIE LINKE ebenfalls an den Schulausschuss vor. Wird das Wort gewünscht? – Herr Rabe hat das Wort.

Ties Rabe SPD:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit den Schwimmkünsten der Hamburger Kinder steht es nicht zum Besten, aber das fällt erst beim zweiten Blick in die Statistik auf. Warum? Bei unserem schönen Unterwasserthema trübt das Seepferdchen den Blick auf die Realität. Dieses Abzeichen wurde nämlich eingeführt, um Kindern Mut zu machen. Sie müssen dazu 25 Meter irgendwie im Wasser vorankommen ohne zu ertrinken. Das ist ein Anfang, aber man ist damit noch lange kein Schwimmer. Deswegen sagt die DLRG auch ganz klar: Wer das Seepferdchen hat, ist noch kein Schwimmer, sondern ein Nichtschwimmer. Schwimmer ist man dann, wenn man das Bronze-Abzeichen schafft. Wie viele Kinder schaffen das eigentlich in Hamburg?

(Wilfried Buss SPD: Zu wenig!)

Am Ende der vierten Klasse kann ein Drittel der Hamburger Schüler nicht schwimmen. Am Ende der sechsten Klasse können 16 Prozent der Hamburger Schüler nicht schwimmen. Was besonders Sorgen macht: Selbst beim Schwimmen zeigt sich die soziale Spaltung der Stadt. Beispielsweise in Wilhelmsburg – ausgerechnet die Elbinsel sozusagen – können 70 Prozent der Kinder am Ende der vierten Klasse nicht schwimmen.

(Jörn Frommann CDU: Darüber können wir gerne einmal reden, woher das kommt!)

In Volksdorf und Sasel dagegen können 20 Prozent am Ende der vierten Klasse nicht schwimmen. Alle anderen haben bereits das Bronze-Abzeichen. Die Schulen mit den meisten Nichtschwimmern liegen in den Stadtteilen Billstedt und Wilhelmsburg und die mit den besten Schwimmergebnissen in

Rotherbaum, Flottbek, Volksdorf und Sasel. Wir sagen deshalb: Die Schule muss dafür sorgen, dass alle Kinder in Hamburg vernünftig schwimmen können.

(Beifall bei der SPD und bei Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE)

Wie kann das gelingen? Sicherlich nicht so, wie der Senat bisher gehandelt hat. Anstatt den Schwimmunterricht zu verstärken, hat der Senat den Schwimmunterricht um mindestens 25 Prozent, vermutlich sogar um 30 Prozent gekürzt. Und dann die Sache mit den Lehrschwimmbecken – ich habe leider nur fünf Minuten, deswegen haben Sie Glück. Ich erspare Ihnen das meiste.

(Zuruf von der CDU: Danke, danke!)

Aber ich will zwei Beispiele nennen. Die Gemeinde Wentorf hat eine Grundschule und hat trotzdem für die Schülerinnen und Schüler ein Lehrschwimmbecken. Die Gemeinde Reinbek östlich von Hamburg hat vier Grundschulen und ebenfalls ein Lehrschwimmbecken plus ein öffentliches Bad.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Die haben auch Steuerzahler, die von Hamburg dort hingezogen sind!)

Und wir streiten in einer Millionenstadt mit 223 Grundschulen über den Erhalt von sage und schreibe fünf Lehrschwimmbecken. Das ist wirklich ein Armutszeugnis. Wir sollten uns nicht wundern, dass es um die Schwimmfähigkeit der Kinder nicht zum Besten steht.

(Beifall bei der SPD)

Die Schulbehörde sagt in einer Pressemitteilung, die Schwimmleistungen der Schüler hätten sich verbessert. Das kann sogar sein. Lassen Sie uns nicht darüber streiten, denn in einem Punkt können wir schnell einig werden. Die Schwimmleistungen sind noch nicht ausreichend. Uns hat Mut gemacht, dass an vielen Schulen 80, 90 Prozent der Kinder schwimmen lernen und deswegen sagen wir: Wir wollen, dass nach der vierten Klasse 90 Prozent der Kinder und nach der sechsten Klasse alle Hamburger Kinder schwimmen können. Mit unserem Vorschlag, den Antrag zur weiteren Beratung zu überweisen, wollen wir mit Ihnen gemeinsam Wege suchen, um den Schwimmunterricht zu verbessern. Schwimmen macht Spaß und unten im Foyer steht ein Schild, darauf steht auch noch: So schön kann Politik sein. Mein Appell an das Haus: Zeigen Sie, dass beides richtig ist, stimmen Sie der Überweisung zu und sorgen Sie mit uns gemeinsam dafür, dass an dieser Stelle Verbesserungen eintreten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat der Abgeordnete Kreuzmann.

Thomas Kreuzmann CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Rabe, vielen Dank für Ihren Antrag. Allerdings bedauere ich ein wenig, dass Sie Mitglied im Schulausschuss aber nicht im Sportausschuss sind. Denn dann hätten Sie inzwischen auch schon mitbekommen, dass in den Lehrschwimmbecken überhaupt gar kein Schwimmunterricht mehr von schulischer Seite stattfindet,

(*Ties Rabe SPD:* Das ist ja unser Problem!)

sondern die Lehrschwimmbecken anders genutzt werden.

(*Wilfried Buss SPD:* Das stimmt doch gar nicht!)

Wir danken Ihnen aber trotzdem für diesen Antrag, weil auch die CDU-Fraktion es für richtig hält, Lehrpläne – wenn es notwendig ist – ständig zu verbessern. Daher stimmen wir auch Ihrem Anliegen das Schulschwimmen zu verbessern zu. Allerdings – und das muss ich Ihnen sagen – können die Thesen in der Begründung Ihres Antrags nicht so stehenbleiben.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und der GAL)

Sie kritisieren das Hamburger Schulschwimmkonzept und ziehen zum Beweis die DLRG-Statistik von ganz Deutschland heran. Nicht nur, dass die bundesweiten Zahlen sich nicht auf eine Hamburger Maßnahme zurückführen lassen, auch Ihre Interpretation der Zahlen ist falsch.

(Präsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz.)

Nach DLRG-Angaben ertrinken mehr Jugendliche und junge Erwachsene unter Alkoholeinfluss und aus Leichtsinn – und nicht Kinder, wie Sie uns glaubhaft machen wollen. In Wirklichkeit sind seit der Einführung des neuen Konzepts keine – und wirklich keine – schweren Badeunfälle in Hamburg gemeldet worden. Ihre Bewertung – und das beziehe ich jetzt ausschließlich auf die Bronze-Abzeichen – der Abzeichen, zum Beispiel dass ein Bronze-Abzeichen gleichzeitig schwimmen können bedeutet, ist generell falsch. Es ist nicht Ziel des Schwimmkonzepts, möglichst viele Abzeichen zu verteilen, es soll vielmehr die tatsächliche Schwimmfähigkeit und Schwimmsicherheit vermittelt werden. Das inhaltliche Konzept lehrt schwerpunktmäßig die Kernkompetenzen des Schwimmens: Atmen, Schweben, Gleiten und Antreiben. Aber wenn Sie unbedingt Abzeichen zählen wollen, dann nenne ich Ihnen einmal die Zahlen aus dem Schuljahr 2006/2007. Im dem Schuljahr haben nämlich 82,9 Prozent der Grundschüler das Seepferdchen-Abzeichen erhalten. Im Jahr zuvor, nämlich 2005/2006, waren es nach dem alten Kon-

zept 75,4 Prozent. Das ist eine deutliche Steigerung von 10 Prozent nach unserem neuen Konzept.

(Beifall bei der CDU, bei *Horst Becker* und *Jens Kerstan*, beide GAL)

Diese Zahlen zeigen deutlich, dass der Senat das Schulschwimmen mit dem neuen Konzept gestärkt hat. Die angebliche Verkürzung des Schwimmunterrichts um 25 Prozent, von der Sie gerade auch gesprochen haben, hält allerdings einer echten Überprüfung nicht stand. Nach dem alten Konzept standen 30 Minuten brutto zur Verfügung. Real bedeutete das nur circa 20 Minuten Unterrichtszeit, und zwar reine Schwimmzeit, reine Wasserzeit.

(*Ties Rabe SPD:* Frau Goetsch, retten Sie mich, ich habe keine Redezeit mehr!)

– Sie können ja versuchen, jetzt auf die Senatorin einzureden und dort irgendwie Zuspruch zu erhalten. Aber die Zahlen sprechen für sich.

Im neuen Konzept wurden von den angerechneten 60 Minuten ehrlicherweise gleich 15 Minuten als Organisationszeit abgezogen, also bleiben 45 Minuten. Bei rechnerisch 40 Wochen pro Schuljahr standen nach dem alten Modell sage und schreibe 800 Minuten reine Wasserzeit zur Verfügung,

(*Andy Grote SPD:* Sie kommen ganz schön ins Schwimmen!)

– Ja natürlich, ich muss auch bald ins Wasser.

nach dem neuen Modell rechnerisch jedoch 810 Minuten.

(*Ties Rabe SPD:* Was heißt denn hier rechnerisch? Wir wollen Praktisches haben!)

– Herr Rabe, ich gebe ja zu: Als Germanist, als Humanist, als Religions- und gegebenenfalls als Geschichtslehrer mag ich Ihnen gewisse mathematische Schwächen verzeihen. Aber, dass diese mathematischen Schwächen in der gesamten SPD-Fraktion auftauchen, das weiß ich nicht zu entschuldigen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL – Zurufe von der SPD – Glocke)

Darüber hinaus bleiben keine ...

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, ob Sie so freundlich wären, wenn die Glocke ertönt, erst einmal mich etwas sagen zu lassen?

Thomas Kreuzmann (fortfahrend): – Ja, gern.

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Gestatten Sie jetzt eine Zwischenfrage?

Thomas Kreuzmann (fortfahrend): – Danke, nein, Herr Präsident.

Darüber hinaus bleiben bedeutsame Argumente für die neue Lösung bestehen: Geringerer Organisationsaufwand für die Schulen, weniger Wegezeiten, geringere Fahrtkosten, eine intensivere Lehr- und Übungszeit pro Einheit. Nicht unerwähnt bleiben darf, dass nachweislich – aber auch wirklich nachweislich – durch diese neue Struktur keine Unterrichtseinheit wegen Erkrankung der Lehrkraft ausgefallen ist. Der Unterricht ist also absolut verlässlich und kann verlässlich stattfinden. Das neue Schwimmkonzept ist gut. Aber Gutes kann auch verbessert werden.

(*Dirk Kienscherf SPD: Ah!*)

Daher möchten wir den Antrag an den Schulausschuss überweisen. Dort können wir darüber diskutieren, wie die vorschulische Wassergewöhnung verbessert werden kann. Das ist eigentlich das Credo: Vorschulisch. Da liegt vieles im Argen, wie die vorschulische Wassergewöhnung verbessert werden kann und wie die Begleitung der Kinder zum Schwimmunterricht noch optimiert werden kann.

Lassen Sie mich zum Schluss noch etwas aus sportpolitischer Sicht zu den Lehrschwimmbecken sagen. Für den Schulschwimmunterricht spielen die Lehrschwimmbecken keine Rolle. Ich sagte es eingangs, der Schulschwimmunterricht muss auch an den Schulen funktionieren, die nämlich kein Lehrschwimmbecken besitzen, Herr Rabe. Und das geht nicht. Die Rechnung, die Sie gerade eben aufgemacht haben, funktioniert ohnehin nicht.

Aus sportpolitischer Sicht kann aber auf die Lehrschwimmbecken nicht verzichtet werden, denn die von privaten Betreibern übernommenen Becken sind ausgebucht und haben ein volles Programm. Hier werden Leistungen angeboten, für die es keine Alternative gibt. Bei einem Wegfall der Lehrschwimmbecken hätte die Bäderland GmbH nicht genügend Kapazität, um den Ausfall auszugleichen. Außerdem werden hier Angebote gemacht, die – wie ich schon sagte – alternativlos sind. Hier gibt es Seniorenanfängerschwimmen. Diese Gruppe würde aus Scham nicht in ein öffentliches Bad gehen. Genauso gibt es für muslimische Mädchen Schwimmkurse, für die es auch sonst keine Alternative gibt, um überhaupt Schwimmen lernen zu können. Der Senat, die CDU- und die GAL-Fraktion suchen zusammen mit den interessierten Sportvereinen nach Lösungen, die den Weiterbetrieb der Becken sichern. Die Forderung der Fraktion DIE LINKE nach Verstaatlichung kann und darf niemals auch nur ansatzweise eine Lösung sein. Daher lehnen wir Ihren Änderungsantrag ab.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Gwosdz.

Michael Gwosdz GAL: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, vor Ihnen steht statistisch gesehen ein Nichtschwimmer.

(*Arno Münster SPD: Das brauchen Sie nicht zu erzählen, das sehen wir!*)

Ich habe im Zuge des Antrages gelernt, dass ich als Träger des Seepferdchens – und das gleich doppelt – Nichtschwimmer bin. Das Bronze-Abzeichen habe ich wegen einer halben Sekunde, die ich über der Zeit war, damals vor vielen Jahren verpasst.

(Beifall bei der GAL und bei *Metin Hakverdi SPD*)

Ich habe aber trotzdem Schwimmfähigkeit. Es ist nicht so, dass ich irgendwo im offenen Meer, im See oder im Schwimmbecken unterginge und vom Bademeister oder der DLRG wieder gerettet werden müsste. Das zeigt Ihnen eines: Die statistischen Zahlen über die Bronze-Abzeichen und die Seepferdchen sagen wenig über die tatsächliche Schwimmfähigkeit unserer Kinder und Jugendlichen oder auch der Erwachsenen aus. Herr Kreuzmann hat Ihnen das auch schon deutlich gemacht: Die meisten Menschen ertrinken nicht wegen ihrer fehlenden Schwimmfähigkeit, sondern aus anderen Gründen, aus Leichtsinn, aufgrund von Alkohol. Deswegen müssen wir darüber nachdenken und diskutieren, ob das noch der geeignete Gradmesser in der Ziel- und Leistungsvereinbarung mit Bäderland ist.

(*Ingo Egloff SPD: Sorgen Sie einfach für ausreichenden Schwimmunterricht, dann ist gut!*)

Es ist darüber zu diskutieren, ein neues Modell der Beurteilung der Schwimmfähigkeit der Kinder zu erarbeiten. Das gilt es im Ausschuss zu diskutieren. Die Auswertung der Neuordnung des Schulschwimmens ist natürlich auch notwendig und gehört im Ausschuss auf die Tagesordnung. Es wäre auch kein Problem gewesen, dieses Thema im Ausschuss in Selbstbefassung zu diskutieren. Wenn Sie auf uns zugegangen wären, hätten wir es auch ohne den Antrag auf die Tagesordnung gesetzt.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und bei *Dr. Eva Gumbel GAL*)

Ich begründe Ihnen auch, warum ich das für den geeigneteren Schritt gehalten hätte als den Antrag, den Sie mit dem schönen Titel

"alle Hamburger Kinder sollen Schwimmen lernen"

vorgelegt haben. Dazu kann natürlich niemand Nein sagen. Das Interessante ist allerdings, dass

(Michael Gwosdz)

Sie im zehnten Punkt eine Bewertung der Erfahrungen der Neuordnung des Schulschwimmens einfordern. Ich gehe davon aus, dass erst, wenn wir die Erfahrungen dieser Neuordnung des Schulschwimmens berichtet, ausgewertet und im Ausschuss diskutiert haben, wir dann gemeinsam Konsequenzen für die Fortführung des Schwimmunterrichts an den Schulen erörtern, diskutieren und gegebenenfalls beschließen. Das Interessante ist, dass Sie bereits die Konsequenzen kennen, die Sie aus der Berichterstattung ziehen werden, die Sie erst noch einfordern, und in den Punkten eins bis neun aufführen. Das halte ich für etwas voreilig. In anderen Punkten – darauf ist Herr Kreuzmann teilweise schon eingegangen – ist Ihr Antrag problematisch. Herr Buss hat vorhin in einem Zwischenruf gefragt, was die DLRG-Statistik, die Herr Kreuzmann auseinandergenommen hat, mit Ihrem Antrag zu tun habe. Da möchte ich Sie bitten, Ihren eigenen Antrag zu lesen, denn Sie schreiben da

"nach einer Statistik der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft (DLRG) ertrinken seit 2000 wieder mehr Menschen. Ein Grund: Besonders unter den Kindern gibt es auch wieder mehr Nichtschwimmer."

Also muss man sich auch mit den Statistiken der DLRG in der Debatte über Ihren Antrag auseinandersetzen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Die Zahlen über das Ertrinken in Deutschland gibt es seit dem Jahr 2000. Das ist ja Ihr Vergleich. 507 Menschen in Deutschland ertranken. Im Jahr 2005 – das ist die letzte Zahl des Statistischen Bundesamtes – waren es 400. Das sind weniger. Die DLRG selbst wertet auch die Zahlen des Statistischen Bundesamtes aus und sagt über die Todesfälle bei Kindern von eins bis fünf in Deutschland, 1999 seien 58 ertrunken, 2005 27. Das ist immer deutschlandweit. Bei den Sechs- bis Zehnjährigen seien es 1999 35 ertrunkene Kinder gewesen, 2005 17.

(Ingo Egloff SPD: Sprechen Sie einmal mit dem DLRG-Vorsitzenden in Hamburg!)

Woraus Sie da den Trend ableiten, es ertränken immer mehr Menschen in Deutschland, kann ich nicht nachvollziehen. Bei den Kindern von null bis 14 gab es übrigens seit 1998 hamburgweit sechs Todesfälle. Das sind natürlich sechs zu viel. Vier der Kinder sind zuhause ertrunken, eins davon in der Badewanne, ein weiteres Kind ertrank in einem natürlichen Gewässer und eins 2002 in einem Schwimmbad. Die Behauptung, mehr Menschen ertränken, weil mehr Kinder Nichtschwimmer seien – und das begründen Sie auch noch mit der Statistik der Bronzeabzeichen und Seepferdchen –, ist so nicht aufrecht zu erhalten.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Es gibt aber natürlich offene Fragen und bestehende Probleme. Einige haben Sie zu Recht in Ihrem Antrag benannt. Das eine ist die Begleitung zum und vom Schwimmunterricht. Diese ist sicher noch nicht überall optimal gelöst. Wenn man mit verschiedenen Eltern spricht, hört man einmal von guten Erfahrungen, einmal von schlechten Erfahrungen. Was ganz außerordentlich wichtig ist und an was wir im Ausschuss zusammen arbeiten müssen, ist der Zusammenhang zwischen der sozial-räumlichen Lage der Schule und dem Erfolg im Schulschwimmen. Dieser besteht nach wie vor. Das ist in einer Stadt wie Hamburg, die am Wasser liegt, tatsächlich ein großes Problem. Wir müssen gemeinsam diskutieren, wie wir dieses Problem besser in den Griff bekommen. Aber bevor wir neue, quantitative Ziele auf Grundlage von Bronze-Abzeichen und Seepferdchen stecken, ist es erst einmal an der Zeit, die Erfahrungen auszuwerten. Deswegen werden wir auch Ihrem Antrag zustimmen, den Antrag in den Ausschuss zu überweisen und dort weiter zu diskutieren.

Abschließend noch ein Wort zum Zusatzantrag der LINKEN zum Thema Lehrschwimmbecken: Das wird im Sportausschuss diskutiert, wurde erst gestern diskutiert, wird weiter im Sportausschuss diskutiert. Da gehört das Thema Lehrschwimmbecken auch hin. Deshalb werden wir diesen Zusatzantrag ablehnen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir von der Fraktion DIE LINKE unterstützen den Antrag der SPD-Fraktion und finden ihn gut, auch wenn wir schon in der Überschrift einen Vorbehalt anmelden. Warum Sie die unbedingt notwendige Verbesserung des Schwimmunterrichts gleich in diese Senatsphilosophie einer Offensive einbauen müssen, hat sich uns nicht erschlossen. Frau Goetsch hat gerade von einer Schuloffensive geredet.

(Wilfried Buss SPD: Aufgrund unseres Antrages!)

– Ja, ja.

Gestern haben wir in dem Ausschuss, der ja schon angesprochen worden ist, im Sportausschuss gehört, es gebe eine Sanierungsoffensive für Sportstätten. Wenn ich mir das im Einzelnen ansehe, finde ich, ehrlich gesagt, das Wort "Offensive" an dieser Mängelverwaltung völlig deplaziert.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich weiß, Sie lieben das Pathos. Aber das Pathos kann diese kleinlichen Strukturen wirklich nicht überdecken. Wir sollten uns darauf verständigen,

(Dr. Joachim Bischoff)

dass wir etwas zur Verbesserung der Schwimmfähigkeit der Schüler machen. Wir können leider nicht einfach diese Affäre mit den Lehrschwimmbecken abkoppeln. Sie haben ja selbst darauf verwiesen: Ohne diese Lehrschwimmbecken würde die Situation der Schwimmstätten in dieser Stadt noch weiter verschlechtert. Da sind wir bei einem weiteren Punkt, den wir gestern im Ausschuss besprochen haben: Sie teilen alles immer in Schubladen ein. Das heißt, wir beraten im Sportausschuss die aus meiner Sicht desaströse Situation der Sportstätten, ich kann aber im Sportausschuss nicht darüber reden, dass wir auch in den Turnhallen aus unserer Sicht eine katastrophale Situation haben. Und heute machen wir das wieder. Ich bitte, wenn wir das schon einvernehmlich an den Ausschuss überweisen, dass wir einen Weg finden, diese Arbeitsteilung zu überwinden, und schauen, dass wir das gemeinsam im Schul- und im Sportausschuss beraten. Es kann nicht sein, dass wir einen Teil des Problems dort behandeln und den anderen an einer anderen Stelle.

(Beifall bei der LINKEN und bei der SPD)

Auch wenn Sie jetzt dazu kommen, unseren Verstaatlichungsantrag in den Papierkorb zu treten, hoffe ich, dass wir über diese Problematik noch einmal reden können. Herr Kreuzmann hat dankenswerterweise darauf hingewiesen, dass wir ohne diese Lehrschwimmbecken eine wirklich schwierige Situation in Hamburg hätten, und da kann es nicht um Verstaatlichung gehen, sondern der Vorgang, um den es sich handelt, ist: Sie haben diese Lehrschwimmbecken outgesourct, und zwar in einem katastrophalen Zustand, sodass Vereine und Träger Schwierigkeiten haben, mit diesen Stätten umzugehen. Ich habe mir für die Debatte heute einen auf der Website Hamburg-Lurup – eines der Problemgebiete – veröffentlichten Aufruf von LuFISch herausgesucht. LuFISch ist mittlerweile ein gemeinnütziger Verein. Er argumentiert auf der Website,

"eine Elterninitiative zur Rettung des Schwimmbeckens hat [- nachdem Sie diese abgestoßen hatten -] die Organisation des Schwimmbetriebs und den Betrieb der Schwimmhalle übernommen. Es kam zur Vereinsgründung von 'LuFisch'. Mittlerweile ist dieser Verein als gemeinnützig anerkannt, was die Arbeit und die Finanzen etwas entlastet.

... Da die Behörde keine Mittel mehr für die Schwimmhalle zur Verfügung stellt, müssen die Kosten durch Mitgliedsbeiträge, Spenden und Nutzungsgebühren zusammen kommen. Der Vorstand von LuFisch organisiert die Nutzung der Schwimmhalle durch Schwimm- und Sportvereine, Kindertagesstätten, Volkshochschule und weitere Interessenten."

Das ist aus Lurup. Das könnte ich Ihnen für die anderen Fälle genauso vorlegen. Das, was wir uns in diesem Punkt erlauben, ist wirklich ein Armutszeugnis für diese reiche Hansestadt.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich hoffe, dass wir in den beiden Ausschüssen den Weg finden, diesen Zustand – jetzt haben wir ja eine Übergangslösung bis zum 10. Oktober – auch wirklich abzustellen. Sie mögen, Herr Kreuzmann und die CDU-Fraktion, vielleicht heilfrohen über die Abstoßung der Lehrschwimmbecken, dass Sie da so etwas wie – wie Sie es nennen – "neoliberales Empowerment" in Gang setzen, dass die Leute selbst auf den Staat verzichten und der gemeinnützige Verein versucht, dies zu organisieren. Ich sage Ihnen aber: Das ist trotzdem keine Perspektive. Wir bleiben bei der Aussage: Nur reiche Leute können sich einen armen Staat leisten. Das was Sie hier machen, ist der Beleg für diese miserable neoliberale Politik.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält Herr Rabe für zwei Minuten und 33 Sekunden.

(Wolfgang Beuß CDU: Der kann auch nicht schwimmen!)

Ties Rabe SPD:* Ich bin ja immer für Förderunterricht, Herr Kreuzmann, und deshalb will ich das den langsamen Schülern noch einmal kurz erklären. Wenn bisher 30 Minuten Schwimmzeit ein Jahr lang unterrichtet wurde und jetzt neuerdings 45 Minuten, aber nur ein halbes Jahr unterrichtet werden, dann muss man rechnen. Das ist ein Dreisatz. Es mag sein, dass das eine Herausforderung ist, aber wir schaffen das gemeinsam. Also notieren Sie bitte: 30 Minuten ein Jahr lang würden in einem halben Jahr 60 Minuten entsprechen. In einem halben Jahr 60 Minuten war früher, jetzt sind es 45 Minuten. Die Differenz? 15 Minuten. Wie viel ist das von der Gesamtsumme 60 Minuten? Raten Sie, und beim nächsten Mal Hausaufgabe mit Unterschrift der Eltern. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Wir kommen zur Abstimmung.

Zunächst die beiden Überweisungsbegehren. Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 19/1000 an den Schulausschuss zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig.

Wer stimmt der Überweisung der Drucksache 19/1105 an den Schulausschuss zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

(Präsident Berndt Röder)

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Wer möchte den Antrag der Fraktion DIE LINKE aus der Drucksache 19/1105 annehmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 3 auf, die Drucksachen 19/1001, 19/1002 und 19/1003, Berichte des Eingabenausschusses.

[Gemeinsame Beratung

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben
– Drs 19/1001 –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben
– Drs 19/1002 –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben
– Drs 19/1003 –]**

Ich beginne mit dem Bericht 19/1001. Zunächst zu Ziffer 1. Wer möchte der Empfehlung folgen, die der Eingabenausschuss zur Eingabe 356 dieses Jahres abgegeben hat? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich angenommen.

Wer schließt sich den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben an? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig.

Die in den Ziffer 2 bis 4 erbetenen Kenntnisnahmen sind erfolgt.

Wir kommen zum Bericht 1002. Auch hier zunächst zu Ziffer 1. Hierin sind nur einstimmige Empfehlungen enthalten. Wer möchte diesen folgen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Die in den Ziffer 2 und 3 erbetenen Kenntnisnahmen sind erfolgt.

Schließlich zum Bericht 1003. Dieser enthält nur einstimmige Empfehlungen. Wer möchte diesen folgen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist ebenfalls einstimmig so beschlossen.

Die in der Geschäftsordnung für bestimmte Punkte der Tagesordnung vorgesehene

Sammelübersicht*

haben Sie erhalten.

Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft die darin aufgeführten Drucksachen zur Kenntnis genommen hat.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 4, die Drucksache 19/813, Große Anfrage der SPD-Fraktion: Gewalttätige Auseinandersetzungen am 1. Mai 2008.

**[Große Anfrage der Fraktion der SPD:
Gewalttätige Auseinandersetzungen am 1. Mai
2008
– Drs 19/813 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Innenausschuss überweisen. Wer möchte so beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Wird Besprechung beantragt? – Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Großen Anfrage Drucksache 19/813 ohne Besprechung Kenntnis genommen hat.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 15 auf, Drucksache 19/1026, Antrag der Fraktionen der CDU und GAL: Fertigstellung der S-Bahn zum Flughafen Hamburg (Hamburg Airport).

**[Antrag der Fraktionen der CDU und GAL:
Fertigstellung der S-Bahn zum Flughafen Ham-
burg (Hamburg Airport)
– Drs 19/1026 –]**

Mir ist mitgeteilt worden, dass aus den Reihen der SPD-Fraktion hierzu gemäß Paragraph 26 Absatz 6 unserer Geschäftsordnung das Wort begehrt wird. Herr Grote wünscht es und bekommt es für maximal fünf Minuten.

(Michael Neumann SPD: Dear Mr. Hesse, open your ears!)

Andy Grote SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren, sehr geehrte Frau Kollegin Gregersen, lieber Kollege Hesse! Es sollte so schön werden: Endlich der erste gemeinsame verkehrspolitische Antrag der beiden Fachsprecher von CDU und GAL.

(Wolfgang Beuß CDU: Und nun kommen Sie!)

– Nein, noch nicht einmal ich. Warten Sie es einfach ab.

Sie haben lange überlegt, haben geschaut, was die drängendsten verkehrspolitischen Probleme

* Siehe Anlage, Seite 614

(Andy Grote)

der Stadt seien, dann haben Sie geprüft, wo Sie denn einer Meinung seien, und dann haben Sie festgestellt, dass das hier zum Flughafen doch einmal ein epochaler Antrag wäre. Was aus dem jungen Glück geworden ist, wie schnell das alt aussehen kann, kann man in den Medien verfolgen. Das muss gar nicht durch mich hier geleistet werden.

(Beifall bei der CDU)

Ich will Ihnen ja gar nicht absprechen, Herr Hesse, dass es Ihnen bestimmt um ein ernstes Anliegen geht. Jahrelang musste die CDU hilflos mit ansehen, wie die Anglisierung unserer schönen Stadt unaufhaltsam voranschritt. Ohnmächtig standen Sie dabei, als fremde Mächte hier die China Time inszenierten, als die Cyclastics wiederholt ausgerichtet wurden, der Hamburg Summit. Über Public Viewing und Airport Days und so weiter wollte ich gar nicht sprechen. Ich weiß, Sie haben lange und anhaltend für die Hamburger Kreuzfahrttage gekämpft und man weiß gar nicht mehr, wie es dazu kommen konnte, am Ende waren es doch die Cruise Days. Ich weiß auch noch, wie schwer Ihnen die Identifikation mit der HafenCity gefallen ist, insbesondere, als dann gegen Ihren Willen das Hamburg Cruise Center gebaut und ein Science Center geplant wurde. Man steht fassungslos davor, wie das alles möglich war. Obwohl sich Herr Hesse mit anderen Fraktionskollegen, als die neue Aussichtsplattform in der HafenCity eingeweiht wurde, an deren Fuß festgekettet hat, um durchzusetzen, dass es eben nicht der Viewpoint würde, hatte das keinen Erfolg.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD)

Ein Mysterium bis heute, wie es dazu kommen konnte. Völlig unbemerkt von der CDU konnte ein komplett neue Behördenstruktur unter dem Namen Hamburg Port Authority entstehen.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD)

Gewissermaßen über Nacht hat sich der Neue Wall in einen Business Improvement District verwandelt.

(Wolfgang Beuß CDU: Das geht sogar so weit, dass wir Sie Ändy Grote nennen!)

Zu allem Überfluss – da geht es dann wirklich zu weit – wird in einem Medium, das von manchen Anglisierern gern als Internet bezeichnet wird, auch noch verbreitet, Herr Hesse sei für die Hamburg Freezers im Bereich Business Development tätig.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen und Beifall bei der SPD, bei Bernd Capeletti CDU und Jens Kerstan GAL)

Er habe sogar – das kann ich mir nun gar nicht vorstellen – als neuer Sponsoring-Chef ein Charity-Pokerturnier veranstaltet.

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich finde, das geht zu weit. Wir wissen natürlich alle, dass das in Wahrheit ein wohltätiger Preisskat war und dass alles seine gute Ordnung hatte.

Aber Spaß beiseite ...

(Jens Grapengeter CDU: Nein!)

– Ja, man könnte das stundenlang fortführen.

Es gibt ein nachvollziehbares Element in Ihrem Antrag, und natürlich ist eine gewisse modische Durchdringung des Alltages mit Anglizismen an vielen Stellen ärgerlich und überflüssig. Das ist zugestanden. Aber da Sie so ziemlich jede Gelegenheit verpasst haben, wie man aus dem zuvor Gesagten nachvollziehen kann, dagegen sinnvoll tätig zu werden, haben Sie sich jetzt gerade den Flughafen ausgesucht, ungefähr den internationalsten Ort, den es in der ganzen Stadt gibt, um diese Initiative zu starten. Da geht es noch nicht einmal um eine englischsprachige Bezeichnung, sondern der heißt Hamburg Airport.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber ich erinnere die Protestmärsche der CDU-Fraktion bei der Namensgebung damals nicht mehr so genau. Inzwischen ist der Flughafen unter "Hamburg Airport" ein weltweites Markenzeichen. Jetzt, wo dieser Name, wie er ist, auf ein S-Bahnstationsschild geschrieben wird, haben Sie ein Problem. Das finde ich ein bisschen überraschend, auch unter dem Gesichtspunkt, dass jeder Bus, der je dorthin gefahren ist, immer Airport Express oder Airport Shuttle oder so ähnlich geheißen hat.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, Sie müssen zum Schluss kommen.

(Norbert Hackbusch DIE LINKE: Schade!)

Andy Grote (fortfahrend): Gut, dann sage ich nur noch ein Wort: Nachdem Sie es auch versäumt haben, das vor vielen Monaten, als Ihr eigener Senator Freytag dieser Namensgebung zugestimmt hat ...

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, it's time.

Andy Grote (fortfahrend): Letzter Satz. Bei dieser Mischung aus Schlafmützigkeit und Medienaktivismus ...

(Glocke)

Präsident Berndt Röder: Herr Abgeordneter, es geht beim besten Willen nicht mehr.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Das Wort bekommt der Abgeordnete Hesse.

(*Wolfgang Beuß CDU:* Das ist jetzt unser speaker!– *Michael Neumann SPD:* Hello again!)

Klaus-Peter Hesse CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, mein lieber Freund Andy! Es ist schön, immer zum Ende der Bürgerschaft auch einmal eine kleine Büttenrede zu hören. Normalerweise werden solche Fünf-Minuten-Beiträge angemeldet, wenn Fraktionen wirklich wichtige Themen haben und diese noch einmal hier im Parlament diskutieren wollen,

(*Ingo Egloff SPD:* Sie haben den Antrag doch eingebracht!)

die von der Sache her so schwerwiegend sind, dass sie eigentlich im Ausschuss diskutiert werden müssten, aber da sind sie ja leider nicht, sie werden heute beschlossen, also werden Fünf-Minuten-Beiträge angemeldet. Insofern habe ich natürlich, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Verständnis dafür, dass dieses Thema für Sie so wichtig ist, dass Sie das hier heute diskutieren möchten.

(*Michael Neumann SPD:* Deswegen haben Sie sich auch noch einmal gemeldet!)

Ich diskutiere es auch sehr gern mit Ihnen, denn ich glaube, dass dieser Antrag – anders als Sie es eben dargestellt haben – etwas weitergehender ist als nur eine Zweisprachigkeit am Flughafen zu erreichen, einem wichtigen Bereich, nämlich den von uns gar nicht angezweifelte Namen "Hamburg Airport" durch den Namen "Flughafen" zu ergänzen. Es gibt ja gute Beispiele. Wir sind nicht allein in Hamburg – es gibt viele Flughäfen, in Bremen, Frankfurt, Köln, München, die alle eine weitere Bezeichnung "Flughafen" haben, und das ergibt auch Sinn. Es gibt, dafür haben Sie, Herr Grote, gerade viele Beispiele genannt, viele Anglizismen von Begriffen in unserer Stadt. Irgendwo ist der Punkt erreicht, wo wir als in Deutschland lebende Parlamentarier sagen müssen, dass wir uns nicht alles gefallen lassen müssen ...

(Beifall bei der SPD – Heiterkeit bei allen Fraktionen)

– Ich muss leider weiterreden, weil die Zeit sonst weg ist. Ich habe auch nur fünf Minuten.

Es sollte Orte geben, die zweisprachig sind. Das heißt nicht Verzicht auf die deutsche Sprache, sondern deutsche und englische Sprache, und dazu gehört der Flughafen.

Wir machen hier mit diesem Antrag Politik für die Menschen vor Ort,

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD)

denn es geht nicht nur um einen Namenszusatz, sondern auch noch um die Buslinie 110, die in diesem Antrag angesprochen wird. Es geht auch noch um den U- und S-Bahnhof Ohlsdorf. Das kann man natürlich in dieser Diskussion immer noch verschweigen. Aber es ist ein Antrag, der jetzt gerade im Zusammenhang mit der Fertigstellung der S-Bahn vor Ort wirklich hilft

(Heiterkeit bei der SPD)

und nicht auf das reduziert werden sollte, was Sie versuchen, nämlich nur eine Namensnennung. Deswegen wollen wir hier auch – und das ist unser Selbstverständnis – mit gestalten, wenn es um solche Fragen geht.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD – Zurufe: Oh, oh!)

Die Kleingeistigkeit, die Sie hier an den Tag legen, ist nicht das, was ich unter Politik verstehe. Deswegen halte ich es für notwendig, den Antrag anzunehmen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ohne Zweifel hat dieser Antrag auch sehr komische Seiten. Herr Grote hat das ziemlich überzeugend dargestellt.

(Beifall bei der SPD)

Auf der anderen Seite haben Sie, Herr Hesse, darauf hingewiesen, dass Ihr Antrag vier Punkte habe, und es ist nur der erste Punkt, wo Sie jetzt einem bestimmten Populismus frönen, was die Massenpresse angeht. Das sei Ihnen auch unbenommen. Es geht auch um die drei anderen Punkte. Sie haben uns heute bei der Studiengebührendebatte vorgeworfen, dass wir da in einer bestimmten Weise die Ordnung verletzt hätten, indem wir auf eine getrennte Abstimmung bestanden haben. Sie legen hier einen Antrag über Rahmenbedingungen vor, was den S-Bahnverkehr zum Flughafen angeht, ohne dass wir die Möglichkeit hätten, diese anderen drei Punkte – und wir hätten noch ein paar andere in petto – zu diskutieren. So sollten Sie auch in Ihrem Interesse mit dem Parlament nicht umgehen. Wir sollten das Ding hier nicht zur Komikbude verkommen lassen.

(Dr. Joachim Bischoff)

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Präsident Berndt Röder: Dann bekommt das Wort die Abgeordnete Gregersen.

Martina Gregersen GAL:* Werter Kollege, Herr Dr. Bischoff, es war Ihnen unbenommen, in den letzten Monaten auch einen Antrag zum Flughafen zu stellen. Wenn Sie sagen, wir peitschten jetzt hier etwas durch, dann verstehe ich es wirklich nicht.

(*Michael Neumann SPD:* Das klingt glaubwürdig!)

Aber ich möchte auf einen Punkt zurückkommen: Im gesamten deutschsprachigen Raum kommt in den S- und U-Bahnhaltestellen der Name "Flughafen" vor. Ich gehe gern einmal nach Wien oder Zürich, gucken wir nach Stuttgart, Bremen, München oder den vielleicht internationalsten Flughafen im deutschsprachigen Raum, nach Frankfurt. Wie heißt dort die Station? Sie heißt "Flughafen".

(*Michael Neumann SPD:* Ich finde, wir sollten zum Abschluss noch das Deutschlandlied zusammen singen!)

Heißt denn der Hamburger Flughafen "Fraport"? Nein, das heißt er nicht. Er heißt "Flughafen". Und wenn Sie jetzt hier aufgezählt haben, dass es vielleicht zu viele Anglizismen gibt und gab habe in dieser Stadt, muss ich Ihnen Recht geben. Aber ist das ein Grund, dem niemals Einhalt zu gebieten?

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wir halten unseren Wunsch aufrecht,

(*Ingo Egloff SPD:* Das hat Sie ja richtig getroffen!)

dass in der S-Bahnhaltestelle Flughafen das Wort "Flughafen" vorkommt. Wir wissen jetzt, dass unser Wunsch auch mit geringem Geld umsetzbar ist.

Deshalb bleibt es dabei. Wie Herr Hesse eben sagte, gibt es auch noch andere Aspekte, die ein bisschen heruntergefallen sind. Natürlich ist es uns auch wichtig, dass am S- und U-Bahnhof Ohlsdorf auch Barrierefreiheit und eine barrierefreie Toilette gleichfalls mit der S-Bahn zum Flughafen eingerichtet wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

(Unruhe im Hause – Glocke)

Meine Damen und Herren, ich habe viel Zeit.

(Zurufe: Wir auch!)

– Schön, dann machen wir das etwas langsamer.

Wer möchte die Ziffer 1 des gemeinsamen Antrages von CDU und GAL aus Drucksache 19/1026 annehmen? Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich angenommen.

Wer möchte Ziffer 2 annehmen? Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist bei einigen Enthaltungen einstimmig so beschlossen.

Wer möchte Ziffer 3 zustimmen? Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mit sehr großer Mehrheit so beschlossen.

Wer möchte Ziffer 4 beschließen? Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich so beschlossen.

Ich erkläre die Sitzung für geschlossen.

Ende: 20.30 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Ksenija Bekeris, Jörg Hamann, Dr. Natalie Hochheim, Olaf Ohlsen, Birgit Stöver, Carola Thimm und Juliane Timmermann

Anlage**Sammelübersicht gemäß § 26 Absatz 5 GO****für die Sitzung der Bürgerschaft am 17. September 2008**

Kenntnisnahmen

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand
9	990	Bürgerschaftliches Ersuchen vom 10.07.08 "Bericht des Eingabenausschusses (Eingabe Nr. 290/08)" Drs. 19/508
12	991	Bericht des Innenausschusses